Ägypten
Wirtschaftshandbuch

Egypt
Business Guide

2018

غرفة التجارة والصناعة العربية الألمانية
Ghorfa
Arab-German Chamber of
Commerce and Industry e.V.

Ägypten
Rechtliche Rahmenbedingungen

Egypt
Legal Framework

So detailliert wie die Ornamentik in der großen Muhammad-Ali-Moschee in Kairo ist auch das ägyptische Rechtssystem. Amereller Rechtsanwälte mit Büros unter anderem in Berlin und Kairo (Mena Associates) kennen sich mit den Einzelheiten aus und haben den folgenden Rechtsteil verfasst.

As detailed as the ornamentation in the Mosque of Muhammad Ali in Cairo is the Egyptian legal system. The law firm Amereller Rechtsanwälte with offices in Berlin and Cairo (Mena Associates), among others, are familiar with these details and have written the following legal section.

DAS RECHTSSYSTEM ÄGYPTENS

Das ägyptische Recht, insbesondere das Zivil-, und Wirtschaftsrecht, beruht in weiten Teilen auf kontinentaleuropäischen Vorbildern. Viele ägyptische Gesetze wurden später in zahlreichen Staaten der arabischen Welt zum Vorbild für die eigene Legislatur und ägyptische Juristen genießen noch immer eine Vorreiterrolle in der arabischen Rechtswissenschaft. Der Geltungsbereich des islamischen Rechts beschränkt sich hingegen weitgehend auf das Familien- und Erbrecht.

Die Übernahme des westlichen Rechts nahm ihren Anfang mit der Reform von Recht und Verwaltung unter Mohammad Ali (1805-1849). Von großer Bedeutung war die Einrichtung der sogenannten „Gemischten Gerichte", die von 1876 bis zu ihrer Abschaffung im Jahr 1949 für sämtliche vermögensrechtlichen Streitigkeiten zuständig waren, bei denen ausländische Interessen berührt waren. Die Gerichte waren mit ägyptischen und ausländischen Richtern („gemischt") besetzt, wobei die Zahl der ausländischen die der ägyptischen Richter überwog. Sie entschieden auf Grundlage moderner Kodifikationen, insbesondere dem französischen Code Civil und dem Code de Commerce.

Die Rechtspraxis der gemischten Gerichte hat einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des modernen ägyptischen Rechts geleistet. Das ägyptische Recht war so über lange Zeit unterschiedlichen westlichen Einflüssen ausgesetzt, die das Rechtssystem stark geprägt haben. Im Vergleich zu einigen anderen arabischen Staaten, die ihre Rechtsordnung teilweise erst in den vergangenen 30 Jahren ausgebaut haben, besitzt Ägypten damit ein hochentwickeltes Rechtssystem, das allerdings an einer kaum noch überschaubaren Menge verschiedenster Verordnungen und Verwaltungsvorschriften leidet.

Ägypten verfügt – im Vergleich zu manchen anderen arabischen Staaten – über eine moderne und relativ gut funktionierende Justiz. Probleme wirft jedoch die mangelhafte personelle und materielle Ausstattung der Gerichte auf, die vielfach eine effiziente Rechtsverfolgung verhindert. So kommt es häufig zu sich lange hinschleppenden Verfahren und zu Verzögerungen bei der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen. Für bestimmte Fallkategorien wurde dies mit der Einführung der neuen „Wirtschaftsgerichte" teilweise etwas verbessert.

THE LEGAL SYSTEM IN EGYPT

Egyptian law is largely based on the continental European rule of law. This is particularly true with respect to Egyptian civil and commercial laws. Most Arab states have taken Egyptian law as a model for their laws. Consequently, Egyptian legal experts have assumed a leading position in Arab legal systems. By contrast, the application of Islamic law is focused primarily on family and inheritance issues.

The adoption of Western laws in Egypt can be traced back to the period of legal and administrative reform brought about by Mohammad Ali between 1805 and 1849. Another equally important development was the establishment of the so-called "mixed courts" (1876-1949), which had jurisdiction over all financial disputes, including foreign interests. These courts were staffed with both Egyptian and foreign judges. Foreigners clearly outnumbered Egyptians in these courts and decisions were based on modern legal codes, in particular the French "Code Civil" and "Code de Commerce". The predominance of these courts and their Western influence over many years had a significant impact on the shaping and development of modern Egyptian law. Compared with some other Arab states, which only developed their legal systems during the past thirty years, Egypt has a relatively long-standing and sophisticated legal system, even though it suffers from an exorbitant number of decrees and administrative regulations. In comparison to many other Arab states, Egypt has a quite modern and relatively well-functioning legal system. However, the courts remain understaffed and poorly equipped, which often results in prolonged proceedings and delayed enforcement of judgments. For certain categories of cases, this has been partially mitigated by the introduction of the new "Economic Courts".

ZIVILRECHT

Das ägyptische Zivilgesetzbuch (ZGB) wurde 1948 verabschiedet und trat 1949 in Kraft. Es wurde von dem teilweise in Frankreich ausgebildeten ägyptischen Rechtswissenschaftler Abd ar-Razzaq As-Sanhouri verfasst und war Vorbild für zahlreiche zivilrechtliche Kodifikationen in der arabischen Welt.

Ghorfa

GRUNDPRINZIPIEN BEI VERTRÄGEN

Nach dem ZGB kommen Verträge durch Konsens zustande. Verträge werden abgeschlossen, nachdem die vertragsschließenden Parteien Ihren eindeutigen Willen, dies zu tun, äußern und die grundlegenden Vertragselemente vorliegen (d.h. Konsens, Gegenstand und Grund). Das ZGB gibt, abgesehen von speziellen Fällen wie Hypothekenvereinbarungen, keine formellen Anforderungen für Vertragsabschlüsse vor.

Der allgemeine Grundsatz ist, dass der Vertag das Gesetz der Parteien darstellt, und ohne die Zustimmung der vertragsschließenden Parteien nicht widerrufen oder geändert werden kann. Dieses Grundprinzip ist jedoch nicht absolut. Es gibt Fälle, in denen ein Richter einschreiten darf, um das wirtschaftliche Gleichgewicht des Vertrags wiederherzustellen.

KAUFRECHT

Das ägyptische Kaufrecht ist in den Artikeln 418 bis 481 des ägyptischen ZGB geregelt. Zu beachten ist, dass der Eigentumsübergang bereits mit Abschluss des Kaufvertrages erfolgt, wenn der Gegenstand eine bestimmte und bewegliche Sache ist (Art. 429 i.V.m. Art. 932 ZGB). Abgesehen von der Frage des Eigentumsüberganges, sind die Regelungen des ägyptischen Kaufrechts denen des deutschen Rechts in vielen Punkten ähnlich. Verträge, in denen sich der Verkäufer das Recht des Rückerwerbs vorbehält, sind unwirksam.

EIGENTUMSVORBEHALT

Das ägyptische Recht lässt auch die Vereinbarung eines Eigentumsvorbehalts zu, dessen Voraussetzungen und Rechtsfolgen in Art. 430 ZGB geregelt sind. Danach kann der Eigentumsübergang an die aufschiebende Bedingung der vollständigen Bezahlung des Kaufpreises geknüpft werden. Bei vollständiger Kaufpreiszahlung gilt das Eigentum dann rückwirkend ab dem Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrages als erworben. Die Parteien können vereinbaren, dass bereits gezahlte Raten als Schadensersatz für die Nichterfüllung des Vertrages dienen, wenn der Käufer nicht alle Raten zahlt und der Verkäufer aus diesem Grund vom Vertrag zurücktritt. Im Streitfall können die Gerichte diesen Betrag jedoch angemessen reduzieren.

ZINSEN

Geldschuld ist nach dem ZGB im Verzugsfall mit 4% zu verzinsen. Im Handelsrecht beträgt der gesetzliche Zinssatz 5 %. Die vertragliche Vereinbarung höherer Verzugszinsen von bis zu 7% ist zulässig. Für Banken gibt es spezialgesetzliche Sonderregelungen, nach denen auch höhere Zinssätze zulässig sind.

Die Rechtsprechung hat in der Vergangenheit die Vollstreckbarkeit ausländischer Urteile und Schiedssprüche im Hinblick auf Zinsen versagt, die 7% übersteigen. Diese Problematik wurde durch das neue ägyptische Handelsgesetzbuch zumindest teilweise gelöst, da dieses die Vereinbarung eines höheren Zinssatzes ausdrücklich zulässt. Obergrenze ist allerdings der von der ägyptischen Zentralbank bestimmte Zinssatz.

GEWÄHRLEISTUNG

Das ägyptische Kaufrecht enthält Regeln bezüglich der Gewährleistung für Rechts- als auch für Sachmängel. Das ZGB berücksichtigt Schäden für den Fall, dass ein Recht nicht auf den Käufer übertragen wird, als auch in Situationen, in denen der gekaufte Gegenstand materielle Mängel aufweist. Der Verkäufer gewährleistet dem Käufer, die Nutzung des verkauften Gegenstands nicht zu beinträchtigen, sei dies völlig oder teilweise, und sei diese Beeinträchtigung vom Verkäufer oder von einer dritten Partei ausgehend, die zur Zeit des Verkaufs einen Anspruch gegenüber dem Verkäufer hatte. Die Mängelgarantie erstreckt sich darauf, dass der verkaufte Gegenstand die vom Verkäufer garantierten Spezifikationen nicht erfüllt, oder es einen Fehler gibt, der den Wert oder die Verwendung des verkauften Gegenstands mindert. Die vorgesehene Nutzung ist vom Vertrag oder der üblichen Nutzung - angesichts der Art des Kaufgegenstandes - festgelegt. Solch eine Gewährleistung ist für den Verkäufer bindend, unabhängig davon, ob er von dem Mangel wusste oder nicht.

Ein Anspruch auf Schadensersatz muss gemäß Art. 452 ZGB innerhalb eines Jahres nach Lieferung des verkauften Gegenstandes erhoben werden, außer die Gewährleistungsfrist wurde von den Parteien verlängert. Von dieser Regelung ausgenommen sind auch Mängel, die der Verkäufer vorsätzlich und in betrügerischer Absicht verschwiegen hat. Die vertragsschließenden Parteien dürfen gemäß Art. 453 ZGB im Einvernehmen die Gewährleistung ausweiten, einschränken oder aufheben. Jedoch ist jede Vereinbarung, die die Gewährleistung ausschließt oder einschränkt, ungültig, sollte der Verkäufer vorsätzlich und in betrügerischer Absicht die Mängel des verkauften Gegenstandes verschwiegen haben. Der Käufer muss die gekauften Gegenstände untersuchen und dem Verkäufer die Mängel innerhalb eines „angemessenen" Zeitraums mitteilen.

Ansprüche aus einer vertraglichen Gewährleistung unterliegen besonderen Regeln. Gegenstand einer Gewährleistung sind Ansprüche, welche die Funktionsdauer oder Haltbarkeit einer Kaufsache betreffen. Aus solchen Gewährleistungsvereinbarungen erwachsende Ansprüche sind dem Verkäufer innerhalb eines Monats nach dem Auftreten eines Mangels anzuzeigen und innerhalb von sechs Monaten nach der Anzeige gerichtlich geltend zu machen (Art. 455 ZGB).

VERJÄHRUNG

Die Verjährungsfrist für schuldrechtliche Ansprüche beträgt grundsätzlich 15 Jahre. Ansprüche von Kaufleuten aus der Lieferung von Waren an Endverbraucher sowie die Ansprüche von Gastwirten und Hoteliers für Kost und Logis verjähren in einem Jahr. Die einjährige Verjährungsfrist ist auch bei Ansprüchen aus den Leistungen von Ärzten, Anwälten, Ingenieuren und anderen Freiberuflern anzuwenden.

Für wiederkehrende Ansprüche aus Dauerschuldverhältnissen wie Miet- und Arbeitsverträgen sowie Zinsen aus Darlehen und Rentenzahlungen gilt eine Verjährungsfrist von fünf Jahren. Allerdings haben die ägyptischen Gerichte in einer Reihe von Entscheidungen die 15-jährige Verjährungsfrist auch auf wiederkehrende Ansprüche angewandt, wenn dem Anspruch eine schriftliche Vereinbarung zugrunde lag. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung verjähren hingegen in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Betroffene seine Ansprüche kennt und geltend machen kann, spätestens jedoch nach 15 Jahren.

Deliktische Ansprüche verjähren gemäß Art. 172 ZGB innerhalb von drei Jahren seit Entstehung des Schadens. Die Verjährung eines Anspruchs muss – wie auch in Deutschland – im Wege der Einrede geltend gemacht werden und wird nicht von Amts wegen berücksichtigt (Art. 387 ZGB). Gemäß Artikel 386 ZGB bringt die Verjährung die vertragliche Verpflichtung zum Erlöschen und verwandelt sie in eine „natürliche" (in anderen Worten ‚moralische') Verpflichtung. Im Gegensatz zu einer vertraglichen Verpflichtung ist eine natürliche/moralische Verpflichtung gegenüber dem Schuldner nicht gerichtlich durchsetzbar.

Die Verjährung wird nach dem ZGB dadurch unterbrochen, dass eine der Parteien Klage erhebt. Dies gilt selbst dann, wenn der Berechtigte seinen Anspruch vor einem unzuständigen Gericht erhoben hat (Art. 383 ZGB). Eine Aussetzung der Verjährungsfrist ergibt sich analog auch für die Anrufung eines Schiedsgerichtes.

Nach Art. 384 ZGB wird die Verjährungsfrist ferner unterbrochen, wenn der Schuldner den strittigen Anspruch anerkennt. Wird die Verjährung unterbrochen, so beginnt die Verjährungsfrist ab Beendigung der Unterbrechung neu zu laufen (Art. 385 ZGB).

UN–KAUFRECHT

Ägypten ist dem Wiener Übereinkommen über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 (CISG– UN-Kaufrecht) mit Wirkung zum 1. Januar 1988 beigetreten. Auf Warenkäufe, die zwischen Angehörigen anderer Unterzeichnerstaaten (etwa Deutschland, Österreich und der Schweiz) und Ägyptern getätigt werden, finden daher die Bestimmungen des CISG Anwendung, sofern die Parteien die Anwendung des UN-Kaufrechts nicht ausdrücklich ausgeschlossen oder ein anderes Recht vereinbart haben. Das Übereinkommen gilt ausschließlich für internationale Warenlieferungen. Reine Verbraucherkäufe, d.h. Käufe, die ausschließlich zum persönlichen bzw. privaten Gebrauch getätigt werden, sind vom Anwendungsbereich ausgeschlossen. Da das UN-Kaufrecht einige gegenüber dem nationalen Recht häufig käuferfreundlichere Regelungen enthält, so etwa eine 12-monatige Frist für Mängelrügen, sollten Verkäufer im Einzelfalle erwägen, die Anwendbarkeit einer anderen Rechtsordnung (etwa der deutschen) ausdrücklich zu vereinbaren.

CIVIL LAW

The Egyptian Civil Code (abbreviated as "CC") was promulgated in 1948 and came into force in 1949. Drafted by the prominent French-educated scholar Abd El Razzaq Al Sanhouri, the Civil Code became a model for a number of civil law codifications in the Arab world.

FUNDAMENTAL PRINCIPLES OF CONTRACT

In general, the CC recognizes the notion that contracts are consensual. Contracts are concluded between the contracting parties expressing their unequivocal intention to do so, provided that the basic constitutive elements of contract are met (i.e., consent, object, and cause). The CC does not set out formal requirements for the conclusion of contracts except in specific cases, such as mortgage agreements.

The CC also recognizes the sanctity of contracts. The general maxim is that the contract makes the law of the parties, it cannot be revoked or amended without the consent of the contracting parties. This general principle is, however, not absolute. There are cases where the judge may interfere to restore the economic balance of the contract.

SALES CONTRACTS

Sales contracts are regulated by Articles 418–481 of the CC.

Noteworthy is that if the object of a sale is ascertainable and movable, transfer of title becomes effective upon conclusion of the sales contract (Article 429 of the CC, in connection with Article 932 of the CC).

Apart from the question of transfer of title, the rules of the CC governing contracts of sale are in many respects similar to German law. Contracts providing a buyback right on behalf of the seller are void.

© Ahmad Badr, CC BY-SA 3.0

The Supreme Constitutional Court in Cairo

RETENTION OF TITLE

In accordance with Article 430 of the CC, the parties of a contract may agree that title to goods and real estate will not pass until the full purchase price has been paid, even if the object purchased has been delivered.

Article 430 also states that, if the price is payable in instalments, the parties may agree that the seller may retain part of the price as damages should the sale be cancelled for non payment of all instalments. However, the court may reduce the agreed-upon indemnification if the estimated damages are disproportionate.

INTEREST

Pursuant to Articles 226 and 227 of the CC, the statutory interest rate is fixed at 5% for commercial transactions and 4% for civil transactions. A higher rate of up to 7% may be agreed upon contractually. Particular legal provisions allowing for higher interest rates apply to banks.

The Egyptian courts have, on a number of occasions, refused to enforce foreign judgments and arbitral awards if they provided for contractually agreed interest rates in excess of 7%. This problem has been partly solved by the new Commercial Code, which expressly permits parties to agree to higher interest rates. Even these, however, may not exceed the rate of interest fixed by the Egyptian Central Bank.

WARRANTIES

Egyptian law contains provisions dealing with warranties of both title and workmanship. The Civil Code provides for damages in cases where title does not pass to the purchaser and in cases where the object purchased has a material defect. The seller warrants the non-interference in the purchaser's use of the object sold, whether totally or partially, whether such interference is by the seller or a third party who, at the time of the sale, had a claim against the seller. As regards the warranty for defects it extends to the sold object's non-compliance with the specifications guaranteed by the seller, or in the case of a defect, reduces the value or use of the object sold. The intended use is determined by the contract or the apparent use, in light of the nature of the object sold, or the reason for its production. The seller is bound by such warranty, even if he was not aware of the defect.

According to Article 452 of the CC, a warranty claim must be made within one year after delivery of the object sold unless this period is extended by the parties or it is evidenced that the seller had deliberately and fraudulently concealed the defect. According to Article 453 of the CC, the contracting parties may agree to increase, restrict, or dispense with the warranty. Nevertheless, any provision dispensing with or restricting the warranty is void if the seller deliberately and fraudulently conceals defects in the object sold. Purchasers are required to examine the objects purchased and to notify the seller of defects within a "reasonable" time.

Special rules apply to claims arising from a contractual guarantee. Subject to a guarantee are claims, which are related to duration or endurance of the sales item. Claims arising from such a guarantee must be notified to the seller within one month of the occurrence of the defect and must be filed with the courts in the following six months (Art. 455 of the CC).

PRESCRIPTION

The general period of limitations for actions as stated in the Civil Code is 15 years. However, claims of merchants for deliveries made to consumers are time-barred after one year. The same one-year limitation period applies to claims arising from the services of certain professionals, such as doctors, lawyers, and engineers.

The limitation period for recurring claims arising under contracts for the performance of continuing obligations, such as the payment of rent, wages, pensions, and interest on loans, is five years. However, Egyptian courts have, in a number of cases, applied the 15-year limitation period to cases of recurring claims where the transactions were concluded in writing. Claims for unjust enrichment are time barred three years after the date on which the party who made the excessive payment learned of their right to claim restitution, but in any case no longer than 15 years from the date in which the right arose (Article 187 of the CC).

According to Article 172 of the CC, a claim for damages as a result of tortious liability due to gross negligence is time-barred three years after the date the damage had occurred. According to Article 387 of the CC, the party defending an alleged breach of a contract, or any other party having an interest in the contract, must affirmatively raise prescription as a defence in the lawsuit, since the court is not obliged to take judicial notice of it. According to Article 386 of the CC, prescription has the effect of extinguishing the contractual obligation and converting it into a natural (in other words, 'moral') obligation. Unlike a contractual obligation, a natural/moral obligation is not enforceable vis-à-vis the debtor.

According to the CC, the limitation period is interrupted by any act of the breaching party to assert its rights under the contract in legal proceedings. According to Article 383 of the CC, this applies even if the court ultimately finds that it has no jurisdiction. The application to an appropriate arbitration committee or tribunal is analogous to the initiation of a legal action.

According to Article 384 of the CC, a debtor's express or implied acknowledgement of a debt also interrupts the limitation period. Pursuant to Article 385 of the CC, the interruption of a limitation period results in the commencement of a new limitation period, which is the date the interruption ended.

UN INTERNATIONAL SALES CONVENTION

Egypt is a signatory to the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods ("CISG" or "Convention"). Any sales agreement concluded between nationals of signatory states (e.g., a contract for the sale of goods to be exported from Germany to Egypt) is by default governed by the Convention, unless the parties choose a different law to govern the contract or expressly exclude the application of the Convention.

The Convention applies exclusively to agreements for the international sale of goods and not to consumer purchase contracts. As the convention contains provisions often more consumer-friendly than those contained in national law, such as, for example, a twelve-month period for notification of defects, sellers should consider explicitly stipulating the applicability of a different legal system (i.e. the German legal system) on an individual basis.

VERBRAUCHERSCHUTZGESETZ

Die allgemeinen Gewährleistungsregeln werden neuerdings durch das Verbraucherschutzgesetz ergänzt, welches das ägyptische Parlament am 14. Mai 2006 verabschiedet hat (Gesetz Nr. 67/2006). Das Gesetz stützt sich in weiten Teilen auf die in den „Guidelines for Consumer Protection" der Vereinten Nationen enthaltenen Grundsätze zum Ver-

braucherschutz. Diese Grundsätze umfassen insbesondere den freien Zugang zu Informationen über das Produkt, den Hersteller und ggf. den Importeur als auch die Möglichkeit, sich mit Beschwerden an die Regierung zu wenden und Rechtsschutz vor den staatlichen Gerichten zu suchen.

In Ausgestaltung dieser Grundsätze verpflichtet das Verbraucherschutzgesetz Unternehmer etwa:

- bei jeglichem Geschäftsverkehr mit Verbrauchern ihre Identität offenzulegen (Art. 4),
- auf Verlangen des Verbrauchers eine Rechnung auszuhändigen, welche nähere Angaben über die Produktspezifikationen enthält (Art. 5); und
- jegliche irreführende Angaben zu unterlassen (Art. 6).

Das Gesetz sieht zudem die Einrichtung einer Verbraucherschutzagentur vor, an die sich Verbraucher bei Beschwerden wenden können. Dabei ist für die Durchsetzung der Verbraucherinteressen ein dreistufiges Verfahren vorgesehen: Sofern eine Einigung zwischen dem Verbraucher und dem Unternehmen nicht zustande kommt, kann zunächst eine entsprechende Nichtregierungsorganisation eingeschaltet werden. Sollte auch diese keine Einigung herbeiführen können, wird der Fall an einen bei der Verbraucherschutzagentur eingerichteten Schlichtungsausschuss verwiesen, dem jedoch keine verbindliche Entscheidungsbefugnis zusteht. Verbrauchern bleibt es daher unbenommen, in einem dritten Schritt Rechtsschutz vor den staatlichen Gerichten zu suchen.

Das Verbraucherschutzgesetz ist ohne Zweifel ein wichtiger Schritt für Verbraucherrechte. Die für die Praxis wohl bedeutendste Neuerung ist darin zu sehen, dass es nunmehr auch den auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes tätigen Nichtregierungsorganisationen erlaubt ist, die Interessen einzelner Verbraucher im Klagewege durchzusetzen. Gemäß Artikel 7 des Verbraucherschutzgesetzes soll der Anbieter, innerhalb von sieben Tagen nachdem er festgestellt hat, dass ein Produkt mangelhaft ist, die Agentur über den Mangel und potentiellen Schaden, den dieser verursachen könnte, informieren. Falls es sich um einen Mangel handelt, der wahrscheinlich die Sicherheit und Gesundheit des Verbrauchers verletzt, muss der Anbieter (d.h. sowohl der Hersteller als auch der Importeur und Vertriebshändler in Ägypten), die Agentur mit Entdeckung des Schadens unverzüglich informieren. Der Hersteller muss zudem bekannt geben, dass er die Produktion und Distribution des Produktes einstellt und die Verbraucher davor warnen, das Produkt zu benutzen. Sofern ein Produkt einen Mangel hat, kann der Verbraucher gem. Art. 8 innerhalb von zwei Wochen nach Lieferung des Produkts eine Ersatzlieferung oder die Rückabwicklung des Vertrags verlangen.

Verstöße gegen die Bestimmungen des Verbraucherschutzgesetzes sind strafbewehrt und werden mit Geldstrafen von mindestens LE 5.000 und höchstens LE 100.000 geahndet. Im Wiederholungsfalle verdoppelt sich die ursprünglich festgesetzte Geldstrafe.

CONSUMER PROTECTION LAW

On 14 May 2006, the Egyptian Parliament adopted Egypt's first Consumer Protection Law No. 67 of 2006 (abbreviated as "CPL"). The CPL reaffirms the rights of consumers outlined in the United Nations Guidelines for Consumer Protection. These rights include accessibility to information about products, disclosure of the identity of the manufacturer and importer, the consumer's ability to raise concerns or complaints before the government, as well as the right to pursue legal action against manufacturers, importers and distributors.

Based on these principles, the CPL obligates the merchant, for instance, to:

- identify himself in business relationship to a consumer (Article 4);
- provide upon request of the consumer a detailed invoice which states the specifications of the product (Article 5); and
- avoid giving misleading information (Article 6).

The law further provides for the establishment of a Consumer Protection Agency (the "Agency") to which consumers may address complaints. As such, a three-step process is envisioned for the assertion of consumer interests; provided an agreement between the consumer and the company is not possible, a relevant non-governmental organization may be engaged. Should this organization be unable to facilitate consensus, the case will be referred to an arbitration committee of the consumer protection agency, which, however, does not have binding authority. Hence, consumers are free to seek a remedy in national courts. The CPL is without doubt an important step in consumer rights. The most notable aspect of the CPL is that it gives civil associations the right to file suits against offenders. According to Article 7 of the CPL, the supplier shall within seven days of discovering or becoming aware that a product is defective, inform the Agency of such defect and the potential harm that it may cause. In the event that the defect is likely to harm the consumer's health or safety, the supplier (which comprises both the manufacturer as well as the importer and distributor in Egypt) shall immediately inform the Agency upon discovering or becoming aware of such defect. The supplier shall also announce stoppage of the production or distribution of the product and shall further warn the consumers not to use the product. Furthermore, within 14 days after receiving a defective commodity, a consumer has the right to either require its replacement or return it and recover its sale price pursuant to Article 8 of the CPL.

The CPL also provides a minimum fine of LE 5,000 and a maximum of LE 100,000 to be imposed in the event of a breach of, inter alia, any of the abovementioned provisions. In case of recurrence, the fine is to be doubled.

HANDELSRECHT

Das ägyptische Handelsgesetzbuch (HGB) Nr. 17 stammt aus dem Jahre 1999 und ist in fünf Teile gegliedert. Im ersten Teil befasst sich das Handelsgesetzbuch mit der Definition der Handelsgeschäfte. Es gibt verschiedene Arten von Handelsgeschäften: Einige Handelsgeschäfte werden als kommerziell eingestuft, wenn sie mit Gewinnerzielungsabsicht abgeschlossen werden, andere stellen nur dann ein Handelsgeschäft dar, wenn sie gewerbsmäßig betrieben werden. Der zweite Teil regelt bestimmte Handelsgeschäfte wie den Technologietransfer, den Handelskauf, die Hinterlegung, die Handelsvertretung sowie das Makler-, Lager-, Fracht- und Speditionsgeschäft. Der dritte Teil befasst sich mit einzelnen Bankgeschäften, während der vierte Teil das Scheck- und Wechselrecht, Dokumentenakkreditiv, Bürgschaften im Handelsverkehr und Garantien behandelt. Das Konkursrecht, das im fünften Teil geregelt war, wurde neulich aufgehoben. Das Konkursrecht ist jetzt im Konkursgesetz Nr. 11/2018 geregelt. Insbesondere die Bestimmungen zum Technologietransfer sind vereinzelt stark kritisiert worden, da sie die Vertragsfreiheit ausländischer Technologie-, Know-how- oder Lizenzgeber erheblich einschränken.

DER KAUFMANNSBEGRIFF

Die Anwendbarkeit des HGB erstreckt sich auf alle natürlichen oder juristischen Personen, welche die Voraussetzungen eines Kaufmanns erfüllen. Wie im deutschen Recht unterscheidet das ägyptische HGB zwischen Ist- und Formkaufleuten. Kaufmann ist zunächst, wer in seinem Namen oder für seine Rechnung einer gewerblichen Tätigkeit nachgeht. Daneben gelten alle im Einklang mit dem ägyptischen Gesellschaftsrecht gegründeten Unternehmungen als Formkaufleute. Gemäß Kapitel Zwei in Teil Eins des HGBs werden alle Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Ein-Personen-Gesellschaften, und Kommanditgesellschaften auf Aktien, sowie Individuen, die einem Beruf oder einer gewerblichen Tätigkeit im eigenen Namen nachgehen und spezielle Voraussetzungen erfüllen, als Händler eingestuft. Darüber hinaus wird als Handelsgewerbe jede Tätigkeit verstanden, die den Kauf von Waren mit der Absicht des Weiterverkaufs oder der Vermietung betrifft oder die Gründung eines Unternehmens zum Gegenstand hat. Letztlich werden einige Tätigkeiten vom Kaufmannsbegriff erfasst, die einen gewerblichen Bezug haben, beispielsweise, wenn sie auf eine professionelle Weise ausgeführt werden.

BUCHFÜHRUNG

Jeder Kaufmann, dessen registriertes Kapital LE 20.000 übersteigt, ist zum Führen einer ordnungsgemäßen Buchhaltung verpflichtet. Diese muss alle getätigten Handelsgeschäfte, eine Liste des vorhandenen Inventars, eine jährliche Abschlussbilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung beinhalten.

TECHNOLOGIETRANSFER

Die Definition des Technologietransfervertrags nach dem HGB erfasst alle Verträge, bei denen der Inhaber einer Technologie sich verpflichtet, gegen eine Gegenleistung einem anderen eine Technologie oder technisches Know-How zur Verfügung zu stellen, damit der Empfänger sie in technischer

Weise nutzen kann. Die Nutzung erfolgt, um ein Produkt herzustellen oder um Vorrichtungen bzw. Geräte zu installieren bzw. zu benutzen, die wiederum einen Service liefern. Die Bestimmungen zum Technologietransfer sehen die zwingende Anwendung einiger Vorschriften des Handelsgesetzbuches und die Zuständigkeit der ägyptischen Gerichte vor und sind deshalb stark kritisiert worden, da sie die Vertragsfreiheit ausländischer Technologie-, Know-How- oder Lizenzgeber erheblich einschränken. Auf dieser Grundlage haben ägyptische Gerichte viele international übliche und anerkannte Klauseln in Lizenz- und Technologietransferverträgen für unwirksam erklärt.

SCHECKRECHT

Gegenüber dem alten Handelsgesetzbuch führte das neue HGB einige wesentliche Änderungen des Scheck- und Wechselrechts ein. Zentral war die von der ägyptischen Geschäftswelt heftig kritisierte Abschaffung der sog. Privatschecks. Im Gegensatz zu Bankschecks wurden Privatschecks von Privatpersonen ausgestellt, die sich gegenüber dem Empfänger verpflichteten, zu einem späteren Zeitpunkt eine bestimmte Geldsumme zu zahlen. Obwohl diese Art der Zahlungsverpflichtung die Zahlungsfähigkeit des Ausstellers nicht garantierte, waren Privatschecks ein weitverbreitetes Kreditmittel, da das alte Handelsrecht eine obligatorische Freiheitsstrafe für nicht gedeckte Schecks vorsah. Nach neuem Recht stellt der Privatscheck kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr dar. Vielmehr ist der Gebrauch mit Geld- oder Freiheitsstrafe bedroht. Im Einklang mit internationalen Standards sind nunmehr ausschließlich von Banken ausgestellte Schecks zulässig. Mit Rücksicht auf bereits im Verkehr befindliche Privatschecks ist folgende Übergangsregelung getroffen worden: Vor dem 1. Oktober 2005 ausgestellte Schecks unterliegen der alten Rechtslage, sofern das Ausstellungsdatum von einem Notar beglaubigt ist. Entsprechende notarielle Beglaubigungen waren bis zum 1. Oktober 2006 zulässig.

Weitere Änderungen des Scheckrechts betreffen die Form und den Inhalt eines Schecks. Die gesetzlichen Bestandteile eines Schecks sind die Scheckklausel (das Wort „Scheck" muss im Text der Urkunde enthalten sein), der Name der ausstellenden Bank, die unbedingte Anweisung, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen und die Unterschrift des Ausstellers. Demgegenüber ist die Verpflichtung entfallen, ein bestimmtes Zahlungsdatum vorab festzulegen, so dass ein Scheck unmittelbar nach seiner Ausstellung eingelöst werden kann. Eine entgegenstehende Anweisung ist – abgesehen von wenigen Ausnahmen – nichtig.

COMMERCIAL LAW

The Commercial Law No. 17 of 1999 (the "Commercial Code") consists of five parts. Part One of the Commercial Code sets out general provisions on trade, such as definitions of a commercial transaction. There are different types of commercial transactions; some transactions are considered to be commercial if conducted with the intention to trade, and some only if they are based on a professional basis. Part Two contains rules on commercial obligations and contracts, namely technology transfer, commercial sale, commercial pledges, deposits, commercial agency, brokerage, storage, transport and freight. Banking transactions form a separate Part Three, whereas Part Four of the ECC deals with negotiable instruments. Finally, Part Five sets out the rules of bankruptcy. The provisions on technology transfer have especially been criticized because they constrain the contractual freedom of foreign grantors of technology and know-how as well as of licensors.

MERCHANT

The provisions of the Commercial Code generally apply to any natural or legal person acting as a merchant and carrying out commercial activities on a permanent basis. The Commercial Code does not apply to small craftsmen engaged in minor commercial activities. According to Chapter Two of Part One of the Commercial Code, all joint stock companies, limited liability companies, one-person companies, and partnerships limited by shares, as well as individuals engaged in a profession or commercial activity in their own name, or for their own account, are subject to certain requirements, considered to be merchants. Any activity carried out by a merchant is considered as being part of that merchant's business affairs and is thus deemed a commercial activity, unless proven otherwise. Furthermore, the purchase of goods of any nature with a view to resale or leasing, as well as the formation of a company, is generally considered a commercial activity. Other acts specified in the law and related to business will also qualify as commercial activities if they are performed on a professional basis.

COMMERCIAL BOOKS AND RECORDS

Every merchant is required to maintain commercial books and records, such as a journal and inventory book, if that merchant's capital investment in trade exceeds 20,000 Egyptian Pounds. Journals must record all trade transactions carried out by the trader, whereas inventory books must record details of the traders' available stocks of goods and copies of annual balance sheets and profit and loss statements.

TECHNOLOGY TRANSFER

Under the Commercial Code, technology transfer is broadly defined as any contract in which technical information or know-how is transferred for consideration for being used in a technical manner to produce or develop a product, or to install or operate equipment or tools or for the provision of a service. The regulations on technology transfer have, in particular, been criticized for considerably restricting the contractual freedom of foreign technology owners to transfer technology, know-how, and licenses. As a result, a large number of commonly used international clauses contained in licensing and technology transfer agreements have been successfully challenged before Egyptian courts.

CHEQUES

The Commercial Code considerably modified the legal rules pertaining to cheques. One key change, which was heavily criticized by the business community, was the abandonment of the so-called "non-bank cheques". Non-bank cheques could be issued by any person on plain paper and were the promise of the issuer to pay a certain sum to the beneficiary on a specified date. Although these cheques did not guarantee that the specified amount was available, they were usually accepted by payees because the old law provided for a mandatory prison term for persons issuing worthless non-bank cheques. Thus, non-bank cheques were commonly used as an easy means of credit.

Under the new Commercial Code, non-bank cheques are no longer considered legal tender and users of these cheques will face a fine or imprisonment. For a cheque to be legally acceptable under the new system, the forms used must be issued by banks to their account holders. However, the new Commercial Code had to take into account the vast number of non-bank

cheques remaining in circulation. After several postponements, it was finally agreed upon that cheques issued on or after 1 October 2005 had to comply with the new regulations. Cheques issued before 1 October 2005 remain subject to the legal provisions applicable at the date of their issue, provided that the issuing date of the cheque was attested by a notary public. Attestations of the date by a public notary could be obtained until 1 October 2006.

Further major changes to the law on cheques pertain to requirements as to their form and content. The word "cheque", the bank's name, the account holder's name, and the signatory's name all must appear clearly on the document. Also, the amount payable to the beneficiary must be written in figures and in words (the latter prevailing in case of a conflict). The new Egyptian Commercial Code ("ECC") also made another important change: cheques no longer need to specify the date on which the amount is payable; they now must be unconditionally payable and are required only to set out the date and place of issue. This means that cheques are payable immediately upon presentation for payment. Any contrary statement on the cheque is void.

HANDELSVERTRETER - UND VERTRAGSHÄNDLERRECHT

Ausländische Unternehmen werden außerhalb von reinen Lieferbeziehungen in Ägypten regelmäßig durch Einschaltung eines Handelsvertreters oder eines Vertragshändlers tätig. In einem zweiten Schritt wird der Vertreter dann in einigen Fällen verpflichtet, mit Repräsentanten oder Delegierten des ausländischen Unternehmens zusammen zu arbeiten oder vom ausländischen Unternehmen ausgewählte Mitarbeiter anzustellen. Gelegentlich folgt schließlich die Einbindung des Handelsvertreters in ein Joint-Venture-Unternehmen.

Das ägyptische Handelsvertreterrecht war bis zum Inkrafttreten des neuen Handelsgesetzbuchs wesentlich liberaler als das Recht der arabischen Golfstaaten. Handelsvertreterverträge konnten wirksam befristet werden und die Zahlung von Abfindungen bei Nichtverlängerung oder ordentlicher Kündigung blieben im Regelfall der vertraglichen Gestaltung der Parteien überlassen. Zulässig waren auch Rechtswahl- und Schiedsgerichtsklauseln.

City Stars Mall in Cairo

© Terry Feuerborn_CC BY-NC 2.0

Diese für ausländische Vertragspartner günstige Rechtslage hat sich mit Inkrafttreten des neuen Handelsgesetzbuchs weitestgehend zu deren Nachteil geändert. Die Rechtsstellung der lokalen Handelsvertreter und Vertragshändler wurde zudem durch den kürzlich veröffentlichten Ministerialerlass Nr. 362/2005 weiter gestärkt. Die Auswirkungen dieser Gesetzesänderungen und insbesondere ihre Bedeutung für Handelsvertreterverträge, werden im Folgenden besprochen.

RECHTSQUELLEN

In materieller Hinsicht traf das ägyptische Recht bis zum Inkrafttreten des neuen Handelsgesetzbuchs keine besonderen Regelungen zum Handelsvertreterrecht. Im neuen ägyptischen Handelsgesetzbuch finden sich nunmehr detaillierte Vorschriften zum Handelsvertreter, dem Kommissionär und dem Makler.

Die Regelungen des Handelsvertreterrechts enthält das Handelsvertretergesetz (Gesetz Nr. 120/1982 mit Durchführungsverordnung Nr. 342/1982 und deren Ergänzung durch Ministerialerlass Nr. 362/2005), welches sich an Handelsmittler und Handelsvertreter, einschließlich dem angestellten Vertreter richtet. Das Handelsvertretergesetz enthält vor allem Vorschriften über die Zulassung und Registrierung des Handelsvertreters. Daneben bestimmt es die Verpflichtungen des Handelsvertreters gegenüber den lokalen Steuerbehörden. Es legt ferner einige Mindestanforderungen an einen Handelsvertretervertrag fest und verpflichtet die durch einen Handelsvertreter vertretene Partei, die Höhe der an den Handelsvertreter gezahlten Provision dem ägyptischen Staat zu Zwecken der Besteuerung offenzulegen.

ARTEN DER HANDELSMITTLER

Das ägyptische Recht unterscheidet in Art. 166 ff. HGB zwischen zwei Arten von Handelsmittlern: (1) dem Kommissionär, der als Kaufmann Geschäfte im eigenen Namen für den Auftraggeber abschließt, (2) dem Abschlussvertreter, der regelmäßig innerhalb eines bestimmten Gebiets die Promotion, Verhandlungen und Abschlüsse von Verträgen im Namen und für den Auftraggeber gegen Entgelt übernimmt.

Das neue Handelsgesetzbuch sieht nunmehr einige restriktive Vorschriften vor, wie etwa einen Ausgleichsanspruch im Fall der ungerechtfertigten Kündigung und im Falle der Nicht-Erneuerung, während es in Bezug auf ähnliche Ausgleichsansprüche für Händler keine Bestimmungen enthält. Interessanterweise führen die Ergänzungen der Durchführungsverordnung zum Handelsvertretergesetz (Dekret Nr. 362/2005) ähnliche Beschränkungen ein, ohne jedoch zwischen den verschiedenen Arten der Handelsmittler zu unterscheiden. In der Praxis wenden die Gerichte und zuständigen Behörden die Vorschriften für Abschlussvertreter auf alle Handelsmittler mit einem ausländischen Auftraggeber an, d.h. auch in Fällen von Kommissionären. Deshalb bleibt bei der Gestaltung von Handelsvertreterverträgen äußerste Vorsicht geboten.

Das Handelsvertretergesetz gibt ägyptischen Gerichten die ausschließliche Zuständigkeit für Handelsvertreterstreitigkeiten.

ANFORDERUNGEN UND REGISTRIERUNG EINES HANDELSVERTRETERS

Gemäß Art. 2 des Handelsvertretergesetzes sind Handelsvertreter im vom Ministerium für Wirtschaft und Außenhandel bereitgestellten Register für Handelsvertreter einzutragen. Bei den Voraussetzungen für die Eintragung eines Handelsvertreters ins Handelsvertreterregister muss zwischen natürlichen und juristischen Personen unterschieden werden.

Eine natürliche Person kann gemäß Art. 1 Abs. 2 Handelsvertretergesetz nur als Handelsvertreter in das Handelsvertreterregister eingetragen werden, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- die natürliche Person muss seit mindestens 10 Jahren die ägyptische Staatsbürgerschaft besitzen,
- sie darf nicht zugleich Angestellter einer Behörde oder Mitglied eines politischen Organs sein,
- sie muss über einen guten Leumund verfügen und nicht wegen einer Straftat verurteilt sein und
- sie darf noch keinen Offenbarungseid geleistet haben.

Die Voraussetzungen für die Eintragung einer Gesellschaft in das Handelsvertreterregister sind in Art. 3 Abs. 2 Handels-

vertretergesetz geregelt, wobei Kapital- und Personengesellschaften gleichgestellt sind:

- der Sitz der Hauptverwaltung muss sich in Ägypten befinden,
- der Gegenstand der Gesellschaft muss sich auf die Handelsvertretung erstrecken und
- alle Gesellschafter und Geschäftsführer müssen seit mindestens zehn Jahren die ägyptische Staatsangehörigkeit besitzen.

Die persönlich haftenden Gesellschafter sowie die Geschäftsführer einer Gesellschaft müssen die gleichen Voraussetzungen erfüllen, welche natürliche Personen zur Eintragung aufweisen müssen. Eine Gesellschaft, deren Anteile ganz oder teilweise von Ausländern gehalten werden, kann daher nicht in das Handelsvertreterregister eingetragen werden. Dies gilt gleichermaßen für eine ägyptische Gesellschaft, die einen ausländischen Geschäftsführer hat.

Nach Gesetz Nr. 212 von 1982 mit der Änderung von Gesetz Nr. 7 von 2017 müssen zur Eintragung einer Handelsvertretung ins Handelsvertreterregister, die den Import von Waren zum Gegenstand hat, weitere Voraussetzungen erfüllt sein. Die wichtigste ist, dass der Antragsteller bereits mindestens ein Jahr im Handelsregister eingetragen sein muss und dass das Gesellschaftskapital zu 100% in der Hand von Personen sein muss, die seit mindestens zehn Jahren die ägyptische Staatsbürgerschaft besitzen. Manager, die für den Import verantwortlich sind, müssen ägyptische Staatsbürger sein.

Da sich nur registrierte Händler als Handelsvertreter eintragen lassen können, muss ein Handelsvertreter sich im Register der Behörde für Export- und Importkontrolle („General Organisation for Export and Import Control“ oder „GOEIC“) eintragen lassen. Außerdem muss er ein amtlich beglaubigtes Schreiben des ausländischen Auftraggebers vorlegen, in dem dieser den Registrierungsantrag beantragt/bestätigt und die vereinbarte Provision angibt. Der Handelsvertreter muss den Handelsvertretervertrag vorlegen und eine Reihe von Informationen angeben, die die Natur und den Umfang seiner Tätigkeit als Handelsvertreter betreffen. Dies betrifft die konkrete Produktpalette, das Vertragsgebiet, die genauen Inhalte des geschlossenen Vertrages, die Höhe und Art der Vergütung sowie die Währung, in der die Vergütung gezahlt werden soll.

Der ausländische Vertragspartner muss ferner erklären, jede Änderung des Vertragsverhältnisses dem ägyptischen Konsulat am Ort seines Gewerbes in Schriftform mitzuteilen. Ein Handelsvertretervertrag muss zudem durch eine Industrie- und Handelskammer und durch ein zuständiges lokales ägyptisches Konsulat beglaubigt werden.

In der Praxis ist festzustellen, dass viele Handelsvertreterverträge nicht registriert werden, da die fehlende oder fehlerhafte Registrierung des Handelsvertretervertrages keine Auswirkung auf dessen Wirksamkeit hat. Es ist jedoch zu beachten, dass jede Person oder Gesellschaft, die als Handelsvertreter auftritt, ohne ins Handelsvertreterregister eingetragen zu sein, sich der Gefahr einer Haftstrafe von bis zu sechs Monaten und einer Geldstrafe von LE 500 bis zu LE 10.000 aussetzt. Die gleiche Strafandrohung trifft denjenigen, der bei der Eintragung wissentlich falsche Angaben gemacht hat. Handelt es sich dabei um eine Gesellschaft, trifft die Strafe die Geschäftsführung oder die Mitglieder der Gesellschafterversammlung.

Mit Einführung des Ministerialerlasses Nr. 362/2005 ist zudem eine wesentliche Änderung der Registrierungsvorschriften eingetreten. Ein registrierter Handelsvertreter, dessen Vertrag vom Prinzipal gekündigt (oder nicht verlängert) wurde, ist nunmehr in der Lage, die Registrierung eines neuen Handelsvertreters solange zu verhindern, bis der Prinzipal etwaige Entschädigungsforderungen erfüllt hat. Nach der Durchführungsverordnung ist der Registerbehörde die Eintragung eines neuen Handelsvertreterverhältnisses untersagt, solange nicht der Nachweis erbracht wird, dass der frühere Handelsvertreter ordnungsgemäß entschädigt wurde, oder sechzig Tage vergangen sind, ohne dass der frühere Handelsvertreter einen Ausgleichsanspruch geltend gemacht hat.

Wie in der früheren Praxis, hat die GOEIC auch immer wieder auf eine Registrierungspflicht für den Vertragshändlervertrag hingewiesen bzw. dies erlaubt, d.h. für den Händler, der im eigenen Namen und für eigene Rechnung unter einer Rahmenvereinbarung von einem ausländischen Produzenten kauft. Nach Meinung der GOEIC sollte dies jedoch nur für den Fall gelten, dass der Vertragshändler beabsichtigt, medizinische Produkte zu vertreiben. Diese Ansicht hat die GOEIC kürzlich geändert (da sie dem eindeutigen Gesetzeswortlaut widersprach) und verlangt nun lediglich die Registrierung von Handelsvertreterverträgen.

DER HANDELSVERTRETER

Infolge der Änderungen des Handelsgesetzbuchs und der jüngsten Ergänzungen der Durchführungsverordnung ist die Rechtsposition des Handelsvertreters in Ägypten der traditionell starken Position in den arabischen Golfstaaten weitgehend angenähert worden. Über die bereits erwähnte Blockademöglichkeit eines früheren Handelsvertreters bei der Neuregistrierung beinhaltet das ägyptische Recht nunmehr einen gesetzlich normierten Provisions- und Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters.

Provisionsanspruch

Die an den Handelsvertreter zu zahlende Provision wird grundsätzlich mit Abschluss des Geschäfts fällig, deren Ausführung oder Vermittlung er übernommen hat. Abweichend von der gesetzlichen Regelung wird in der Praxis das Entstehen des Anspruches auf Provisionszahlung häufig von der Zahlung durch den Kunden abhängig gemacht, was jedoch ausdrücklich im Vertrag geregelt werden muss. Die Höhe der Provision ist Verhandlungssache, es gibt keine Mindestprovision und in der – rechtlich bedenklichen – Praxis wird die tatsächliche Provision oft in Nebenvereinbarungen niedergelegt, die den Behörden nicht zugänglich sind. Die Zahlung der Provision kann in jeder beliebigen Währung erfolgen.

Ausgleichsanspruch

Bis zum Inkrafttreten des neuen Handelsgesetzbuchs kannte das ägyptische Recht keinen gesetzlich normierten Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters. In bestimmten Fällen wurde dem Handelsvertreter aber ein Schadensersatz nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zugesprochen, etwa unter dem Gesichtspunkt der unzulässigen Rechtsausübung. Dies war etwa der Fall, wenn die Rechte des Handelsvertreters missachtet oder ein befristeter Vertrag vor dem Ablauf seiner Laufzeit ohne das Bestehen eines Kündigungsgrundes gekündigt wurde.

In Art. 163 HGB ist jedoch nunmehr ausdrücklich der Ausgleichsanspruch des Abschlussvertreters geregelt, wobei umstritten ist, was genau ein Abschlussvertreter ist. Dem Abschlussvertreter wird grundsätzlich ein Ausgleichsanspruch zugestanden, wenn ein befristeter Handelsvertretervertrag nicht erneuert oder ein unbefristeter Handelsvertretervertrag ohne das Vorliegen eines vom

Ein Modell der New Administrative Capital

© *Urban Development Consortium (UDC)*

Handelsvertreter zu vertretenen Kündigungsgrundes gekündigt wird. Die Höhe eines etwaigen Ausgleichsanspruches ist im ägyptischen Recht nicht geregelt und unterliegt somit im Streitfall dem Ermessen des zuständigen Gerichtes.

Die jüngsten Ergänzungen zur Durchführungsverordnung des Handelsvertretergesetzes sehen ebenfalls ein Recht des Handelsvertreters auf Entschädigung vor. Zu beachten ist, dass ein unbefristeter Handelsvertretervertrag von beiden Parteien jederzeit gekündigt werden kann. Allerdings besteht ein Ausgleichsanspruch nur, wenn der Handelsvertreter eine etwaige Leistungsstörung nicht zu vertreten hat. Die Durchführungsverordnung sieht darüber hinaus einen identischen Ausgleichsanspruch für den Fall vor, dass ein befristeter Vertrag nicht erneuert oder ohne Vorliegen eines Kündigungsgrundes gekündigt wird.

Exklusivvertretung

Einem Unternehmen steht es frei, mehrere Vertreter für dasselbe Produkt oder in demselben Gebiet einzusetzen. Dies muss aber ausdrücklich vereinbart werden, da das Gesetz für bestimmte Handelsvertreter im Zweifel Exklusivität und Gebietsschutz vorsieht. Der exklusiv (ausdrücklich oder selbst weil nicht anderweitig konkretisiert) bestellte Handelsvertreter hat einen Provisionsanspruch für alle im Vertragsgebiet abgeschlossenen Verträge, unabhängig davon, ob er die betreffenden Geschäfte tatsächlich vermittelt hat oder nicht.

Handelsvertretervertrag

Handelsvertreterverträge unterliegen grundsätzlich dem Schriftformerfordernis und müssen bestimmten Mindestanforderungen genügen. So sind Art und Umfang der Tätigkeit des Vertreters, die Vertragsprodukte und das Vertragsgebiet sowie die Voraussetzungen und Höhe der Provision, die Zahlungsweise und die Währung anzugeben, in der Provisionen gezahlt werden.

Rechtswahlklauseln

Soll ausländisches Recht auf den Vertrag Anwendung finden, muss dies ausdrücklich im Vertrag festgehalten und Folgendes beachtet werden: Nach ägyptischem internationalen Privatrecht dürfen Vertragsparteien gemäß Artikel 19 des ZGBs sich darauf verständigen, dass ausländisches Recht auf ihren Vertrag anwendbar ist. Ausgenommen sind jedoch solche Bestimmungen, die gegen die ägyptische öffentliche Ordnung und Moral verstoßen (Artikel 28 des ZGBs). In der Praxis allerdings tendieren ägyptische Gerichte dazu, alle Vorgaben des zwingenden ägyptischen Rechts anzuwenden, unabhängig davon, ob die öffentliche Ordnung („ordre public") betroffen ist oder nicht; dies trifft besonders bei Vorgaben des Handelsvertreterrechts zur Provision, Vergütung oder Abfindung bei der Kündigung von Vertretern zu. In der Praxis hat die Wahl ausländischen Rechts bei Prozessen in Ägypten meist nur eine sehr eingeschränkte Wirkung. Ägyptische Gerichte richten sich normalerweise nicht nach Bestimmungen zur Rechtswahl, wenn sie das ZGB bei Streitigkeiten bezüglich der Beendigung von Handelsvertretungsvereinbarungen anwenden.

Einigen sich die Parteien nicht ausdrücklich auf eine Rechtsordnung, soll das Recht des allgemeinen Wohn- bzw. Geschäftssitzes der Parteien gelten und, wenn kein solcher Sitz existiert, das Recht des Staates, der die engsten Beziehungen zu dem in Frage stehenden Vertragsverhältnis hat. Bei Verträgen mit ägyptischen Handelsvertretern dürfte dies regelmäßig das ägyptische Recht sein.

Gerichtsstands- und Schiedsgerichtsklauseln

Wegen der einfacheren Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche sind Schiedsgerichtsklauseln in der Regel beliebter als die Vereinbarung eines ausländischen Gerichtsstandes. Die Zuständigkeit eines ägyptischen Gerichts kann jedoch nur durch Parteivereinbarung ausgeschlossen werden, wenn und soweit gesetzliche Vorschriften nicht seine ausschließliche Zuständigkeit vorgeben.

Für Streitigkeiten mit Abschlussvertretern sieht das Handelsgesetzbuch eine ausschließliche örtliche Zuständigkeit vor. Für Streitigkeiten zwischen Abschlussvertreter und Prinzipal ist danach stets das Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Handelsvertretervertrag ausgeführt wird. Es ist daher eher unwahrscheinlich, dass die ägyptische Rechtsprechung abweichende Parteivereinbarungen respektieren wird. Der Wortlaut des Gesetzes scheint zumindest dagegen zu sprechen.

DER VERTRAGSHÄNDLER

Das ägyptische Recht und insbesondere das neue Handelsgesetzbuch kennen keine besonderen Vorschriften für den Vertragshändler. Auf den in der Praxis außerordentlich wichtigen Vertragshändler, der im eigenen Namen und auf eigene Rechnung Waren vertreibt, findet nach überwiegender Auffassung sowie der bisherigen Praxis an den Gerichten auch das Handelsvertretergesetz keine Anwendung. Dieses Rechtsverhältnis richtet sich somit nach den allgemeinen Grundsätzen und unterliegt keinen spezialgesetzlichen Regelungen. Im Einklang mit den Grundsätzen des ZGBs kann daher eine Vereinbarung mit gutem Grund, d.h. wenn eine Partei ihre Verpflichtungen verletzt, beendet werden (Artikel 157 ZGB). Ob in diesem Fall ein Ausgleich gezahlt werden muss oder nicht hängt davon ab, ob das Gericht die Gründe für die Beendigung als zulässig bewertet.

COMMERCIAL AGENCY AND DISTRIBUTORS

Non Egyptian businesses frequently commence their activities in Egypt by appointing commercial agents or authorized dealers. At a later stage, agents may be asked to work with representatives or delegates of the foreign enterprises, or to take on non Egyptian employees. In some cases, agents may be integrated into the foreign business enterprise through joint venture companies.

Prior to the new Commercial Code, commercial agency agreements in Egypt could be limited in time and, as a rule, compensation for non-renewal or termination was a matter to be decided by the parties. It also was possible for the parties to agree freely on the governing law and arbitration provisions. This legal position, which was favourable to foreign parties, now has been changed, largely to the detriment of foreign parties.

Change in the legal rules governing local agents can be found in the published Amendments to the Executive Regulations of the Commercial Agency Law, which emanate from Decree No. 362 of 2005, issued by the Ministry of Foreign Trade and Industry. The changes that these amendments brought about and their implications for commercial agency agreements are discussed below.

SOURCES OF LAW

Prior to the enactment of the new ECC, Egyptian law contained no substantive rules on commercial agency. In the new ECC, however, detailed provisions now govern the relationship between principals and their commercial agents, commission agents, and brokers.

The Commercial Agency Law (No. 120/1982), with its Executive Regulations promulgated by Decree No. 342/1982 and its above mentioned amendments, govern commercial agency contracts. The new rules relate to commercial agents and commercial intermediaries, including employed agents. The Commercial Agency Law contains provisions that primarily concern the manner of appointment and registration of commercial agents and the obligations of commercial agents towards the tax authorities. It provides a number of minimum requirements for commercial agency contracts, including, in some cases, the obligation of principals acting through commercial agents to report commissions paid to agents to the Egyptian authorities.

TYPES OF COMMERCIAL AGENTS

The Commercial Code distinguishes between two types of commercial agencies: (1) commission agency, whereby the agent undertakes to effect in his name a legal act for the account of the principal; (2) contract agency, whereby the agent undertakes on a regular basis, within a specific territory, the promotion, negotiation and conclusion of contracts in the name, and for the account of the principal, for payment.

In this regard, the Commercial Code grants contract agents compensation rights in case of termination as well as in the case of non-renewal, while it is silent with regard to any similar compensation treatment of commission agents. The new amendments to the Executive Regulations of the Commercial Agency Law (Decree No. 362/2005) contain similar provisions with regard to compensation. The difference is that neither the Commercial Agency Law nor the Executive Regulations distinguish between the various types of commercial agents. In practice, the courts as well as competent authorities apply the contract agency provisions to any commercial agency with a foreign principal, i.e. also in case of commission agency. Therefore, drafting commercial agency agreements requires considerable care.

It should also be noted that the Commercial Code grants Egyptian courts exclusive jurisdiction over commercial agents.

REGISTRATION OF COMMERCIAL AGENTS

According to Article 2 of the Commercial Agency Law, only individuals or entities registered in the Register of Commercial Agencies at the Ministry of Foreign Trade and Industry are permitted to undertake any type of commercial agency or commercial mediation activity. Registration requirements differ depending on whether applicants request registration as individuals or as legal entities.

Pursuant to Article 1 para. 2 of the Commercial Agency Law, individuals only qualify for registration as commercial agents in the Register of Commercial Agencies if they fulfil the following minimum requirements:

- They must be Egyptian nationals, either by birth or by naturalisation, for at least ten years before applying for registration;
- Agents may not be public sector employees or members of a political body;
- Agents must be of good standing, i.e. they have not committed any criminal offence, either felony or misdemeanour; and
- Agents shall not have declared bankruptcy.

Legal entities, such as companies limited by shares or partnerships, will be registered pursuant to Article 3 of the Commercial Agency Law only if:

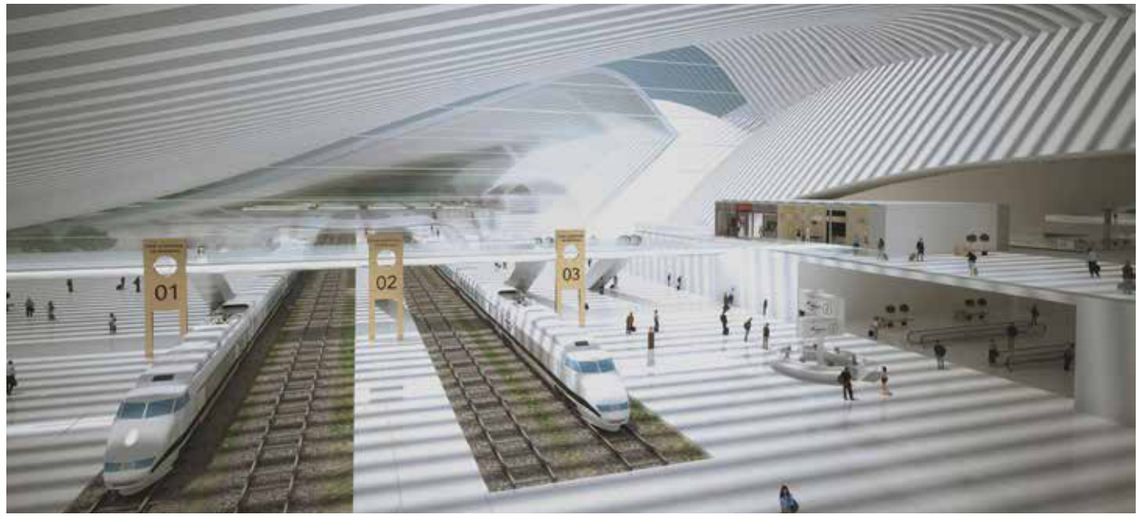
- They are domiciled in Egypt;
- Their corporate purpose includes commercial agency; and
- All the shareholders and managers have been Egyptian nationals for at least 10 years.

Partners and managers with personal liability must satisfy the same requirements as individuals wishing to be registered. Accordingly, companies with one or more foreign shareholders may not be registered in the Register of Commercial Agencies. The same applies to companies managed by one or more non Egyptians.

Registration to carry on the business of importation involves additional legal requirements according to Law No. 121 of 1982 as amended by Law No. 7 of 2017, the most important of which are that applicants must have been registered in the Commercial Register for at least one year, 51% of the shares of applicant entity must be owned by Egyptians, and managers responsible for importation must be Egyptian nationals.

Only registered traders may be entered in the Commercial Register as commercial agents. They must, therefore, register with the Commercial Register of the General Organisation for Export and Import Control (GOEIC). They must also submit their commercial agency contracts, which must satisfy a number of requirements, with their applications for registration. They shall further submit a legalized letter from the foreign principal requesting/acknowledging the registration application, specifying the agreed commission percentage. Commercial traders are required to submit information as to the nature and volume of their agency activities, the products under contract, and the territory for which the contracts have been concluded, as well as the contract's terms and conditions, the amount of the commissions, the method of payment, and the currency in which commissions are payable. Furthermore, foreign principals must undertake to inform the Egyptian Consulates at their place of business in writing of all changes in the contractual relationship. Contracts must be certified by the competent Chambers of Commerce and legalized by the concerned Egyptian consulate.

Terminal in the New Administrative Capital



© Urban Development Consortium (UDC)

In practice, however, many commercial agency agreements are not registered. Failure to comply with registration requirements or obtaining registration based on false information does not affect the validity of the agreements. It should be noted, however, that individuals or entities acting as commercial agents without being recorded in the register are subject to imprisonment for a period of not less than six months and a fine of not less than LE 500, but not more than LE 10,000. The same applies if registration is based on deliberately false information. In cases of entities failing to register, the penalties apply to managing partners or the members of the board of directors responsible.

The Amendments to the Executive Regulations of the Commercial Agency Law also included significant changes in the requirements for the registration of commercial agents. In cases of agency agreements concluded with registered agents for indefinite periods, principals are obliged to pay compensation if the contracts are terminated (or not renewed) in the absence of a default on the part of the agent. Former agents have the right to prevent the registration of their replacements until settlement of all compensation due by the principals. The Commercial Register is obliged to deny registration as long as it is not proven that the former agent was either duly compensated or neglected to assert his rights for a period of sixty days.

As per a previous practice, the GOEIC used to require the registration of distributorship agreements (i.e. contracts with traders who acted in their own name and for their own account under a framework agreement with foreign producers). Such registration was required only, according to GOEIC, in the event that the commercial trader (distributor) intended to import medical equipment or enter into tender offers. However, this practice has recently changed (since it conflicted with the express wording of the law) and GOEIC now requires only the registration of agency agreements.

THE LEGAL STATUS OF COMMERCIAL AGENTS

The recent amendments to the Executive Regulations of the Commercial Agency Law have significantly strengthened the legal position of commercial agents in Egypt, which now resembles the relatively strong position of commercial agents in the Gulf region. Egyptian law now provides for rights to compensation and empowers commercial agents to prevent registration of their replacements until their compensation claims have been satisfied.

Commissions

According to Article 150 of the new Commercial Code, commissions payable to commercial agents are due upon the conclusion of a contract by an agent with customers on behalf of the principal. In practice, the payment of an agent's commission is often made conditional on receipt of the customer's payment by the principal. However, such provisions must be expressly agreed upon in the commercial agency agreement. The amount of the commission is a question to be decided by the parties. Although the practice is not recommended, the true commission is, in practice, agreed in a side letter to which the authorities have no access. Payment may be effected in any currency.

Compensation

Prior to the enactment of the new Commercial Code, Egyptian law did not give commercial agents any legal right to compensation. There were, however, certain circumstances in which commercial agents were allowed to invoke general legal principles in order to claim damages; as, for example, when an agent's rights were abused or a fixed term contract was terminated before expiration of its terms, without just cause.

According to Article 163, the new Commercial Code expressly provides for rights of compensation for commercial agents in the event of non-renewal of fixed-term contracts or the termination of contracts for indefinite terms, in the absence of default on the part of the agent. The law provides no limit on the amount of compensation.

The Amendments to the Executive Regulations of the Commercial Agency Law contain a similar and comprehensive right of compensation for agents. It is important to note in this respect that agency agreements for indefinite terms may be terminated by either party at any time. However, compensation is due in cases of termination without any default on the part of the agent. Furthermore, the Amendments provide for identical rights to compensation for commercial agents whose fixed-term contracts are not renewed, in the absence of a just cause.

Exclusivity

Principals are free to appoint several agents for the same product or in the same territory. This must, however, be expressly agreed between the parties, since the law presumes that certain types of commercial agents have exclusivity in their territory. Commercial agents appointed as sole agents (expressly or by not specifying otherwise) are entitled to commissions on all contracts concluded in the contract territory, irrespective of whether they actually brokered each transaction.

Commercial Agency Agreements

Commercial agency agreements must be in writing. It also is recommended that they contain express terms as to when a commission accrues and becomes payable, the agreement's duration and termination provisions, minimum targets, exclusivity (or non-exclusivity) clauses, and compensation rights upon termination.

Choice of Law Clauses

If foreign law is to govern the contract's interpretation, this must be expressly stated in the contract, taking into consideration the following:

Under Egyptian private international law, the parties to a contract may, according to Article 19 of the Egyptian Civil Code, agree on a foreign law to govern their contract, provided that the application of foreign law must not be in conflict with public order and morals in Egypt (Article 28 of the Civil Code). In practice, however, Egyptian courts tend to apply all provisions of mandatory Egyptian law, irrespective of whether public order ("ordre public") is actually affected or not; this is particularly true for the provisions of commercial agency law concerning the agent's commission, compensation or indemnity on termination of the contract. In practice, a choice of foreign law is usually of very limited effect in a case of litigation in Egypt. Hence, Egyptian courts normally do not uphold choice of law clauses when applying the ECC in case of disputes relating to termination of commercial agency agreements by principles.

In any event, if the parties do not agree on a particular law as governing the contract, it will be governed by the law of the state with which it has the closest connections. In contracts with Egyptian commercial agents, this will usually be Egyptian law.

Jurisdiction and Arbitration Clauses

Since it is generally easier to enforce a foreign arbitration award in Egyptian courts than a foreign court award, it is common practice for parties to insert an arbitration clause instead of agreeing to a foreign judicial forum. However, the jurisdiction of Egyptian courts can only be excluded as long as no legal provision provides for its exclusive jurisdiction.

The Commercial Code grants Egyptian courts exclusive jurisdiction over disputes involving commercial agents. In such cases, it is doubtful that Egyptian courts would enforce agreements to submit these disputes to arbitration, whether in Egypt or abroad.

DISTRIBUTORS

Neither the Commercial Agency Law nor the Executive Regulations directly address the legal treatment of distributors, i.e. dealers who purchase and resell products in their own name and for their own account. However, according to legal commentators, as well as the recent practice of the courts, the Commercial Agency Law does not apply to distributors. Legal relationships with distributors, therefore, are governed by general legal principles and are not subject to any specific provisions or regulations. In this regard, according to general principles of the Civil Code, an agreement may be terminated for good cause if the other party violates its obligations (Article 157 of the Civil Code). Whether or not compensation is payable on such termination will depend on whether the court regards the reason for termination as valid.

GESELLSCHAFTSRECHT

Wie das deutsche Recht kennt das ägyptische Recht die Kapitalgesellschaft, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die Haftung der Gesellschafter auf ihre Einlage begrenzt ist (z.B. die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Aktiengesellschaft oder die Kommanditgesellschaft auf Aktien, und, seit kurzem, Ein-Personen-Gesellschaften). Die Kapitalgesellschaften sind im Gesetz Nr. 159/1981 (Gesetz über Kapitalgesellschaften) geregelt. Daneben kennt das ägyptische Recht auch die Personengesellschaft, sowohl mit als auch ohne eine Haftungsbeschränkung. Vorschriften zu Personengesellschaften finden sich im ägyptischen Zivil- und Handelsgesetzbuch.

REPRÄSENTANZ

Für ausländische Gesellschaften kommt in Ägypten statt der Gründung einer Tochtergesellschaft auch die Eröffnung eines nationalen oder eines regionalen (z.B. für arabische Länder) Repräsentanz- oder Verbindungsbüros in Betracht.

Aktivitäten

Repräsentanzen haben lediglich das Recht zu marktvorbereitender Tätigkeit. Zulässig sind etwa Marktforschung, Marktbeobachtung, Koordination der Aktivitäten von Gesellschaften in der Region und sonstige Tätigkeiten, die weder mittelbar noch unmittelbar zu Geschäftsabschlüssen führen. In bestimmten Branchen dürfen Repräsentanzen nur eröffnet werden, wenn das ausländische Unternehmen einen ägyptischen Vertreter hat.

Errichtung

Eine Repräsentanz muss bei der GAFI registriert werden. Handelt es sich um ein sogenanntes „Scientific Office" eines Pharmaunternehmens, muss es darüber hinaus auch beim Gesundheits- und Handelsministerium registriert werden.

Zur Registrierung einer Repräsentanz muss ein vollständiger Antrag auf Registrierung bei der GAFI eingereicht werden. Dem Antrag müssen u.a. folgende Dokumente beigefügt sein: (1) ein Handelsregisterauszug, (2) der Gesellschaftsvertrag der ausländischen Gesellschaft sowie (3) der

ALEXANDER & PARTNER

We are not only another international law firm. We believe effective legal counsel does not stop at top tier legal advice but must be driven by true insight into the clients' business and projects. That is why we immerse ourselves in our clients' industries and, thereby, can offer uniquely sector focused and target-oriented legal services.

With our head office in Berlin (Germany) and representations in Cairo (Egypt), Doha (Qatar), Ras Al Khaimah (United Arab Emirates), and Muscat (Oman) as well as a network of longstanding reliable partners in the Maghreb countries, we are dedicated to business relations between Europe, the Middle East, and North Africa. Get in touch with us for legal consultations in the areas:

Commercial Law · Corporate Law and Joint Venture
Merger & Acquisition · Corporate and Project Finance
Investment Protection · Dispute Resolution
Contract and Claims Management

Construction and Infrastructure
Energy, Transportation and Technology
Real Estate · Public Procurement

Alexander & Partner
Rechtsanwälte mbB
Law and Finance

Germany
Joachimsthaler Str. 30
10719 Berlin

Egypt
21, Soliman Abaza
11511 Giza, Cairo

info@alexander-partner.com
www.alexander-partner.com

Gesellschafterbeschluss über die Errichtung der Repräsentanz, welcher den Namen des zukünftigen Managers der Repräsentanz und die mit der Errichtung beauftragen Anwälte bezeichnen muss. Die Unterlagen sind in Englisch, Französisch oder Arabisch und in beglaubigter und durch das ägyptische Konsulat legalisierter Form sowie gegebenenfalls mit einer offiziellen arabischen Übersetzung einzureichen (es sei denn, die Dokumente sind in Englisch oder zweisprachig, wobei eine Sprache Arabisch sein muss, verfasst). Die Dokumente können auch später in Ägypten durch ein beglaubigtes Übersetzerbüro übersetzt werden.

NIEDERLASSUNG

Die Errichtung von Niederlassungen ausländischer Unternehmen war bislang recht kompliziert und nur in begrenzten Fällen möglich, so etwa bei Vorliegen eines konkreten Vertrags zu dessen Erfüllung die Zweigniederlassung eröffnet wird. Seit einiger Zeit ist die Gründung von Niederlassungen wesentlich einfacher und auch bei Vorliegen eines Vertrags mit einem Unternehmen der Privatwirtschaft möglich.

Anmeldung

Die Niederlassung muss im Handelsregister und bei der GAFI angemeldet werden. Der Anmeldung sind u.a. (1) der Gesellschaftsvertrag; (2) der Handelsregisterauszug des ausländischen Unternehmens; (3) der Gesellschafter- oder Geschäftsführungsbeschluss zur Errichtung der Niederlassung und zur Benennung eines Geschäftsführers; und (4) eine Kopie des Vertrags zwischen der ausländischen Firma und der ägyptischen staatlichen oder privatwirtschaftlichen Instanz beizufügen. Nach Durchsicht der erforderlichen Dokumente kann GAFI in gewissen Fällen die vorherige Genehmigung einer anderen staatlichen Behörde zur Registrierung der Niederlassung anfordern (z.B. der Luftfahrtbehörde, der ägyptischen Zentralbank, der ägyptischen Finanzaufsichtsbehörde).

Steuern und Buchführung

Niederlassungen zahlen Einkommensteuer in Höhe von 22,5% und unterliegen den allgemeinen steuerlichen Bestimmungen. Niederlassungen müssen einen ägyptischen Wirtschaftsprüfer beschäftigen, unterliegen Buchführungspflichten und müssen der GAFI jedes Jahr Jahresabschlüsse nebst weiteren Informationen über die Geschäftstätigkeit zukommen lassen. Die Mitarbeiter der Niederlassung sind mit 10% an deren Gewinnen zu beteiligen, begrenzt jedoch auf den Gesamtbetrag der im Geschäftsjahr gezahlten Löhne.

GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung („GmbH“) ist bei ausländischen Investoren in Ägypten sehr beliebt. Dies ist insbesondere auf die einfache Gründung und Verwaltung dieser Gesellschaftsform zurückzuführen. In neuerer Zeit wenden sich Ausländer aber auch verstärkt der Aktiengesellschaft zu, da es mittlerweile möglich ist, den Verwaltungsrat ausschließlich mit Ausländern zu besetzen.

Satzung

Für die Satzung der GmbH gibt es in Ägypten durch Ministerialdekret erlassene Musterverträge, welche in der Praxis von Zeit zu Zeit von GAFI abgeändert werden. Abweichungen von den im Mustervertrag vorgesehenen Regelungen sind zulässig, wenn sie nicht zwingendem ägyptischem Gesellschaftsrecht widersprechen. In der Praxis wird von Änderungen jedoch abgeraten, um Verzögerungen bei der Gründung zu vermeiden. Der Mustervertrag wird daher häufig ohne wesentliche Änderungen übernommen.

Gesellschaftervereinbarung

Wichtige, im Mustervertrag nicht umfassend geregelte Fragen – wie etwa die Anteilsübertragung, Nebenverträge, Finanzierungsregelungen und die Stimmrechtsausübung – werden häufig in einer Gesellschaftervereinbarung oder einem Joint-Venture-Vertrag geregelt. Solche Vereinbarungen sind zulässig und ergänzen die Satzung der Gesellschaft. Sie dürfen nach den jüngsten Änderungen zum Gesellschaftsrecht bei einer außerordentlichen Generalversammlung mit einer Mehrheit von 75% ratifiziert werden und werden somit gegenüber allen Gesellschaftern der Fima rechtsgültig. Jedoch könnte es sein, dass solche Vereinbarungen, falls sie im Widerspruch zu zwingenden Vorschriften des ägyptischen Gesellschaftsrechts stehen, nicht einklagbar sind.

Mindestkapital, Gesellschafter, Firma

Bis vor kurzem lag das Mindestkapital einer GmbH bei LE 50.000, wurde dann aber zunächst durch die Verordnung Nr. 2/2007 des Investitionsministers auf LE 1.000 reduziert, dann durch Verordnung Nr. 11/2008 auf LE 200 herabgesetzt, bis es schließlich durch Verordnung Nr. 68/2009 ganz aufgehoben wurde. Entsprechend unterstehen Kapitalgesellschaften nicht mehr den Bestimmungen zum Mindestkapital. Auch die Geschäftsanteile einer GmbH, die mindestens LE 100 betragen mussten, sind nicht mehr aufgeführt. Gewisse Aktivitäten benötigen ein höheres Mindestkapital (der Export z.B. benötigt ein Mindestkapital von LE 50.000, der Import von LE 2.000.000).

Zur Gründung einer GmbH bedarf es mindestens zweier Gesellschafter. Gesellschafter können juristische und natürliche Personen sein, wobei ihre Anzahl 50 nicht übersteigen darf. Beim Verkauf von Anteilen besteht ein Vorkaufsrecht der anderen Gesellschafter. Eine ägyptische Beteiligung an einer GmbH ist nicht erforderlich und das gesamte Kapital darf von Ausländern gehalten werden.

Der Name der Gesellschaft soll auf den Gegenstand der Geschäftstätigkeit verweisen und kann auf den/die Namen des/der Gründer verweisen. Aus der Firma muss zudem ersichtlich sein, dass es sich um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung handelt. Aus jeglicher Korrespondenz müssen sich zudem die Handelsregisternummer und der Sitz der Gesellschaft ergeben.

Geschäftsführung

Die GmbH kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Mindestens ein Geschäftsführer muss ägyptischer Staatsbürger sein. Hat die Gesellschaft mehrere Geschäftsführer, so kann diesen Einzel- oder Gesamtvertretungsbefugnis erteilt werden. Die Vertretungsbefugnis umfasst im Grundsatz alle mit der Verfolgung des Gesellschaftszwecks zusammenhängenden Geschäfte. Für bestimmte Geschäftsführungsmaßnahmen kann in der Satzung die Zustimmung der Gesellschafterversammlung vorgesehen werden.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr beträgt zwölf Kalendermonate mit der Ausnahme, dass das erste Geschäftsjahr nach Eintragung bis zum Ende des folgenden Geschäftsjahrs verlängert werden kann. Der Beginn darf frei gewählt und so auf das Geschäftsjahr der Muttergesellschaft abgestimmt werden. Jahresabschlüsse sind normalerweise innerhalb von drei Monaten ab Ende eines Geschäftsjahres bei der GAFI vorzulegen.

Unterzeichnung des Inclusive Housing Finance Program 2015

© _By World Bank_CC BY-NC-ND 2.0

Mitarbeiterbeteiligung

Beträgt das Stammkapital einer GmbH LE 250.000 oder mehr, so finden die gesetzlichen Bestimmungen über die Mitarbeiterbeteiligung Anwendung. Danach sind 10% der Gewinne einer Gesellschaft an die Arbeitnehmer auszuschütten, wobei die Höhe der Gewinnausschüttung durch die Summe der im Geschäftsjahr gezahlten Löhne begrenzt ist. Eine gleichmäßige Gewinnbeteiligung aller Beschäftigten ist nicht erforderlich.

Aufsichtsrat

Hat die Gesellschaft mehr als zehn Gesellschafter, so muss ein Aufsichtsrat gebildet werden, der aus mindestens drei Gesellschaftern besteht. Ein solcher ist bereits in den Vertragsmustern der Behörde für Kapitalgesellschaften vorgesehen.

Übertragung von Geschäftsanteilen

Geschäftsanteile werden durch (1) privatschriftliche Urkunde abgetreten, sofern die Satzung nichts anderes vorsieht und (2) die Registrierung der Übertragung im beglaubigten Anteilsregister der Firma. Vor einem Verkauf an Dritte müssen die Geschäftsanteile jedoch erst den anderen Gesellschaftern (im Verhältnis ihrer Beteiligung am Kapital der Gesellschaft) zum Kauf angeboten werden. Die Satzung kann weitergehende Regelungen treffen und das Vorkaufsrecht der Gesellschafter in bestimmtem Umfang modifizieren. In der Regel bedarf es eines Beschlusses der Hauptversammlung, in dem der Veräußerung an Dritte zugestimmt oder festgestellt wird, dass allen anderen Gesellschaftern die Anteile erfolglos zum Kauf angeboten wurden.

AKTIENGESELLSCHAFT

Im Allgemeinen sind die Regeln, die auf die Verwaltung von Aktiengesellschaften Anwendung finden, etwas ausführlicher als diejenigen, die für GmbHs gelten. Sie sind aber weniger streng als zum Beispiel die des deutschen Aktienrechts und ziehen einen nur geringfügig höheren Verwaltungsaufwand nach sich als bei einer ägyptischen GmbH.

Satzung

Für die Satzung einer Aktiengesellschaft bestehen ebenfalls durch Ministerialdekret erlassene Musterverträge. Auch hier gilt, dass – obwohl der Gesetzgeber in der Theorie seit 1998 den Gründern einen wesentlich größeren Spielraum bei Änderungen der Musterverträge eingeräumt hat – diese häufig nur mit relativ wenigen Änderungen oder Ergänzungen übernommen werden, um Schwierigkeiten bei der Eintragung zu vermeiden. Auch bei der Aktiengesellschaft wird häufig eine Gesellschaftervereinbarung getroffen, die ergänzend neben die Satzung tritt.

Kapital

Für eine nicht an der Börse notierte Aktiengesellschaft beträgt das Mindestkapital LE 250.000, außer sie ist gesetzlich zu einem höheren Mindestkapital verpflichtet (z.B. benötigen Importaktivitäten ein Mindestkapital von LE 5.000.000, Marketing von LE 3.000.000). Jeder Aktionär muss auf das von ihm gehaltene Grundkapital zum Zeitpunkt der Gründung mindestens 10% einzahlen, soweit es sich um Bareinlagen handelt, und weitere 15% innerhalb von drei Monaten ab Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister. Der Rest des Kapitals ist innerhalb von fünf Jahren ab Eintragung einzubringen.

Bareinlagen werden für die Zeit zwischen Gründung und Eintragung der Gesellschaft auf einem Sperrkonto bei einer von der Zentralbank zugelassenen Bank eingezahlt. Sacheinlagen sind dagegen sofort zu erbringen und müssen in der Regel von einem Komitee der Kapitalmarktbehörde bewertet werden. Diese Bewertung muss von einer Mehrheit der Aktionäre, die mindestens 2/3 des in bar eingezahlten Kapitals hält, in der ersten Hauptversammlung bestätigt werden. Der die Sacheinlage erbringende Aktionär hat in diesem Fall kein Stimmrecht.

Eine Aktiengesellschaft darf unter keinen Umständen eigene Aktien von mehr als 10% der insgesamt ausgegebenen Aktien halten. Eigene Aktien dürfen zudem nur ein Jahr lang gehalten werden, ansonsten führt GAFI das für die Kündigung solcher Aktien nötige Verfahren durch. Neben dem Grundkapital ist ein genehmigtes Kapital zulässig, das bis zum Zehnfachen des Grundkapitals betragen darf. Aktien auf das genehmigte Kapital können vom Verwaltungsrat zu einem späteren Zeitpunkt ohne förmlichen Kapitalerhöhungsbeschluss der Hauptversammlung ausgegeben werden, vorausgesetzt, dass alle bisher ausgegebenen Aktien voll eingezahlt wurden. Das genehmigte Kapital darf auch ohne volle Einzahlung der ausgegebenen Aktien erhöht werden, wenn ein Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vorliegt.

Aktien

Im Grundsatz geben alle Aktien ihren Inhabern die gleichen Rechte. Das ägyptische Recht unterscheidet indes zwischen Namensaktien, Inhaberaktien und Vorzugsaktien.

Namensaktien lauten auf den Namen des betreffenden Aktionärs und werden vor einem an den Börsen von Kairo oder Alexandria registrierten Aktienmakler übertragen. Die Übertragung der Aktien muss im zuständigen Register eingetragen werden. Inhaberaktien dürfen nicht mehr als ein Viertel des Aktienkapitals der Gesellschaft ausmachen und müssen bei Ausgabe voll eingezahlt werden. Ihre Übertragung erfolgt durch Übergabe der Aktienurkunde. Schließlich können auch Vorzugsaktien ausgegeben werden, die eine bevorzugte Behandlung im Hinblick auf Stimmrechte, Gewinnverteilung oder Liquidationserlös vorsehen. Es ist nicht zulässig, dass dieselbe Vorzugsaktie ihren Besitzer zu einem höheren Stimmrecht und einem höheren Betrag bei den Auflösungserträgen ermächtigt. Der Nennwert der Aktien darf nicht mehr als LE 1.000 und nicht weniger als LE 1 betragen.

Ägyptische Beteiligung, Firma

Das Kapital einer Aktiengesellschaft darf ausschließlich von Ausländern gehalten werden. Jedoch verlangen gewisse Aktivitäten eine Deckelung für den Anteilsbesitz von Ausländern (z.B. müssen bei Importfirmen 51% der Anteile von Ägyptern gehalten werden). Die Firma der Aktiengesellschaft muss den Gegenstand der Gesellschaft enthalten. Sämtliche Papiere der Gesellschaft wie Briefpapier, Verträge, Rechnungen und andere Drucksachen müssen auf den Namen, die Rechtsform der Aktiengesellschaft, den Sitz der Gesellschaft und das gezeichnete Kapital der Gesellschaft verweisen. Die Nichtbeachtung dieser Grundsätze kann zur unbegrenzten Haftung desjenigen führen, der im Namen der Gesellschaft gehandelt hat.

Geschäftsführung

Geschäftsführendes Organ der ägyptischen Aktiengesellschaft sind die Generalversammlungen und der Verwaltungsrat, der aus mindestens drei Mitgliedern bestehen muss. Aus seiner Mitte muss ein Vorsitzender gewählt werden. Bis Anfang 1998 musste die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrates aus ägyptischen Staatsbürgern bestehen. Dieses Erfordernis ist durch Gesetz Nr. 3/1998 entfallen. Einen Aufsichtsrat, der neben den Verwaltungsrat tritt, gibt es im ägyptischen Recht nicht.

Das Tagesgeschäft der Aktiengesellschaft wird üblicherweise durch ein speziell hierfür benanntes Mitglied des Verwaltungsrates („Managing Director“) oder durch einen mit entsprechenden Vollmachten ausgestatteten Angestellten („General Manager“) geführt. In vielen Fällen wird der Vorsitzende des Verwaltungsrates auch als „Managing Director“ eingesetzt. Im Unterschied zum Managing Director ist der General Manager nicht Mitglied des Verwaltungsrates, darf aber auf Verlangen an dessen Sitzungen teilnehmen. Er hat jedoch kein Stimmrecht. Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen nur von anderen Mitgliedern in dessen Sitzungen vertreten werden. Jedoch sollen mindestens drei Mitglieder des Verwaltungsrates in Person an einer Sitzung des Verwaltungsrates teilnehmen. Sitzungen des Verwaltungsrates dürfen virtuell abgehalten werden, sollte der Gesellschaftsvertrag dies erlauben.

Mitarbeiterbeteiligung

Mindestens 10% der Gewinne einer Aktiengesellschaft sind an die Beschäftigten auszuschütten, wobei die Höhe der Gewinnausschüttung durch die Summe der im Geschäftsjahr gezahlten Löhne begrenzt wird. Eine gleichmäßige Gewinnbeteiligung aller Beschäftigten ist nicht vorgesehen.

Die Mitarbeiter sind nach dem Gesetz auch am Management einer Aktiengesellschaft zu beteiligen. Dies kann etwa durch Entsendung von Mitarbeitern in den Verwaltungsrat erfolgen. Üblicherweise wird jedoch ein sog. „beratendes Komitee“ gebildet. Nach dem Kapitalmarktgesetz Nr. 95/1992 können auch Vereinigungen für Mitarbeiteraktionäre gegründet werden.

Hauptversammlung

Das ägyptische Recht unterscheidet zwischen ordentlichen und außerordentlichen Hauptversammlungen. Die ordentliche Hauptversammlung muss einmal jährlich in Ägypten an dem in der Satzung festgelegten Ort abgehalten werden, spätestens aber 3 Monate nach Ende des Geschäftsjahres der Gesellschaft. Hierbei sollen u.a. die finanziellen Angelegenheiten der Firma in Betracht gezogen werden. Die Aktionäre stimmen persönlich oder durch Vertreter ab, wobei grundsätzlich nur andere Aktionäre bevollmächtigt werden können. Ausgenommen davon sind juristische Personen. Beschlüsse werden im Regelfall mit einfacher Mehrheit, teilweise mit Zweidrittelmehrheit und – etwa bei bestimmten Satzungsänderungen wie Kapitalerhöhungen, Änderun-

gen des Gegenstandes der Gesellschaft oder des Namens und der Liquidation der Gesellschaft – mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln gefasst. Für Beschlüsse über Satzungsänderungen ist eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen.

Übertragung von Aktien

Aktien dürfen grundsätzlich ohne Beschränkungen veräußert werden. Lediglich den Gründern (ausgenommen Unterzeichnern) einer Aktiengesellschaft ist es verwehrt, über ihre Aktien innerhalb der ersten zwei Geschäftsjahre ab Eintragung der Gesellschaft zu verfügen. Den anderen Aktionären steht im Gegensatz zur GmbH ein Vorkaufsrecht nur dann zu, wenn ein solches ausdrücklich in der Satzung geregelt wurde. Aktien müssen von einem zugelassenen Börsenmakler übertragen werden.

GRÜNDUNG VON KAPITALGESELLSCHAFTEN

Die Vorschriften zur Gründung einer ägyptischen Kapitalgesellschaft sind in den vergangenen Jahren wesentlich vereinfacht worden. Die bislang zeitaufwendige Sicherheitsüberprüfung ausländischer Investoren ist nicht mehr Voraussetzung für die Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister. Eine Gesellschaft kann deshalb im Idealfall innerhalb von 3-5 Werktagen gegründet werden, vorausgesetzt alle hierfür erforderlichen Dokumente (z.B. Vollmachten und Handelsregisterauszüge der Gesellschafter) liegen in beglaubigter, überbeglaubigter, legalisierter und übersetzter Form vor. Jüngste Änderungen bezüglich des Gesellschaftsrechts sehen vor, dass die Anteile einer Aktiengesellschaft bei einem zentralen Verwalter hinterlegt werden müssen. Existierende Firmen haben eine Frist von einem Jahr, bevor auch sie ihre Anteile bei einem zentralen Verwalter einlagern müssen.

PERSONENGESELLSCHAFTEN

Das ägyptische Gesellschaftsrecht sieht folgende Personengesellschaften vor:

- Offene Handelsgesellschaft/GbR („société en nom collectif"), in der alle Gesellschafter gemeinschaftlich und persönlich für die Schulden der Gesellschaft haften;
- Kommanditgesellschaft („société en commandite simple"), in der lediglich der Komplementär unbeschränkt persönlich haftet, während die Haftung der Kommanditisten auf ihre Vermögenseinlage begrenzt ist; und
- Stille Gesellschaft („société en participation"); alle Personengesellschaften müssen in das Handelsregister eingetragen werden. Nach dem Handelsregistergesetz ist bei Personengesellschaften eine ägyptische Mehrheitsbeteiligung erforderlich und die Geschäftsführung muss ausschließlich bei Ägyptern liegen. Personengesellschaften haben – mit Ausnahme der hier nicht näher behandelten stillen Gesellschaft – eine eigene Rechtspersönlichkeit. Der Gesellschaftsvertrag bedarf zu seiner Wirksamkeit der Schriftform und gewisser formeller Anforderungen.

Eine ägyptische „OHG" entspricht einer Mischung der deutschen offenen Handelsgesellschaft und der deutschen Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Zu ihrer Gründung bedarf es wenigstens zweier Gesellschafter, die natürliche und/oder juristische Personen sein können. Eine Höchstzahl der Gesellschafter ist nicht vorgesehen und jeder Gesellschafter vertritt die Gesellschaft alleine, sofern nicht der Gesellschaftsvertrag ausdrücklich etwas anderes regelt. Die Gesellschafter haften gesamtschuldnerisch für die Verbindlichkeiten der OHG.

EIN-PERSONEN-GESELLSCHAFTEN (EPGS)

Wie bereits erwähnt, führen die jüngsten Änderungen im Gesellschaftsrecht EPGs als Gesellschaftsfirmen in das ägyptische Recht ein. Eine EPG ist eine Gesellschaft, deren Kapital zu 100% einer Person gehört, sei sie natürlich oder gesellschaftlich. Das Mindestkapital einer EPG ist LE 50.000. Der Gründer einer solchen Firma ist nur im Ausmaß seiner Aktienbeteiligung für Schulden haftbar. Jedoch könnte die Trennung zwischen der Firma und dem Anteilsbesitzer leicht angefochten werden, wodurch der Gründer persönlich für die Schulden der EPG haftbar werden würde, wie z.B. in Fällen von Betrug.

EPGs ist es nicht erlaubt, gewisse Aktivitäten auszuführen, wie z.B.: die Gründung einer EPG durchzuführen; ihre Anteile zur allgemeinen Zeichnung anzubieten; ihr Kapital in mehrere handelbare Aktien aufzuteilen; durch die Ausgabe von Aktien Kredite aufzunehmen (z.B. in Form von Bonds) und Aktivitäten im Bereich von Versicherungen und Bankwesen auszuführen.

© Ägyptenelections2012_flickr (CC-By-NC-SA)

Angesichts der Neuartigkeit der Einführung von EPGs muss sich erst noch herausstellen, wie sie in der Praxis gehandhabt werden und ob es weitere praktische Einschränkungen geben wird. Zur Zeit kann eine besondere praktische Einschränkung beobachtet werden. Zum Beispiel sind EPGs praktisch verhindert, sich für eine Importlizenz zu bewerben, da das Importregistergesetz Nr. 121 von 1982, das 2017 vor den Änderungen im Gesellschaftsrecht geändert wurde, nur auf JSCs und LLCs Bezug nimmt, obwohl das Gesellschaftsrecht und seine Vollzugsbestimmungen in ihrer abgeänderten Form EPGs nicht daran hindern, Importgeschäften nachzugehen.

Unter gewissen Bedingungen könnten auf EPGs besondere Anforderungen bezüglich der Einstellung von Ägyptern und den Gehältern dieser Angestellten anwendbar sein. Weiter steuern die Änderungen das Management und den Besitzerwechsel von EPGs.

COMPANY LAW

As in the German civil law jurisdictions, Egyptian law recognizes companies in which a shareholder's liability is limited to the value of the shares held (e.g., limited liability companies, joint stock companies, partnerships limited by shares, and recently, one-person companies). These companies are often referred to as 'capital companies', since the liability of the shareholders and partners is limited to the capital they invested in the company. The Companies Law, issued as Law No. 159/1981, as amended ("Companies Law"), regulates capital companies. Egyptian law also recognizes partnerships, both general and limited. Partnerships are governed by the Civil Code and the Egyptian Commercial Code.

REPRESENTATIVE OFFICES

Instead of establishing branch offices, foreign entities may open representative offices or liaison offices for the territory of Egypt or the broader region.

© llee_wu_Eigenes Werk, CC BY-ND 2.0

Limited Area of Activity

Representative offices are only entitled to engage in preparatory work. Permissible activities include, for instance, market surveys, market observation, the coordination of the activities of companies in the region, and other activities which do not lead directly or indirectly to the conclusion of business transactions or generating revenue. In certain types of businesses, only foreign companies that use Egyptian agents may open a representative office.

Establishing a Representative Office

Representative offices must be registered with the GAFI. Special rules apply to the so called "scientific offices" of pharmaceutical companies, which must also be registered with the Ministries of Health and Foreign Trade.

In order to register a representative office, an application must be completed and submitted to GAFI. Also, the following documents, inter alia, must be submitted as attachments to the application: (i) an extract from the trade commercial register; (ii) the Articles of Association (or statutes or by laws) of the foreign company; and (iii) the corporate resolution to establish a representative office including the name of the manager to be appointed for the office in Egypt and an authorisation to the attorneys who will undertake the establishment procedures. All documents must be issued in English, French or Arabic and notarized and legalized by the nearest Egyptian consulate/embassy in the country where the foreign company is situated, and could be accompanied by a certified Arabic translation (unless the documents are issued in a bilingual form including an Arabic translation) or the documents could be translated later in Egypt through a certified translation office.

BRANCH OFFICES

Establishing a branch office in Egypt had been a lengthy process for foreign companies and was only possible in certain restricted circumstances; for instance, to perform a specific contract. This situation has changed recently as establishment procedures have been simplified and the establishment of a branch is also possible to perform a private contract.

Registration

To establish a branch office in Egypt, it must be registered in the Commercial Register in Egypt and with GAFI. The following documents, inter alia, must be submitted as attachments to the application: (i) the Articles of Association (or statutes or by laws); (ii) an extract from the Commercial Register of the foreign company (or the equivalent); (iii) the shareholders' or management's resolution to establish the branch office and to appoint a manager for the office; and (iv) a copy of the contract concluded between the foreign company and the Egyptian governmental or private sector entity. Upon review of the required documents, GAFI may request, in certain cases, the prior approval of other governmental authorities for registering the branch (e.g. Civil Aviation Authority, Central Bank of Egypt, Egyptian Financial Supervisory Authority).

Taxes and Bookkeeping

Branch offices pay Egyptian income tax at the rate of 22.5% of their profits. They are required to appoint an Egyptian certified auditor to comply with the Egyptian Laws and to submit their financial statements of the branch annually to GAFI and the competent tax departments. Branch offices are required to distribute at least 10% of the distributable profits of the branch to their employees, subject to a maximum equal to the total wages paid during the financial year in question.

LIMITED LIABILITY COMPANIES

Limited liability companies are popular among foreign investors in Egypt, because they are relatively simple to establish and administer. Apart from limited liability companies, investors increasingly prefer to establish joint stock companies since it is now possible for the Boards of Directors of such companies to be under foreign control.

Statutes

The statutes of an Egyptian limited liability company must comply with the Model Articles of Association issued by a ministerial decree of the Minister of Investment Affairs, and which is, in practice, amended by GAFI from time to time. In theory, changes to the Model Articles of Association may be made, provided that the mandatory provisions of the Egyptian Companies' Law are observed. However, in practice, and in order to avoid problems with registration, the Model Articles of Association are generally used without significant changes.

Partners' Agreement

Important covenants applicable between partners, which are not contained in the model statutes, such as agreements relating to transfers of quotas, side letters, funding, and the exercise of voting rights, are usually contained in partners' agreements or equity joint venture agreements. Such agreements are allowed under Egyptian law and supplement the statutes.

Such an agreement may, as per the most recent amendments to the Companies' Law, be ratified by the extraordinary general assembly with a 75% majority and thereby become valid vis-à-vis all partners of the company. However, the provisions of such agreements may be unenforceable to the extent that they conflict with mandatory provisions of the Egyptian Companies' Law.

Minimum Capital; Partners; Name

Previously, Egyptian law required that the minimum capital of limited liability companies be set at LE 50,000. This minimum capital requirement had been initially reduced to LE 1,000 by virtue of Decree No. 2/2007 that was issued by the Minister of Investment, then to LE 200, by virtue of Decree No. 11/2008, then finally omitted by virtue of Decree No. 68/2009. Accordingly, limited liability companies are no longer subject to a minimum capital requirement. Further, the minimum par value of the company's quotas, which was set at LE 100, has also been omitted. Certain activities require a higher minimum capital (e.g. exportation requires a minimum capital of LE 50,000; import requires a minimum capital of LE 2,000,000).

Limited liability companies must have at least two, but not more than fifty, partners who may be legal entities or individuals. The transfer of quotas is subject to the pre-emptive rights of the partners, in accordance with the rules set out in its Articles of Association. There is no ceiling for non Egyptian participation in limited liability companies.

The names of limited liability companies must refer to their corporate activity, and may refer to the name(s) of the founder(s). The Commercial Registration Number and the address of the head office must appear in all correspondence, which must also state that the company is a limited liability company.

Management

Limited liability companies may have one or more managers, at least one of whom must be an Egyptian national. If there is more than one manager, they may be authorized to represent the company either individually or collectively. The representation may include all transactions and business relating to the company's corporate activity. For specific transactions, the Articles of Association may require the prior approval of the partners represented in the general assembly.

Fiscal Year

The fiscal year of limited liability companies may not exceed twelve calendar months, with the exception of the first fiscal year which starts from the date of the company's establishment and may be extended to the end of the fiscal year following registration. The partners are free to choose the fiscal year, which may correspond to the financial year of a parent company. Annual audited financial statements must be submitted to GAFI within three months after the end of each fiscal year as approved by the company's annual general assembly.

Employee Participation in Profits

Limited liability companies having a capital of LE 250,000 or more are required to allow employees to participate in profits. Employees are entitled to receive 10% of the distributable net profits of the company subject to a maximum equal to the total wages paid in the relevant financial year. There is no requirement for equal distribution among all employees.

Supervisory Board

Limited liability companies having more than 10 partners must appoint a supervisory board whose role is to supervise the management of the company, and which consists of at least three partners. The Model Articles of Association contain provisions relating to supervisory boards.

Transfer of Quotas

Quotas may only be transferred by: (i) a formal, notarized agreement between the partners, unless the company's statutes provide otherwise; and (ii) the registration of the transfer in the company's authenticated register of quotas. However, they must be offered first to the other partners (in the proportion of their participation in the capital of the company) before they may be transferred to third parties. Yet, the statutes may, to some extent, modify the partners' pre-emptive rights and also may contain additional provisions. Normally it is agreed that a meeting of the partners must take place to reflect the sale of quotas to third parties in the relevant article of the company's statutes. Typically, these resolutions also record that the quotas were duly offered to all other partners.

JOINT STOCK COMPANIES

Generally, the rules applicable to the formation of Egyptian joint stock companies are more detailed than those applicable to limited liability companies. However, they are not as strict as those found in Germany and, as a result, the efforts associated with creating an Egyptian joint stock company are not significantly higher than those associated with forming Egyptian limited liability companies.

Statutes

The statutes of joint stock companies also are expected to comply with the model issued by a ministerial decree. Although the legislature has given founders more freedom to amend the model since 1998, it is nevertheless recommended that the model be used without any major changes in order to avoid difficulties in the registration. The shareholders of joint stock companies frequently enter into shareholders' agreements that supplement the company's statutes.

Minimum Capital and Shareholders

Joint stock companies not offering shares for public subscription are required to have a minimum issued capital of LE 250,000 unless it is legally required to pursue the activity at a higher minimum capital (e.g. importation activity requires a minimum capital of LE 5,000,000; and for marketing activities, a minimum capital of LE 3,000,000 is required). The issued capital must be fully subscribed upon the formation of the company. In the case of cash

© Ghorfa

Find business partners at one of Ghorfa's forums!

contributions, every shareholder is obliged to pay in at least 10% of the amount of that shareholder's participation in the capital. A further 15% is required to be paid in within three months after the company's registration, and the remainder must be paid in within five years from the date of registration.

Payments must be deposited in a frozen account with a bank licensed by the Central Bank of Egypt. Contributions in kind must be contributed at one time for the entire amount of the contribution. Such contributions are usually required to be valued by a committee appointed by GAFI and the valuation must be confirmed at the first shareholders' meeting by a majority of the shareholders holding at least two thirds of the capital. Shareholders making contributions in kind have no voting rights on matters concerning the valuation.

Joint stock companies may not, in any way, hold treasury shares exceeding 10% of the total issued stocks. Such treasury shares must be cancelled within one year. Otherwise, GAFI will carry out the procedures for cancelling said shares.

In addition to the issued capital, an authorized capital amount may be fixed in an amount no more than ten times the amount of issued capital. The Board of Directors may issue new shares up to the amount of the authorized capital without having to obtain a formal resolution of the shareholders, provided that the shares previously issued are fully paid. The authorized capital may be increased in cases where the issued shares are not fully paid, with the approval of an extraordinary shareholders' meeting.

Shares

In principle, all shares confer equal rights on their owners. However, Egyptian law differentiates between registered shares, bearer shares, and preferred shares.

Registered shares are issued in the name of the shareholder concerned and are transferred through a broker at the Egyptian

Stock Exchange. The share ownership transfer will also be reflected in the relevant ledger. Bearer shares must be fully paid on issue, do not carry voting rights, and may not constitute more than twenty-five percent of the issued capital. They are transferred by handing over the share certificate. Preferred shares carry preferential rights with respect to voting, profit distribution, and/or liquidation. It is not possible for the same preferred share to entitle its owner to higher voting rights and a higher share in liquidation proceeds. Pursuant to the Capital Markets Law, the nominal value of any share may not be less than LE 1 and may not exceed LE 1,000.

Non Egyptian Ownership; Name

Joint stock companies may now be wholly owned by non Egyptians. However, certain activities require a ceiling for ownership by the non-Egyptians (e.g. in case of the importation companies 51% of the shares shall be held by Egyptians). The names of joint stock companies must be indicative of their activity. All official papers of the company, such as its stationery, contracts, invoices, and other documents issued to third parties must indicate its name, the type of company, its registered address, and its issued capital. Non compliance with this obligation may expose persons acting in the name of the company to unlimited liability.

Management

Egyptian joint stock companies are managed by their general assemblies and a Board of Directors comprised of at least three members who are required to elect a chairperson. Until the beginning of 1998, the majority of the members of a Board of Directors were required to be Egyptian citizens. However, Law No. 3/1998 abolished this requirement. Egyptian law does not require joint stock companies to have supervisory boards.

The day-to-day business of joint stock companies is usually undertaken by a designated member of the Board of Directors (the "Managing Director") or by an employee vested with the power to represent the company (who might be named as a "General Manager"). Additionally, the recent amendments to the Companies' Law permit the appointment of an executive chair. In many cases, the Chairman of the Board is also the Managing Director. General Managers are not board members, but may attend Board meetings but they will not have any voting rights. One Board member may appoint another Board member to act on his or her behalf in the Board meeting. However, three Board members, at least, shall attend the Board meeting in person. Board meetings may be held virtually if the Articles of Association so permit.

Employee Participation in Profits

Joint stock companies are required to distribute at least 10% of their distributable net profits in any financial year to its employees. However, this amount is limited to the value of the total salaries paid by the company during the respective fiscal year. It is not a requirement that employees share equally in the distribution of profits.

Employees have the right to participate in the management of joint stock companies. Either they may appoint employee representatives to attend Board meetings or, as is more typical, they may form an "auxiliary administrative committee" to advise the Board. Pursuant to the Capital Market Law No. 95/1992, it is also possible that employees of joint stock companies who are shareholders form an employees' association.

Shareholders' Meetings

Egyptian law distinguishes between ordinary and extraordinary shareholders' meetings. An ordinary annual shareholders' meeting must take place at the location specified in the by-laws, no later than three months after the end of the company's fiscal year in order to consider, inter alia, the financials of the company. Shareholders may exercise their voting rights in person or by proxy. In case of natural persons, a proxy may, however, only be issued to another shareholder of the company. This rule, however, does not apply to legal entities. Resolutions of shareholders' meetings usually are adopted by a simple majority of votes present. In important matters, the by-laws may require a two-thirds majority. In the event of an amendment to the by-laws that increases the authorized share capital, decreases the company's capital, changes the name or purpose of the company, or approves a merger, spin-off, or dissolution, a three-fourths majority of votes may be required by the by-laws. Resolutions to amend the by-laws often are adopted at extraordinary shareholders' meetings.

Transfer of Shares

Shares of joint stock companies are freely transferable. The Companies' Law only prohibits founders of joint stock companies (excluding the subscribers) from transferring their shares until two fiscal years have expired after the date of incorporation. Unlike the partners of limited liability companies, shareholders of joint stock companies have pre-emptive rights only if provided for in the company's by-laws. Shares must be transferred through authorised brokers.

FORMATION OF JOINT STOCK AND LIMITED LIABILITY COMPANIES

The rules governing the formation of Egyptian joint stock and limited liability companies have been considerably simplified in recent years. The lengthy security clearance procedures, to which non Egyptians were subject, are no longer a prerequisite for registration. Companies may, therefore, be established within 3-5 working days, provided all the required documents are completed (PoAs, Commercial Registry extracts etc.) and available in notarized and legalized form. Recent amendments to the Companies' Law require the shares of a joint stock company to be deposited with a central custodian. Existing companies are granted a grace period of one year during which they shall also deposit their shares with a central custodian.

PARTNERSHIPS

Following types of partnerships are recognized:

- General Partnership (société en nom collectif), in which each of the partners is jointly and severally liable for the debts of the partnership;
- Limited Partnership (société en commandite simple), in which only the general partner is personally liable for the debts of the partnership, while limited partners are liable only to the extent of their capital contribution; and
- Silent Partnership (société en participation).

All partnerships must be registered in the Commercial Register. According to the Commercial Register Law, in order to register a partnership, a majority of the capital must come from Egyptian sources and its management must consist exclusively of Egyptian nationals. A partnership – with the exception of silent partnerships – is a separate legal entity. The partnership agreement needs to be in writing and satisfy certain formal requirements to be valid.

The Egyptian General Partnership is a mixture between the German "OHG" and the German "GbR". Its establishment requires at least two partners, who may be individuals and/or legal entities. There is no maximum limit on the number of partners and each partner may represent the partnership individually, unless the partnership agreement expressly provides otherwise. General partners are jointly and individually liable for the obligations of the partnership.

ONE PERSON COMPANIES (OPCS)

As mentioned, recent amendments to the Companies Law have introduced OPCs as corporate companies to the Egyptian legal system. OPCs are companies whose capital is completely owned by one person, whether natural or corporate. The minimum capital of an OPC is EGP 50,000. The founder of such company is liable for its obligations only to the extent of his shareholding. However, the veil of incorporation can be pierced, making the founder personally liable for the OPC's obligations in certain events, including fraud.

OPCs are prohibited from carrying out certain activities, such as the incorporation of OPCs, offering its shares through public subscription, dividing its capital into multiple tradeable shares, borrowing through issuing tradeable stocks (e.g. bonds), and undertaking the activities of insurance and banking.

Given the novelty of the introduction of OPCs, it is yet to be seen how they will be implemented in practice, and whether there will be any further practical restrictions.

One particular practical restriction that may currently be observed, for instance, is that while the Companies Law and its Executive Regulations, as amended, do not prohibit OPCs from conducting importing activities, the Importers Register Law No. 121 of 1982, as recently amended in 2017 prior to the recent Companies Law amendments, was referring only to JSCs and LLCs and hence, OPCs are practically prevented from applying for an importation license, given the current wording of the Importers' Register Law.

Subject to certain conditions, OPCs could be subject to special requirements pertaining to hiring Egyptian personnel and the salaries of such personnel. Moreover, the amendments regulate the management and ownership transfer of OPCs.

INVESTITIONSRECHT

Das neue Investitionsrecht wurde als Investitionsgesetz Nr. 72 von 2017 (das „Neue Investitionsgesetz") vom Präsidenten unterzeichnet und am 31. Mai 2017 im Gesetzesblatt veröffentlicht. Die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes wurden am 28. Oktober 2017 herausgegeben.

Das neue Investitionsgesetz berührt weder das Gesetz der Sonderwirtschaftszonen, erlassen durch Gesetz Nr. 83/2002, noch besonders das Gesetz. Nr. 330/2015 zur Errichtung der Suez-Kanal Wirtschaftszone.

Das neue Investitionsrecht ist ein Grundpfeiler der wirtschaftlichen Reformagenda Ägyptens, das ausländische Direktinvestitionen fördern soll. Es begleitet andere wichtige Wirtschaftsreformen, die vor kurzem eingeführt wurden, wie eine Mehrwertsteuer, die Freigabe des Devisenhandels und die graduelle Aufhebung von Energiesubventionen. Das neue Investitionsrecht hebt die Investitionsanreize und das Garantiengesetz Nr. 8 von 1997 (das „Alte Investitionsrecht") auf. Jedoch behalten Firmen, die unter dem Alten Investitionsrecht gegründet wurden, die Vergünstigungen, Vorteile und Garantien, die ihnen zustehen, bis deren Gültigkeitsfristen auslaufen.

Das neue Investitionsgesetz sieht bestimmte Investitionsgarantien vor, unter anderem, dass alle in der Arabischen Republik Ägypten getätigten Investitionen unter fairen und gerechten Bedingungen behandelt werden. Der Staat gewährleistet dem ausländischen Investor die gleiche Behandlung wie dem nationalen Investor. Nach einer Verordnung des Ministerkabinetts kann eine Ausnahme gemacht werden, die den ausländischen Investoren eine bevorzugte Behandlung unter Anwendung des Prinzips der Gegenseitigkeit gewährt. Die investierten Mittel dürfen nicht willkürlichen Verfahren oder diskriminierenden Entscheidungen unterliegen. Der Staat gewährt den ausländischen Investoren einen Aufenthalt in der Arabischen Republik Ägypten während der Laufzeit des Projekts unbeschadet der einschlägigen Rechtsvorschriften und der von der Durchführungsverordnung des neuen Investitionsgesetzes festgelegten Weise. Der Staat muss die von ihm abgeschlossenen Verträge einhalten und durchsetzen. Ein Investitionsprojekt, das auf Grundlage von Betrug oder Korruption aufgebaut wurde, darf nicht den Schutz, die Garantien, Vorrechte oder Befreiungen genießen, die durch die Bestimmungen des neuen Investitionsgesetzes gewährt sind. Dies wird durch ein unwiderrufliches Gerichtsurteil der zuständigen Justizbehörde oder durch einen Schiedsspruch festgestellt. In der Durchsetzung der Bestimmungen des neuen Investitionsgesetzes sind alle Entscheidungen in den Angelegenheiten des Investitionsprojekts zu begründen

© Ghorfa

und in der von der Durchführungsverordnung des neuen Investitionsgesetzes geregelten Weise an die betroffenen Parteien weiterzuleiten. Darüber hinaus dürfen die Investitionsprojekte nicht verstaatlicht werden.

Keine Verwaltungsbehörde kann die für das Investitionsprojekt ausgestellten Lizenzen widerrufen oder aussetzen oder die für das Projekt zugewiesenen Immobilien zurückfordern, bevor sie den Investor über Verstöße anmahnt, die er begangen hat, ihn anhört und eine angemessene Frist zur Beseitigung der Ursachen des Verstoßes gewährt. Der Investor hat das Recht, das Investitionsprojekt aus dem Ausland zu gründen, einzurichten, zu erweitern und ohne Einschränkungen mit Fremdwährungen zu finanzieren. Der Investor ist auch berechtigt, das Projekt zu besitzen, zu verwalten, zu nutzen und darüber zu verfügen, Gewinne aus dem Projekt zu erzielen und diese Gewinne ins Ausland zu transferieren. Er hat das Recht, das Projekt zu liquidieren und den Erlös aus dieser Liquidation unbeschadet der Rechte Dritter ganz oder teilweise ins Ausland zu transferieren.

Der Staat gestattet die uneingeschränkte Verfügbarkeit aller mit der ausländischen Investition verbundenen Geldüberweisungen in den und aus dem Staat in einer frei transferierbaren Währung.

Der Staat gestattet auch die Umwandlung der Landeswährung in eine frei verwendbare Währung ohne Verzögerung. Im Falle der Liquidation werden die zuständigen Verwaltungsstellen die Organisation und die Gesellschaft unter Liquidation innerhalb von maximal 120 Tagen ab dem Datum, an dem der Liquidator seinen Antrag zusammen mit den erforderlichen Unterlagen einreicht, über ihre Verbindlichkeiten beraten. Der Ablauf dieser Frist ohne Mitteilung solcher Verbindlichkeiten gilt als Entlastung der Gesellschaft in Liquidation von den Verbindlichkeiten, unbeschadet der strafrechtlichen und disziplinarischen Haftung der für die Ausstellung von falschen Angaben verantwortlichen Person oder der für den Ablauf der genannten Frist ohne Stellungnahme zum Antrag verantwortlichen Person.

Investitionsprojekte, die den Bestimmungen des neuen Investitionsgesetzes unterliegen, sind berechtigt - direkt oder über Dritte - Rohstoffe, Produktionsmittel, Maschinen, Ersatzteile und Transportmittel zu importieren, die der Natur ihrer Tätigkeit entsprechen und die für den Aufbau, die Erweiterung oder den Betrieb erforderlich sind, ohne dass sie im Register der Importeure registriert sein müssen. Das Investitionsprojekt hat das Recht, ausländische Arbeitskräfte bis zu maximal 10% der Gesamtzahl der Beschäftigten des Projekts zu beschäftigen. Diese Rate kann in Übereinstimmung mit den in der Durchführungsverordnung des neuen Investitionsgesetzes festgelegten Kontrollen und Regeln auf maximal 20% der Gesamtzahl der Arbeitnehmer des Projekts in den Fällen erhöht werden, bei denen nationale Arbeitskräfte mit den erforderlichen Qualifikationen fehlen.

Für einige strategische Projekte mit besonderer Bedeutung, die durch Beschluss des Obersten Rats bestimmt sind, können Ausnahmen von den genannten Prozentsätzen gemacht werden, sofern die nationalen Arbeitskräfte geschult werden. Die ausländischen Arbeitnehmer des Investitionsprojekts haben das Recht, ihre Finanzbeiträge ganz oder teilweise im Ausland zu überweisen.

Investitionsprojekte, die unter das neue Investitionsrecht fallen, sind begrenzt auf Aktivitäten, die in den Vollzugsbestimmungen aufgeführt sind. Unter diese fallen spezielle Aktivitäten in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Handel, Bildung, Gesundheitswesen, Transport, Tourismus, Wohnbau, Baugewerbe, Sport, Elektrizität, Energie, Erdöl und natürliche Rohstoffe, Wasser sowie Kommunikations- und Informationstechnologie.

Für die folgenden Investitionsprojekte gibt es 30% Nachlass auf die Einkommensteuer: Projekte, die in arbeitsintensive Bereiche fallen; mittlere und kleine Projekte; Projekte, die neue und erneuerbare Energie betreffen oder von ihr abhängen; strategische nationale Projekte; gewisse touristische Projekte; Projekte, die Energie erzeugen und verteilen; Projekte, deren Output exportiert wird; Projekte, die Fahrzeuge herstellen und dem verwandte Industrien; Möbel- und Holzarbeitsprojekte; Projekte, die Antibiotika, entzündungshemmende Mittel und Kosmetika herstellen sowie Nahrungsmittelindustrie und Landwirtschaft.

Investitionsprojekte, die an Orten angesiedelt werden, die am dringendsten Entwicklungsprojekte brauchen, in Übereinstimmung mit der Investitionslandkarte und auf der Grundlage der von der Zentralbehörde öffentlicher Mobilisierung und Statistik herausgegebenen Daten und Statistiken sowie der Verteilung der Investitionstätigkeit in solche Bereiche, wie sie im ER des neuen Investitionsgesetzes

festgelegt sind, könnten nach den noch zu erbringenden Vollzugsbestimmungen des neuen Investitionsrechts von einem Nachlass von 50% auf ihre Einkommensteuer profitieren.

Die vorangehenden Steueranreize unterliegen gewissen Bedingungen, die eine Firma erfüllen muss; vor allem muss sie unter dem Investitionsrecht neu gegründet worden sein, d.h. innerhalb von drei Jahren, ab dem die Vollzugsbestimmungen des neuen Investitionsrechts in Kraft getreten sind. In jedem Fall sollen die Anreize nicht einen Betrag von 80% des eingezahlten Gesellschaftskapitals übersteigen. Eine Firma darf die Steueranreize nur für bis zu sieben Jahre genießen.

Die Projekte, die sich für einen Steueranreiz qualifizieren, können auch weitere Vorteile genießen, u.a. dass der Staat die Kosten dafür trägt, die Infrastruktur zum Firmengelände auszubauen, dass der Staat teilhat am Berufstraining der Mitarbeiter und dass der Staat auf die Hälfte des Preises für das Projektland verzichtet, sollte der Betrieb innerhalb von zwei Jahren nach Landübergabe begonnen haben.

AKKREDITIERUNGSSTELLEN

Der Lizenzbewerber oder sein Vertreter kann die von der Allgemeinen Organisation für Investitionen und Freizonen lizenzierten Akkreditierungsstellen mit der Prüfung der erforderlichen Dokumente beauftragen, die die Erteilung der erforderlichen Genehmigungen, Zulassungen und Lizenzen für die Einrichtung, den Betrieb und die Erweiterung des Investitionsprojekts betreffen, um festzustellen, in welchem Umfang die technischen und finanziellen und anderen Bedingungen nach Bestimmungen dieses Gesetzes und der Gesetze zur Regelung von Genehmigungen, Zulassungen und Lizenzen erfüllt sind.

Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haben sich die Akkreditierungsstellen an die in der Durchführungsverordnung festgelegten Regeln der beruflichen Verantwortung zu halten, insbesondere folgende Regeln:

- Die Bestimmungen der einschlägigen Gesetze und Verordnungen zu beachten;
- Sorgfalt bei der Prüfung, Erfüllung und Genehmigung zu beachten;
- Interessenkonflikte zu vermeiden;
- Vertraulichkeit und Privatsphäre der Informationen des Antragstellers zu bewahren;

Die Akkreditierungsstellen können einzeln oder partnerschaftlich gemeinsam mit einer Gruppe spezialisierter Akkreditierungsstellen tätig sein. Die Durchführungsverordnung bestimmt die Rechtsform der Akkreditierungsstellen. Die Akkreditierungsstellen, die über die erforderliche Erfahrung zur Ausübung dieser Tätigkeit verfügen, müssen gemäß den Bedingungen, Regeln und Maßnahmen der Durchführungsverordnung zugelassen sein. Dies beinhaltet ihre Verpflichtung, eine jährliche Versicherungspolice zur Deckung der Risiken und Schäden zu beschaffen, die sich aus ihren Tätigkeiten ergeben und die Festlegung der Grundlagen für die Gebühren ihrer Dienstleistungen. Innerhalb der Organisation wird ein besonderes Register der zugelassenen Akkreditierungsstellen erstellt und den zuständigen Verwaltungsbehörden zur Verfügung gestellt.

Die Akkreditierungsstellen werden gegen Gebühren von nicht mehr als zwanzigtausend ägyptischen Pfund (EGP 20.000) lizenziert. Die gestaffelte Höhe der Gebühren wird in der Durchführungsverordnung bestimmt. Die Lizenz ist auf Jahresbasis zu erneuern. Die vorgeschriebenen Lizenzgebühren gelten für die Lizenzerneuerung. Die Akkreditierungsstelle stellt in eigener Verantwortung für den Investor ein Akkreditierungszertifikat mit einer Gültigkeit von einem Jahr aus, aus dem hervorgeht, in welchem Umfang das Investitionsprojekt alle oder Teile der Bedingungen nach den Gesetzen und Vorschriften, die die Erteilung von Genehmigungen, Zulassungen und Lizenzen regeln, erfüllt.

Eine Kopie des Zertifikats muss von der Akkreditierungsstelle der zuständigen Behörde in der durch die Durchführungsverordnung dieses Gesetzes angegebenen Weise vorgelegt werden. Zertifikate, die nach einem Jahr ab dem Datum ihrer Ausstellung eingereicht werden, werden nicht angenommen. Das Zertifikat wird von den zuständigen Behörden und deren Vertreter beim Zentrum für Investorendienste und anderen Verwaltungsbehörden anerkannt. Dies hindert die zuständige Behörde oder ihre Vertreter jedoch nicht daran, innerhalb von maximal zehn Geschäftstagen ab dem Datum der Vorlage des Zertifikats, Widerspruch gegen das Zertifikat einzulegen und die Gründe dafür anzugeben. Wenn diese Frist ohne Antwort abläuft, gilt dies als Annahme des Antrags des Investors. Der Generaldirektor der Organisation erteilt eine Genehmigung des Antrags, gemäß Artikel (25) dieses Gesetzes. Diese Bescheinigung gilt als offizielles Instrument zur Durchsetzung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Unbeschadet der zivil- oder strafrechtlichen Haftung - je nachdem - hat die Stelle im Falle der unrechtmäßigen Ausstellung eines solchen Zertifikats oder der Ausstellung im Verstoß gegen die Bestimmungen des Artikels 25 dieses Gesetzes, den fälligen und zahlbaren Versicherungsbetrag an die Begünstigten zu zahlen und wird durch Beschluss des Vorstands der Organisation aus den Registern der Organisation für eine Dauer von drei Jahren ausgeschieden. Im Falle eines erneuten Verstoßes wird das Verbot dauerhaft.

BEILEGUNG VON INVESTITIONSSTREITIGKEITEN

Der Beschwerdeausschuss

In der Organisation sind ein oder mehrere Ausschüsse einzurichten, deren Aufgabe es ist, Beschwerden gegen die Beschlüsse zu prüfen, die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes von der Organisation oder den zuständigen Behörden, die für die Ausstellung von Genehmigungen, Zulassungen und Lizenzen zuständig sind, erlassen worden sind. Ein Ausschuss unter Vorsitz eines Richters aus einer gerichtlichen Instanz ist zu bilden, der von diesen Gremien bestimmt wird. Dem Ausschuss gehört als Mitglied ein Vertreter der Organisation und eine Person mit Erfahrung an. Die Zusammensetzung, das Arbeitssystem und das technische Sekretariat des Ausschusses werden durch Beschluss des zuständigen Ministers festgelegt.

Die Beschwerden müssen dem Ausschuss innerhalb von 15 Tagen nach dem Tag der Bekanntgabe oder der Kenntnisnahme der angefochtenen Entscheidung vorgelegt werden. Die Einreichung der Beschwerde hat zur Folge, dass die Anfechtungsfristen unterbrochen werden. Der Ausschuss kann sich mit den betroffenen Parteien und den zuständigen Verwaltungsbehörden in Verbindung setzen, um Klärungen, Unterlagen und Antworten auf die Fragen zu erhalten, die er für notwendig erachtet. Er kann auf die verschiedenen Fachkenntnisse und Spezialisierungen zurückgreifen, die der Organisation und anderen Verwaltungsbehörden zur Verfügung stehen. Der Ausschuss entscheidet innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab dem Tag des Abschlusses der Anhörungen und der Anträge durch einen begründeten Beschluss. Der Beschluss des Ausschusses ist für alle zuständigen Behörden unwiderruflich und bindend, unbeschadet des Rechts des Investors, sich an die Justiz zu wenden.

Ministerialausschuss zur Streitbeilegung bei Investitionen

Ein Ministerialausschuss mit dem Titel „Ministerialausschuss für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten" wird eingerichtet, um die eingereichten oder in Bezug genommenen Anträge, Beschwerden oder Streitigkeiten zu prüfen, die sich bei den Investoren und dem Staat ergeben oder bei denen eine der staatlichen Stellen, Behörden oder Unternehmen beteiligt ist.

Der Ausschuss wird durch ein Dekret des Ministerpräsidenten gebildet. Ein Stellvertreter des Präsidenten des ägyptischen Staatsrats ist Mitglied des Ausschusses. Er soll vom Rat für Verwaltungsangelegenheiten beim ägyptischen Staatsrat ausgewählt werden. Die Beschlüsse des Ausschusses sind vom Ministerkabinett zu bestätigen. Die Minister, die als Mitglieder des Ausschusses fungieren, können gegebenenfalls Vertreter delegieren, um an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen und über seine Beschlüsse abzustimmen. Der Ausschuss verfügt über ein technisches Sekretariat, dessen Zusammensetzung und Arbeitssystem durch Beschluss des zuständigen Ministers bestimmt wird. Die Versammlung des Ausschusses ist nur dann gültig, wenn ihr Vorsitzender und mindestens 50% ihrer Hauptmitglieder anwesend sind. Der Ausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden.

Im Falle der Parität, hat der Vorsitzende eine ausschlaggebende Stimme. Die zuständige Verwaltungsbehörde legt auf Anfrage die Erläuterungen und erforderlichen Unterlagen vor. Ist diese zuständige Verwaltungsbehörde Mitglied des Ausschusses, darf es bei den diesbezüglichen Beratungen keine Stimme abgeben. Der Ausschuss entscheidet innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab dem Tag des Abschlusses der Anhörungen und Anträge mit begründetem Beschluss, unbeschadet des Rechts des Investors, sich an die Justiz, den Ausschuss, zu wenden.

© Cajetan Barretto_flickr (CC-BY-NC-SA)

Hauptsitz der National Bank of Egypt

Ministerialausschuss für Streitbeilegung der Investitionsverträge

Ein Ministerialausschuss mit dem Titel „Ministerialausschuss für die Streitbeilegung der Investitionsvertäge" wird im Ministerkabinett zur Beilegung der Streitigkeiten aus Investitionsvertägen, an denen der Staat oder staatliche Stellen, Behörden oder Unternehmen beteiligt sind, eingerichtet.

Der Ausschuss prüft und untersucht die Diskrepanzen zwischen den Parteien der Investitionsverträge. Zu diesem Zweck und mit Zustimmung der Vertragsparteien kann er die notwendigen Vereinbarungen treffen, um das Ungleichgewicht in diesen Verträge zu begleichen und die in solchen Verträge vorgesehenen Fristen, Termine und Nachfristen zu verlängern. Wann immer es erforderlich ist, legt der Ausschuss ferner die finanziellen Beiträge neu fest oder berichtigt die Abläufe, die dem Abschluss der Verträge vorausgehen so, dass das vertragliche Gleichgewicht so weit wie möglich erreicht wird und eine optimale wirtschaftliche Situation für die Erhaltung der öffentlichen Mittel sowie die Rechte des Investors in Ansehung jedes einzelnen Falles gewährleistet sind.

Der Ausschuss legt dem Ministerkabinett einen Bericht über seine Feststellungen zum Vergleich vor, welcher auf alle Elemente der Beilegung hinzuweisen hat. Nach Genehmigung durch das Ministerkabinett ist eine solche Beilegung für die zuständigen Verwaltungsbehörden vollstreckbar und bindend und hat die Exekutivgewalt.

Das gütliche Streitbeilegungsverfahren und das Schieds- und Mediationszentrum

Die Investitionsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Bestimmungen des neuen Investitionsgesetzes können in der mit dem Investor vereinbarten Art und Weise oder gemäß den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 27 von 1994 über Zivil- und Handelssachen, erlassen durch Gesetz Nr. 27, geregelt werden. Zu jedem Zeitpunkt der Streitigkeit können beide Parteien vereinbaren, alle Arten von Vergleichen gemäß den anwendbaren Streitbeilegungsregeln, einschließlich des Ad-hoc-Schiedsverfahrens oder des institutionellen Schiedsverfahrens durchzuführen. Ein unabhängiges Schiedsgericht und Streitschlichtungszentrum mit der Bezeichnung „Das ägyptische Schieds- und Mediationszentrum" wird eine juristische Person und hat seinen Hauptsitz in Kairo.

Das Zentrum ist zuständig für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, die eventuell unter den Investoren oder zwischen den Investoren und dem Staat oder einer der staatlichen öffentlichen oder privaten Stellen entstehen, sollten sich die Parteien zu irgendeinem Zeitpunkt darauf einigen, den Streitfall durch Vermittlungsschlichtung über dieses Zentrum beizulegen, vorbehaltlich der Bestimmungen der ägyptischen Gesetze, die das Schiedsverfahren und die Streitbeilegung regeln. Vorbehaltlich der zivilrechtlichen Haftung - in den Fällen, in denen eine Straftat im Namen und für eine private juristische Person begangen wird - darf die für die tatsächliche Geschäftsführung verantwortliche Person keiner Strafe unterworfen werden, es sei denn, die Person wusste über die Straftat nachweislich Bescheid und hat ihren Willen auf das Begehen eines solchen Verbrechens gerichtet, um Interessen für sich selbst oder für andere zu sichern.

Für den Fall, dass die Haftung der natürlichen Person nicht in der im vorstehenden Absatz genannten Weise gegeben ist, wird die juristische Person für die Straftat einer Geldstrafe von mindestens viermal und höchstens zehnmal der gesetzlich vorgeschriebenen Geldstrafe unterworfen. In den Fällen eines erneuten Auftretens der Straftat, wird ein Urteil über die Beendigung der Lizenz oder die Auflösung der juristischen Person, je nach Fall, erlassen. Das Urteil wird auf Kosten der juristischen Person in zwei weit verbreiteten Zeitungen veröffentlicht.

Abgesehen von den Flagranti Fällen wird ein Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens wegen Straftaten nach dem Zollgesetz, erlassen durch Gesetz Nr. 66 aus dem Jahr 1963, dem Einkommensteuergesetz, erlassen durch Gesetz Nr. 91 aus dem Jahr 2005 und dem Umsatzsteuergesetz, erlassen durch Gesetz Nr. 76 aus dem Jahr 2016 eingereicht, nachdem der zuständige Minister Stellung nimmt, ob die Person, die beschuldigt wird, die Straftat begangen zu haben, an einem der Investitionsprojekte beteiligt ist, die den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegen. Der zuständige Minister gibt innerhalb von sieben Tagen nach Eingang des Anfrageschreibens eine Stellungnahme ab; andernfalls kann das Verfahren gemäß den in diesen Gesetzen vorgesehenen Regeln eingeleitet werden.

FREIZONEN

Das Neue Investitionsgesetz hat einen neuen Ansatz, und zwar Vorteile für Investoren zum einen und öffentliches Interesse zum anderen zum Ausgleich zu bringen. Dieser neue Ansatz hat einen Einfluss auf Freizonen, welche nun weniger begünstigt werden, da sie zu verringerten Steuereinnahmen führen. Sie wurden nur nach intensiven Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Parlament akzeptiert, da die Projekte, die dort gegründet werden, Produkte aus Ägypten exportieren und somit das Deviseneinkommen vermehren. Daher listet das Neue Investitionsgesetz einige Aktivitäten auf, denen in einer Freizone nicht nachgegangen werden darf, so z.B. Erdölproduktion, Stahl, Erdgasverflüssigung und –transport, Industrien, die einen hohen Energieverbrauch haben sowie die Herstellung alkoholischer Getränke. Zusätzlich erlaubt das Neue Investitionsgesetz die Gründung von privaten Freizonen. Dies sind private Projekte, die die Vorteile einer Freizone genießen. Außerdem müssen diese Projekte eine Abgabe von 2% ihrer Einnahmen zahlen.

TECHNOLOGIEZONEN

Um die Bereiche Technologie und IT zu fördern, regelt das Neue Investitionsgesetz den Rahmen für die Gründung von ‚Technologiezonen'. Der Minister für Kommunikation und Informationstechnologie darf den Premierminister um die Autorisierung zur Gründung von ‚Technologiezonen' ersuchen. Hier sollen technologische Ziele verfolgt werden können, einschließlich der Herstellung und Entwicklung von Elektronik, Programmierung sowie Bildung im Technologiebereich.

INVESTITIONSSCHUTZABKOMMEN

Ägypten hat mit einer Reihe westlicher Staaten Investitionsschutzabkommen abgeschlossen, so auch mit der Bundesrepublik Deutschland (Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vom 5. Juli 1974). Am 16. Juni 2005 wurde jedoch ein neues Investitionsschutzabkommen zwischen Deutschland und Ägypten unterzeichnet, welches das Investitionsschutzabkommen vom 5. Juli 1974 ablösen soll.

INVESTMENT LAW

The new investment law was signed by the President and published in the official gazette on 31 May 2017 as the enacted Investment Law No. 72 for 2017 (the "New Investment Law"). The Executive Regulations of the Law (the "ER") were issued on 28 October 2017.

The New Investment Law does not prejudice the Law on Special Economic Zones, promulgated by the Law No. 83 of 2002, nor Law. No. 330/2015 establishing the Suez Canal Economic Zone, in particular.

The New Investment Law is a cornerstone of Egypt's economic reform agenda and is intended to promote foreign direct investment. It will complement other important economic reforms which have been recently implemented, such as the introduction of a VAT system, the liberalization of the FOREX regime and the gradual elimination of energy subsidies. The New Investment Law repeals the Investment Incentives and Guarantees of Law No.8 of 1997 (the "Old Investment Law"). That said, companies established under the Old Investment Law will continue to enjoy the benefits, advantages, and guarantees to which they are entitled, until the expiry of any such benefits, advantages, and guarantees.

The New Investment Law provides for certain investment guarantees including, inter alia, that all the investments established within the Arab Republic of Egypt shall receive fair and just treatment. The State shall ensure to the foreign investor the same treatment given to the national investor. Under a decree issued by the Cabinet of Ministers, an exception can be made granting the foreign investors preferential treatment in application of the principle of reciprocity. The invested funds shall not be subject to any arbitrary procedures or discriminatory decisions. The State shall grant the non-Egyptian investors residence in the Arab Republic of Egypt throughout the Project's terms without prejudice to the provisions of the relevant regulating laws and in the manner stipulated by the ER of the New Investment Law. The State shall honour and enforce the contracts it concludes. An Investment Project established on a basis of deceit, fraud, or corruption shall not enjoy the protection, guarantees, privileges, or exemptions established under the provisions of the New Investment Law, and this shall be established by an irrevocable court judgment issued by the competent judicial authority or an arbitration award. In the area of enforcing the provisions of the New Investment Law, all the decisions related to the affairs of the Investment Project shall be justified and passed to the concerned parties in the manner regulated by the ER of the New Investment Law. Further, the Investment Projects may not be nationalized. No Administrative Authority may revoke or suspend the licenses issued for the Investment Project or reclaim the real-estate properties allocated for the Project before issuing a warning to the Investor about the violations he is charged with, listening to his point of view, and giving him an adequate grace period to rectify the causes of the breach. The Investor shall have the right to set up, establish, expand, and fund the Investment Project from abroad with no restrictions and with the foreign currencies. The Investor shall also be entitled to own, manage, use, and dispose of the Project and to make profits from the project and to transfer such profits abroad, as well as liquidate the Project and transfer the proceeds of such liquidation, in whole or in part, abroad without prejudice to the rights of third parties. The State shall allow the availability of all cash remittance operations associated with the foreign investment freely and without delay to and from the State, using a free transferable currency. The State shall also permit the conversion of the local currency into a freely usable currency without delay. In case of liquidation, the Competent Administrative Authorities shall advise the Authority and the company under liquidation of its liabilities within 120 days maximum from the date the liquidator has submitted his request enclosed with the required documents. The expiry of this period without notification of such liabilities shall be deemed as discharging of the company under liquidation from the liabilities, without prejudice to the criminal and disciplinary liability of the person responsible for issuing such false statements or the person responsible for the lapse of the period referred to without replying to the request. Investment Projects subject to the provisions of the New Investment Law shall have the right to import, whether directly or through third parties, the raw materials, production supplies, machinery, spare parts, and transportation that suit the nature of their activity, which are required for the establishment, expansion, or operation thereof, without the need to be registered in the Register of Importers. Investment Projects shall have the right to appoint foreign workers in the amount of 10% maximum of the total number of workers in the Project. This rate may be increased to 20% maximum of the total number of workers in the Projects, in case it is not possible to appoint national workers who have the required qualifications, in accordance with the controls and rules set forth by the ER of the New Investment Law. For some strategic projects with special significance which are identified under a resolution issued by the Supreme Council, exceptions from the said percentages may be made, provided that training is provided to the national labour. The foreign workers in the Investment Project shall have the right to remit their financial dues, in whole or in part, abroad.

Investment Projects subject to the New Investment Law are limited to the activities set out under the ER, which include specific activities in the sectors of industry, agriculture, trade, education, healthcare, transport, tourism, housing, construction, sports, electricity, energy, petroleum and natural resources, water, and communications and information technology.

Investment Projects which fall under labour intensive investment projects, medium and small projects, projects generating or depending on new and renewable energy, strategic national projects, certain touristic projects, electricity generation and distribution projects, projects whose output is exported, vehicle manufacturing projects and related industries, furniture manufacturing and woodwork projects, and projects manufacturing antibiotics, anti-inflammatories, and cosmetics, and food and agricultural industries, will be subject to a 30% discount on their income tax.

Investment Projects which are established in certain geographic locations which most urgently need development projects, in accordance with the Investment Map, and based on the data and statistics issued by the Central Agency for Public Mobilization and Statistics, and according to the distribution of investment activities in such areas as indicated in the ER of the New Investment Law, benefit from a 50% discount on their income tax.

The foregoing tax incentives are subject to the respective company's satisfaction of certain conditions, being newly established under the Law, within three years from the date on which the ER of the New Investment Law come into force. They shall not exceed an amount equivalent to 80% of the paid in capital of the project company. A project company may only enjoy the tax incentives for a period of up to seven years.

The projects which qualify for the tax incentive may also enjoy further benefits, including the State covering the cost of extending the project infrastructure, the State participation in the vocational training of staff, and the State relinquishing half of the price paid for project land if the operation commences two years after land delivery.

ACCREDITATION OFFICES

The license applicant, or representative thereof, may entrust the Accreditation Offices licensed by GAFI to examine the documents related to the issuance of the approvals, permits, and licenses required to set up, operate, and expand the Investment Project to determine the extent of meeting the technical and financial conditions required and other measures provided for in the provisions of this Law and the laws regulating the issuance of approvals, permits, and licenses. In carrying out their activity, the Accreditation Offices must abide by the rules of professional responsibility set by the ER, and in particular the following rules:

- Observe the provisions of the relevant laws and decrees;
- Exercise due diligence in the examination, fulfilment, and approval;
- Avoid the conflict of interests;
- Maintain the confidentiality and privacy of the approval applicants' information;

The Accreditation Offices may operate individually or in partnership with a group of specialized accreditation offices. The ER shall define the legal form of the Accreditation Offices. The Accreditation Offices, which have the required experience to practice this activity, shall be licensed as per the conditions, rules, and measures determined by the ER, including the obligation of procuring an annual insurance policy to cover the risks and damages arising from their activities and the bases of determining the consideration of their services. A special register of the licensed Accreditation Offices shall be created within the Authority and it shall be submitted to the Competent Administrative Authorities. The Accreditation Office shall be licensed in consideration of fees not exceeding twenty thousand Egyptian pounds (EGP 20,000), whose categories shall be determined by the

ER. The license shall be renewed on an annual basis. The prescribed licensing fees shall apply on the license renewal. The Accreditation Office, on their own responsibility, shall issue for the Investor a certificate of accreditation valid for one year comprising a statement showing to what extent the investment project has satisfied all or part of the conditions in accordance with the laws and regulations which regulate the issuance of approvals, permits, and licenses. A copy of the certificate shall be submitted by the Offices to the Competent Authority in the manner indicated by the Executive Regulations of this Law. The certificates submitted after one year from the date of their issuance shall not be accepted. This certificate shall be accepted by the Competent Authorities and their representative at the Investor Service Centre and other administrative authorities. However, this shall not prevent the Competent Authority or its representative from objecting to the certificate while indicating the reasons of the objection, within 10 business days maximum from the date of submission of the certificate. If this period expires without issuing a reply, this shall be deemed as an acceptance of the Investor's application and the Authority's Chief Executive Officer shall issue an approval of the application, in the manner provided for in Article (25) of this Law. This certificate shall be deemed an official instrument in the enforcement of the provisions of the Penal Code. Without prejudice to any civil or criminal liability, as the case may be, the issuance of such certificate or issuance in violation of the rules provided for in Article (25) of this Law shall make the insurance amount due and payable to the beneficiaries, and shall result in disqualification of the Office that issued the certificate from the register in the Authority for 3 years upon a decision issued by the Authority's Board of Directors. In the case of repeated violation, the disqualification is permanent.

SETTLEMENT OF INVESTMENT DISPUTES THE GRIEVANCE COMMITTEE:

One or more committees shall be established in the Authority to examine the complaints filed against the resolutions issued in accordance with the provisions of this Law by the Authority or the authorities concerned with the issuance of the approvals, permits, and licenses. A committee shall be formed and chaired by a judge from a judicial body to be determined by the boards of such bodies and the Committee shall include a representative of the Authority and a person with experience as members. The composition, system of work, and technical secretariat of the Committee shall be determined by a decision issued by the Competent Minister. The complaints shall be submitted to the Committee within 15 days from the date of notice or knowledge of the decision petitioned against. Filing of the complaint shall lead to the interruption of the periods of challenge. The Committee may contact the parties in question and the competent administrative authorities to request clarification, documents and answers to the inquiries it sees necessary, and it may draw on the diverse expertise and specializations available to the Authority and to other administrative authorities. The Committee shall settle the matters brought before it by a reasoned decision within 30 days from the date of closing of hearings and submissions. The Committee's decision shall be irrevocable and binding on all the competent authorities, without prejudice to the Investor's right to resort to the judiciary.

Ministerial Committee on Investment Dispute Resolution:

A ministerial committee entitled "Ministerial Committee on Investment Dispute Resolution" shall be established to look into the applications, complaints, or disputes submitted or referred to it which would arise among the investors and the State or where one of the State's bodies, authorities, or companies is party. The Committee shall be formed by a decree issued by the Prime Minister. One of the deputies of the President of the Egyptian Council of State shall be a member of the Committee and he shall be selected by the Administrative Affairs Council at the Egyptian Council of State. The Committee's decisions shall be endorsed by the Cabinet of Ministers. The ministers who serve as members of the Committee may delegate representatives when necessary to attend the Committee's meetings and vote on its decisions. The Committee shall have a technical secretariat, whose composition and system of work shall be determined by a decision issued by the Competent Minister. The Committee's meeting shall only be valid if it is attended by its Chairperson and at least 50% of its primary members. The Committee shall issue its decisions by a majority of the votes of the attendants. In the case of parity, the Chairperson shall have a casting vote. The competent administrative authority shall submit the explanatory memoranda and the required documents upon request. If such competent administrative authority is a member of the Committee, it shall have no vote in the

© World Bank_CC BY-NC-ND 2.0

Egypt's Minister of Investment and International Cooperation, Sahar Nasr, at a meeting of World Bank and IMF in October 2017

deliberations conducted on the subject related thereto. The Committee shall settle the matters brought before it by a reasoned decision within 30 days from the date of closing of hearings and submissions.

Ministerial Committee on Investment Contracts Dispute Resolution:

A ministerial committee entitled "Ministerial Committee on Investment Contracts Dispute Resolution" shall be established in the Cabinet of Ministers to settle the disputes arising from investment contracts where the State or one of its bodies, authorities, or companies is party. The Committee shall examine and explore the differences arising between the parties to the investment contracts. To such end, and with the consent of the contracting parties, it may perform the necessary settlement to handle the imbalance of such contracts, and extend the terms, periods, or grace periods provided for in such contracts. Whenever it is required, the Committee shall further reschedule the financial dues or rectify the procedures which precede the conclusion of contracts, in a manner that achieves the contractual balance to the extent possible and ensures an optimal economic situation for the preservation of public funds and the investor's rights in view of the conditions of each case. The Committee shall present a report of its findings on the settlement to the Cabinet of Ministers which shall indicate all the elements of the settlement. Upon being approved by the Cabinet of Ministers, such settlement shall be enforceable and binding on the competent administrative authorities and it shall have executive force.

The Amicable Dispute Settlement and the Arbitration and Mediation Centre:

Investment disputes related to the enforcement of the provisions of the New Investment Law may be settled in the way agreed upon with the Investor or pursuant to the provisions of the Law on Arbitration in the Civil and Commercial Matters promulgated by Law No. 27 of 1994. At any point throughout the dispute, both parties may agree to pursue all types of settlement pursuant to the applicable dispute settlement rules, including the ad hoc arbitration or the institutional arbitration.

An independent arbitration and mediation centre entitled "The Egyptian Arbitration and Mediation Centre" shall have the legal personality and it is seat shall be in Cairo.

The Centre shall pursue the settlement of the investment disputes which may arise among investors, or among the investors and the State or one of the State's public or private bodies, should they agree at any point to settle the dispute through arbitration of mediation before this Centre, subject to the provisions of Egypt's laws which regulate the arbitration and dispute settlement.

Subject to the provisions of civil liability, in the cases where a crime is committed in the name of and for the account of a private legal person, the individual in charge of actual management shall not be subject to any penalty unless he is proven to have been aware of the crime and to have directed his will towards the commitment of such crime to secure an interest for himself or for others. If the liability of the natural person is not established in the manner specified in the previous paragraph, the legal person shall be liable to a fine no less than four times and no more than ten times the legally prescribed fine for the crime. In case of a repetition of the crime, a judgment shall be passed terminating the license or dissolving the legal person, as the case may be. The judgment shall be published in two widely-circulating newspapers at the legal person's expense.

Other than the cases of flagrante delicto, a petition to initiate criminal proceedings for the crimes provided for in the Customs Law promulgated by the Law No. 66 of 1963, the Income Tax Law promulgated by the Law No. 91 of 2005, and the Value-Added Tax Law promulgated by the Law No. 76 of 2016, shall be filed upon inquiring the Competent Minister as to whether the person accused of committing the crime is affiliated to any of the investment projects which are subject to the provisions of this Law. The Competent Minister shall state his opinion in this regard within 7 days from the date of receiving the letter of inquiry; otherwise, the proceedings may be initiated pursuant to the rules prescribed in the laws.

FREE ZONE STATUS

The New Investment Law takes a new approach to balancing investor benefit with the public interest. This new approach affects free zones, which are now less favoured because they lead to a decreased tax revenue and were only acceptable after significant negotiations between the Government and the Parliament because the projects established therein export products outside of Egypt, thereby increasing the foreign currency inflow. Therefore, the New Investment Law lists several activities which may not be pursued in a free zone, e.g. petroleum manufacturing, steel, natural gas liquefaction and transport, industries which require high energy consumption, and alcoholic beverages industries. Additionally, the New Investment Law permits the establishment of private free zones, which are private projects enjoying the benefits of a free zone. Also, these projects will be liable to pay a levy of 2% of their revenues.

TECHNOLOGICAL ZONES

To advance activity in the fields of technology and IT, the New Investment Law includes a framework for the establishment of 'technological zones'. The Minister of Communications and Information Technology may request the Prime Minister to authorize the establishment of 'technological zones' where technological objectives can be pursued, including manufacturing and developing electronics, programming, and technological education.

INVESTMENT PROTECTION AGREEMENTS

Egypt has concluded investment protection agreements with a number of western countries, including the Federal Republic of Germany (Investment Protection Agreement of 5 July 1974). However, on 16 June 2005 Egypt and Germany signed a new Investment Protection Agreement, which replaced the agreement of 5 July 1974.

ÖFFENTLICHES AUFTRAGSRECHT

Das Vergaberecht ist kodifiziert im Gesetz über öffentliche Ausschreibungen Nr. 89/1998 vom 8. Mai 1998 und den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen vom 6. September 1998, welche das alte Ausschreibungsgesetz Nr. 9/1983 abgelöst haben. Das Gesetz regelt in seinen drei Hauptabschnitten:

- das Verfahren für die Beschaffung von beweglichen Gütern, Bauleistungen, Transport- und Beratungsleistungen,
- das Verfahren für den Ankauf und die Anmietung von Immobilien sowie
- das Verfahren für den Verkauf oder die Vermietung von Immobilien und beweglichen Gütern einschließlich der Lizenzen für die Bodennutzung.

DIE BESCHAFFUNG VON BEWEGLICHEN GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN

Für die Beschaffung von beweglichen Gütern und Dienstleistungen regelt das Gesetz über öffentliche Ausschreibungen u.a. zwei Grundtypen der Vergabe öffentlicher Aufträge: die öffentliche Ausschreibung und das „öffentliche Verhandlungsverfahren". Die Verfahrenswahl liegt im Ermessen der zuständigen Behörde, die die Wahl zwischen den beiden Verfahren hat. Daneben ist es unter besonderen Voraussetzungen zulässig, Aufträge sachlich oder örtlich beschränkt auszuschreiben oder das öffentliche Verhandlungsverfahren auf einen engen Kreis vorausgewählter Unternehmen zu begrenzen. Nur ausnahmsweise sind direkte Vertragsabschlüsse zulässig und diese unterliegen bestimmten Zustimmungsstufen, die von Wertgrenzen abhängen. Die Vorgänge zur Beschaffung, die auf die jeweilige Situation anwendbar sind, werden von der zuständigen staatlichen Behörde festgelegt. Im Gegensatz zu den Vorgaben des alten Ausschreibungsgesetzes dürfen öffentliche Ausschreibungen unter dem Gesetz über öffentliche Ausschreibungen nicht mehr in öffentliche oder begrenzte Verhandlungen umgewandelt werden. Außerdem ist es der ausschreibenden Behörde untersagt, aus einem laufenden Ausschreibungsverfahren in ein Verhandlungsverfahren mit einzelnen Bietern zu treten.

Das Ausschreibungsverfahren

Die öffentliche Ausschreibung erfolgt durch Veröffentlichung der Vertragsspezifikationen in einschlägigen Publikationen und durch Einladung zum Erwerb der Ausschreibungsunterlagen. Damit verbunden ist die Einladung an die Bieter, ihre Angebote zu unterbreiten, welche in zwei verschiedenen Umschlägen vorgelegt werden müssen. Der eine Umschlag hat ausschließlich das technische Angebot zu enthalten, der andere Umschlag den Preis bzw. die Preisberechnung.

Dem Gebot ist eine Bietersicherheit, die 2% des geschätzten Vertragswerts nicht übersteigen darf, beizufügen, die von der ausschreibenden Behörde festgesetzt wird und in bar oder durch Bankgarantie auf erstes Anfordern erbracht werden kann. Dem erfolglosen Bieter ist die Bietergarantie umgehend und unaufgefordert zurückzuerstatten. Gebote ohne Gebotsverpflichtungen werden vom Beschaffungsverfahren ausgeschlossen.

Nach Ablauf der Abgabefrist wertet ein mit der Entscheidungsfindung beauftragtes Komitee der ausschreibenden Behörde die Gebote aus. Gemäß Bietergesetz ist zunächst nur der Umschlag mit den technischen Spezifikationen zu öffnen. Erfüllt das Gebot die technischen Spezifikationen, so ist das Komitee danach befugt, den Umschlag mit dem finanziellen Angebot öffnen. Im Allgemeinen erhält das Gebot den Zuschlag, das in Anbetracht der technischen Spezifikationen die allgemein besten Konditionen, die kürzeste Laufzeit und den niedrigsten Preis bietet.

Liegt das Gebot eines ägyptischen Bieters oder eines Bieters, der einen hohen lokalen Fertigungsanteil nachweisen kann, weniger als 15% über dem Angebot des billigsten ausländischen Bieters, so wird der ägyptische Bieter als der günstigste angesehen, vorausgesetzt die Gebote sind von gleicher Qualität.

Der erfolgreiche Bieter hat binnen zehn Tagen eine Bietergarantie über 5% des Vertragswerts zu stellen. Bei ausländischen Bietern hat die Sicherheitsleistung binnen 20 Tagen zu erfolgen, wobei Fristverlängerungen möglich sind. Neben diesem allgemeinen Ausschreibungsverfahren erlaubt das Gesetz in bestimmten Fällen die beschränkte Ausschreibung sowie die örtlich begrenzte Ausschreibung. Die auf bestimmte Teilnehmer beschränkte Ausschreibung dient der Qualitätssicherung. Voraussetzung der Teilnahme ist, dass der Bieter die nötigen technischen Kenntnisse und Fähigkeiten oder eine gewisse Finanzkraft nachweist. Die regionale Ausschreibung zielt auf die örtliche Wirtschaftsförderung durch Bevorzugung der im Verwaltungsbezirk ansässigen Bieter. Sie ist nur zulässig, wenn der Wert des angestrebten Geschäfts LE 400.000 nicht übersteigt.

Das Verhandlungsverfahren

Das öffentliche Verhandlungsverfahren unterscheidet sich vom Ausschreibungsverfahren dadurch, dass die mit der Entscheidungsfindung beauftragten Komitees in direkten Kontakt mit den Bietern treten. Zu diesem Zweck finden zwei öffentliche Sitzungen statt. In der ersten Sitzung werden die Umschläge mit den technischen Spezifikationen geöffnet.

© Abdelrhman 1990_wiki

Sitz der Suez Canal Authority

Die Bieter, deren Gebote mit den technischen Vorgaben übereinstimmen, werden zu einer zweiten Sitzung geladen.

In dieser Sitzung werden die Umschläge mit den Preisangeboten geöffnet, welche den Teilnehmern als Grundlage für die dann folgenden Preisverhandlungen dienen. Im Anschluss daran entscheidet das Komitee durch Beschluss über den Zuschlag. Bei dem beschränkten Verhandlungsverfahren lädt die ausschreibende Behörde mittels eingeschriebenen Briefs einen ausgewählten Kreis von Bietern zur Teilnahme am Verfahren ein. Diese Vorgehensweise ist zulässig, soweit der Vertragsgegenstand nur von vereinzelten, besonders spezialisierten Unternehmen erhältlich ist oder wenn Gründe der nationalen Sicherheit eine Geheimhaltung gebieten.

Im Übrigen gelten beim Verhandlungsverfahren die Regelungen über das Ausschreibungsverfahren entsprechend.

Der Direktvertrag

Direktverträge dürfen nur in einer begrenzten Anzahl von Fällen gewählt werden, d.h. in Fällen von besonderer Dringlichkeit. Bei der Direktbeschaffung verhandelt die Behörde direkt mit nur einem Bieter. Behörden dürfen die Direktbeschaffung nur mit den folgenden Einschränkungen betreiben:

1. Direktoren von Verwaltungsbehörden oder Leiter von staatlichen Behörden oder solche, die Kompetenzen in anderen Einheiten haben, solange der Wert des Vertrags LE 50.000 nicht übersteigt und der Vertrag auf den Erwerb von beweglichen Gütern, einer Serviceleistung, Transportservice, Beratungsservice oder technischen Arbeiten und LE 100.000 für Bauarbeiten;

2. Minister oder Personen mit ihren Befugnissen oder Gouverneure, falls der Wert des Vertrags nicht mehr als LE 100.000.000 für den Erwerb von beweglichen Gütern, einer Serviceleistung, Transport und Beratungsservice oder technischen Arbeiten bzw. LE 300.000 für Bauarbeiten beträgt;

3. der Premierminister für Beträge, die die unter Nr. 2 gesetzte Obergrenze überschreiten, im Fall von Notstand oder schwerwiegender Notwendigkeit.

Es sollte erwähnt werden, dass Ämter, die mit dem Verteidigungsministerium und dem Ministerium für Militärische Produktion verbunden sind, zwar generell vom Gesetz zu Öffentlichen Ausschreibungen erfasst sind, jedoch falls notwendig, auf u.a. direkten Kontakt zurückgreifen dürfen, ohne den bereits erwähnten Zustimmungswert zu befolgen. In dieser Hinsicht gibt es seit kurzem die Praxis, gemäß derer einige Verträge auf Basis der Direktvergabe von militärischen Einrichtungen im Auftrag von nicht-militärischen Einrichtungen durch Bevollmächtigung vergeben wurden. Somit konnten sie von der Ausnahme von den generellen Gesetzen und Vorschriften bezüglich öffentlicher Beschaffung für militärische Einrichtungen, insbesondere vom Fehlen der Zustimmungsgrenzen für Direktaufträge Gebrauch machen. Die Bevollmächtigung von öffentlichen Einheiten, die dem Ausschreibungsgesetz unterstehen, ist allgemein durch Artikel 38 erlaubt; jedoch muss sich noch herausstellen, ob die Gerichte eine solche Bevollmächtigung bei der Vergabe akzeptieren, d.h. ob dies der jeweiligen Militärentität hinsichtlich Vergabe- und Vertragsverfahren, insbesondere wo der Gegenstand des Vergabeverfahrens nicht-militärisch ist, erlaubt ist. Angesichts des kürzlich verabschiedeten Gesetzes Nr. 32/2014, das die Anfechtung von Verwaltungsverträgen und das Verfahren ihrer Abschließung auf die Parteien dieser Verträge beschränkt, wird nicht erwartet, dass ein Gericht diese Angelegenheit in naher Zukunft klären wird. Die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes wurde angefochten und diese Angelegenheit ist somit der Entscheidung des Verfassungsgerichts überlassen.

Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass vor kurzem einige Änderungen zum öffentlichen Ausschreibungsgesetz angekündigt wurden und man erwartet, dass diese u.a. einen flexibleren Rahmen für Direktvereinbarungen einführen werden.

Erfordernis eines Handelsvertreters

Gemäß Artikel 61 der Vollzugsbestimmungen des Ausschreibungsgesetzes muss der Bieter in einer öffentlichen Ausschreibung seinen Wohnsitz in Ägypten oder einen ägyptischen „Agenten“ haben. Falls der Bieter keinen Wohnsitz in Ägypten hat, muss er mit seinem Gebot auch den Namen und die Adresse seines ägyptischen Repräsentanten oder den eines Agenten, dessen Berufung vom Zuschlag der Ausschreibung abhängt, einreichen. Falls das Gebot von einem Vertreter durchgeführt wird, muss dieser eine Vollmacht des ausländischen Prinzipals erbringen. Die Vollmacht muss ordnungsgemäß vom ägyptischen Konsulat notarisiert und legalisiert sein, was den Vertreter dazu autorisiert, die ausländische Einrichtung in Verbindung mit dem Gebot zu repräsentieren. Er muss außerdem einen Beweis für seine Funktion als Vertreter erbringen, z.B. in Form von Formular S-14 für gewerbliche Agenten.

Es ist generell nicht günstig, einen Handelsvertreter in Ägypten zu ernennen, wenn man die Schwierigkeit bei der Kündigung gemäß dem Handelsgesetz in Betracht zieht. Eine ausländische Firma kann als Alternative ein Gebot durch einen örtlichen Vertragshändler abgeben. In diesem Fall müssen Vertragshändler gemäß Rundschreiben Nr. 1 von 2009 des Finanzministers, die Gebote (in ihrem Namen und ihrer Verantwortung) abgeben, kein S-14 Formular abgeben. In der Praxis jedoch bleibt es schwierig, dass lokale Tochtergesellschaften von multinationalen Firmen ihre Gebote ohne Formular S-14 abgeben, auch wenn der Beweis für eine interfraktionelle Vertriebsagenturenvereinbarung erbracht wird.

DER KAUF UND DIE ANMIETUNG VON IMMOBILIEN

Beim Kauf oder der Anmietung von Immobilien wird ein Komitee mit der Entscheidung betraut. Dieses hat alle technischen, finanziellen und rechtlichen Aspekte der Angebote zu berücksichtigen. Eine Trennung zwischen der technischen und finanziellen Überprüfung und der eigentlichen Entscheidung findet nicht statt. Nach Sichtung aller Angebote, tritt das Komitee mit den Anbietern geeigneter Objekte in direkte Vertragsverhandlungen ein. Insoweit handelt es sich hier um ein gemischtes Verfahren, bei dem der günstigste Bieter den Zuschlag erhält.

DER VERKAUF UND DIE VERMIETUNG VON BEWEGLICHEN GÜTERN UND IMMOBILIEN

Im Zuge immer weiterer Privatisierungen wurden in das neue Ausschreibungsrecht erstmalig Regelungen über die Veräußerung oder Vermietung öffentlichen Eigentums aufgenommen. Dabei sieht das Gesetz die öffentliche Auktion, die auch lokal beschränkt sein kann, als grundsätzliche Form des Vertragsschlusses vor. Einer Auktion bedarf es nicht bei der Veräußerung verderblicher Güter oder in sonstigen Fällen äußerster Dringlichkeit,

vorbehaltlich einer Zustimmungserfordernis. Im Übrigen kann in Ausnahmefällen als eine Alternative zu einer Auktion der Verkauf/Leasing in Form von u.a. bedingten Verhandlungen durchgeführt werden, wenn für eine bestimmte Auktion kein Angebot eingegangen ist bzw. das Mindestgebot nicht erreicht worden ist, oder grundsätzlich in Fällen, in denen das Mindestgebot unter LE 50.000 liegt. Eine Auktion in eine bedingte Verhandlung umzuwandeln ist strikt verboten.

BETREIBERMODELLE

Man könnte die Meinung vertreten, dass das Gesetz für öffentliche Ausschreibungen auch auf Betreibermodelle zutrifft. In solchen Modellen kann das Projekt als ein Gemisch von Beschaffungsoperationen ausgelegt werden, das die Konstruktion einer öffentlichen Infrastruktureinrichtung und das Recht des Konzessionärs, es für eine bestimmte Zeit zu betreiben, beinhaltet. Zusätzlich gibt es eine Anzahl von Gesetzen, die speziell auf Betreibermodelle zutreffen und welche nicht ausdrücklich auf das Gesetz zu öffentlichen Ausschreibungen Bezug nehmen, z.B.:

- Das Gesetz Nr. 100/1996 gestattet in Abänderung des Gesetzes Nr. 12/1976 in- und ausländischen Investoren die Errichtung und den Betrieb von Kraftwerken und anderen Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge für eine maximale Laufzeit von bis zu 99 Jahren.

- Das Gesetz Nr. 229/1996 gestattet in- und ausländischen natürlichen und juristischen Personen den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von mautpflichtigen Autobahnen.

- Das Gesetz Nr. 3/1997 erlaubt den privaten Betrieb von Flughäfen und das Gesetz Nr. 22/1998 regelt dasselbe für Häfen.

- Das Gesetz Nr. 19/1998 regelt die Gründung regionaler Elektrizitätsgesellschaften, die schrittweise auf private Investoren und Betreiber übertragen werden sollen.

Zusätzlich zum Betreibermodell erkennt das ägyptische Recht auch die Öffentlich-Private Partnerschaft an, welche mit dem ÖPP Gesetz Nr. 67 von 2010 eingeführt wurde. Das ägyptische ÖPP Gesetz entspricht internationalem Standard. Jedoch ist es noch nicht gänzlich effektiv, da es erst seit kurzem angewandt wird und auch aufgrund der politischen Unruhen, die zwei Tage nachdem die Bestimmungen des Gesetzes in Kraft traten, begann. Es fehlt daher am Verständnis der Öffentlichkeit und des privaten Sektors für das ÖPP Konzept.

PUBLIC TENDER LAW

The public tender law is codified in Law No. 89/1998 on Public Tenders of 8 May 1998 ("Law on Public Tenders"), and its Executive Regulations of 6 September 1998, which replaced the old Law on Public Tenders No. 9/1983. The law is divided into three main parts:

- Procurement of goods, construction activities, transportation, and consultation services;

- Purchase and rental of real estate; and

- Sale and lease of real estate and goods, including licenses for soil exploitation.

THE PROCUREMENT OF MOVABLE GOODS AND SERVICES

The Law on Public Tenders provides, inter alia, the two main types of procedures for awarding contracts for the procurement of movable goods and services: public tenders and public negotiations. The procuring government agency has a choice between one of these two procedures or, in certain circumstances, limited or local tender or limited negotiations, as the case may be. Direct awards/contracts may be concluded in only a few exceptional cases, and subject to certain approval levels, the authority limits of which are based on value thresholds. The procurement procedure applicable to each situation will be determined by the relevant managing governmental authority. Contrary to the provisions of the old tenders' law, public tenders under Law on Public Tenders may no longer be transformed into public or limited negotiations. Further, the government body issuing a tender may not, during a public tender, enter into private negotiations with individual parties who have submitted a tender.

Tender Procedures

A public tender is carried out by publishing the contract specifications in relevant journals or by inviting bidders to acquire the tender documents. These include an invitation addressed to bidders to submit their tenders. The tenders must be submitted in two sealed envelopes, one containing the technical documents only, and the other containing the calculation of the price. A temporary security payment, fixed by the government agency issuing the tender, and which may not exceed 2% of the estimated contract value, must be attached to the tender. The tender guarantee must be returned promptly and automatically to the unsuccessful bidder. Bids without bid bonds will be excluded from the procurement procedure.

When the period for submitting a bid has expired, a committee from the government agency which issued the tender is assigned to evaluate the bids and make the decision. The law provides that, initially, only the envelope with the technical specifications may be opened. The committee may only open the envelope with the financial offer if the tender meets the technical specifications. Generally, the technically qualified bid that contains the best general conditions, the shortest term, and the lowest price will be awarded the contract.

If the bid of an Egyptian bidder, or of a bidder offering a high percentage of local content, does not exceed the price offered by the cheapest foreign bidder by more than 15%, the Egyptian bid will be considered offering the "lowest price", provided both bids are of the same quality. The successful bidder must provide a tender guarantee of 5% of the contract value within 10 days of award (or 20 days, in the case of foreign bidders). Extensions of the time limit are possible.

In addition to these general tender procedures, the law permits limited tenders, as well as local tenders, in certain cases. Limited tenders, restricted to certain participants, are designed to guarantee quality. In order to participate in such a tender, bidders must either have the necessary technical know-how and abilities or must possess defined financial resources. Local tenders are designed to promote local businesses by preferring bidders domiciled in a particular administrative district. A local tender procedure may only be used if the value of the intended contract does not exceed LE 400,000.

Negotiation Procedures

Public negotiation procedures differ from tender procedures in that the committee assigned to make a decision contacts the bidders directly. For this purpose, two public sessions take place. In the first session, the envelopes with the technical specifications are opened initially.

The bidders whose bids conform to the required specifications are then invited to a second session, in which the envelopes with the bid prices are opened. These serve as a basis for subsequent negotiations. Afterwards, the committee chooses the successful bidder. In the case of limited negotiations, the government agency issuing the tender invites, by registered mail, a selected circle of bidders to participate in the procedure. This procedure may be used if the subject matter of the contract can be provided by only a limited number of individuals, certain companies' specialized expertise or, in some cases, due to confidentiality requirements related to national security.

Apart from that, the regulations on tender procedures apply likewise to the negotiation procedures.

Direct Agreements

Direct (single source) agreements may only be chosen in a limited number of cases, i.e. in cases of utmost urgency. In direct procurement, the administrative body negotiates directly with only one bidder. Administrative bodies may make use of direct procurement only within the limits described below:

1. Chairmen of administrative bodies or heads of governmental administrations or those who have their competence in other bodies if the value of the contract does not exceed LE 500,000 and the contract refers to the acquisition of movables, rendering of services, transportation services, consulting services, or technical works, and LE 1,000,000 for construction works;

2. Ministers or those who have their powers or governors if the value of the contract does not exceed LE 5,000,000 for the acquisition of movables, rendering of services, transportation & consulting services or technical work, and LE 10,000,000 for construction works, respectively;

3. The Ministers of Health and Housing in relation to drugs and vaccines of a strategic nature in accordance with the Executive Regulations of the Tender Law; and

4. The Prime Minister for any amount exceeding the ceilings indicated in item 2 above, in case of state of emergency or grave necessity.

It is worth noting that, while the agencies affiliated with the Ministry of Defence and the Ministry of Military Production are generally addressed by the Law on Public Tenders, they may, in case of necessity, resort to, inter alia, direct contracting without abiding to the a.m. approval threshold. In this regard, there has been a recent practice whereby several contracts have been awarded on the basis of direct contracting by military entities on behalf of non-military entities by virtue of a delegation, thus benefiting from the military entities' exemption from the general laws and regulations pertaining to public procurement, and in particular the lack of approval thresholds for direct orders. Delegation between public parties addressed by the Law on Public Tenders is generally permissible as per Article 38; however, it remains to be seen whether the courts will accept such delegation in contracting to also extend to the exemptions granted to the delegate, i.e. the respective military entity, in terms of procurement/contracting procedures, in particular where the subject matter of the procurement process is not military-related. In light of the recently issued Law No. 32 of 2014, which restricts the challenging of administrative contracts, or the procedures upon which they were concluded to the parties of the contract only, it is not anticipated that the courts will clarify this matter by virtue of case precedence in the near future. Said law has been challenged for constitutionality and thus the matter will be subject to the discretion of the Constitutional Court.

It should also be noted that it was recently announced that there will be certain amendments to the Law on Public Tenders and which are expected to introduce, inter alia, a more flexible framework for direct contracting.

Requirement of a Local Agent

According to Article 61 of the Executive Regulations of the Law on Public Tenders, the bidder in a public tender must be a resident in Egypt or have an Egyptian agent. If the bidder has no residence in Egypt, they must submit with their bid the name and address of an Egyptian representative or of an agent whose appointment is conditional on award of the tender. If the bid is presented by an agent, the latter must present a power of attorney from the foreign principal, duly notarized and legalized up to the level of the Egyptian consulate which authorizes him to represent the foreign entity in connection with the bid, and other evidence of his capacity as agent, such as the Form S-14 for commercial agents.

It is generally not favourable to appoint a local agent in Egypt, given the difficulty of terminating commercial agencies under the Trade Law. Hence, as an alternative, a foreign company may consider bidding through a local distributor. In this regard, according to Circular No. 1 of 2009 of the Minister of Finance, distributors submitting bids (in their own name and for their own account) are not required to present Form S-14. However, in practice, it remains difficult, though not impossible, for local subsidiaries of multinational companies to submit their bids without presenting Form S-14, even upon providing evidence of an intergroup distributorship agreement.

THE PURCHASE AND RENTAL OF PUBLIC REAL ESTATE

In cases of the purchase or rental of real estate, the decision is made by a committee which must take into consideration all of the technical, financial, and legal aspects of the bids, which are not examined separately. When examining the bids, the committee enters into negotiations with those bidders who submit a suitable offer. This is a mixed procedure, in which the most favourable bid is awarded the contract.

THE SALE AND LEASE OF PUBLIC GOODS AND REAL ESTATE

As part of a move for more privatization, the Law on Public Tenders contains regulations on the sale or lease of public property, a novelty in Egyptian law. The law provides for a public auction, which may also be limited to local bidders, as the basic form for concluding a contract. An auction is not required for the sale of perishable goods or in other cases of utmost urgency, subject to certain approval levels. Further, exceptionally, as an alternative to an auction, the sale/lease procedure may be conducted by way of limited negotiations, inter alia, if the reserve price was not reached or the minimum bid is under LE 50,000. Converting an auction into a limited negotiation is strictly prohibited.

© Travel Aficionado_CC BY NC

The San Stefano Mall and Four Seasons Hotel in Alexandria

OPERATION MODELS (BOT)

It may be argued that the Law on Public Tender applies to BOT models. As in such models, the project might be construed as a composite procurement operation involving the construction of a public utility and the right of the concessionaire to operate it for a specific period of time. In addition, there are a number of laws that apply specifically to BOT, and which do not expressly refer to the Law on Public Tenders, e.g.:

- Law No. 100/1996 amended Law No. 12/1976 and permits local and foreign investors to build and
- operate power stations and other utility companies for a maximum period of 99 years;
- Law No. 229/1996 allows local and foreign individuals and legal entities to build, operate and maintain toll motorways and highways;
- Law No. 3/1997 permits the private operation of airports and Law No. 22/1998 contains similar regulations for seaports; and
- Law No. 19/1998 regulates the foundation of regional electricity companies, which are to be gradually transferred to private investors and operators.

In addition to the BOT set-up, Egyptian Law also recognizes Public Private Partnerships (PPPs), which were introduced by virtue of PPP Law No. 67 of 2010. The Egyptian PPP Law is in compliance with international standards. However, due to the limited practice thereof, amid the political turmoil which started two days after the law's executive regulations were enacted, and due to the lack of understanding among the public as well as the private sector for the PPP concept, the PPP Law is not yet in full effect.

STEUERRECHT

Das ägyptische Steuerrecht ist in den letzten Jahren in wesentlichen Teilen reformiert und vereinfacht worden. Am 8. Juni 2005 erließ das ägyptische Parlament ein neues Einkommensteuergesetz (Gesetz Nr. 91/2005), welches das alte Steuergesetz (Gesetz Nr. 157/1981) vollständig ersetzte. Eine der wesentlichen Änderungen des neuen Einkommensteuergesetzes ist die Reduzierung des Körperschaftsteuersatzes auf 22,5% (vorher 40%). Die Einführung dieses reduzierten Steuersatzes ist jedoch an strengere Einzugsmechanismen gekoppelt.

EINKOMMENSTEUER/KÖRPERSCHAFTSTEUER

Das neue Einkommensteuergesetz regelt Steuern auf Einkommen von natürlichen Personen und Kapitalgesellschaften. Die Gesellschaften, die dieser Steuer unterliegen, sind (1) die ansässigen Rechtsträger für alle in oder außerhalb von Ägypten erzielten Profite; und (2) die nicht-ansässigen Gesellschaften, die Profite durch eine permanente Niederlassung in Ägypten realisieren.

Das Gesetz unterscheidet folgende Einkunftsarten:

- Einkommen aus Handels- und Industrieaktivitäten,
- Lohnzahlungen und ähnliche Einkünfte,
- Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit,
- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung,- Nichtgewerbliche und professionelle Tätigkeiten.

Der Steuersatz für Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kommanditgesellschaften auf Aktien) beträgt grundsätzlich 22,5 %. Für im Bereich der Erdölexploration und -förderung tätige Unternehmen gilt ein höherer Steuersatz von 40,55 %.

Kapitalverluste dürfen von den Gewinnen des Folgejahres abgezogen werden und verbleibende Verluste dürfen für einen Zeitraum von fünf Jahren vorgetragen werden. Hiervon ausgenommen sind Verluste vom Verkauf von Aktien.

Gemäß Art. 7 des neuen Steuergesetzes unterliegen Löhne und ähnliche Zahlungen unterschiedlichen Steuersätzen. Bis zu einem Jahreseinkommen von bis zu LE 7.200 fällt keine Steuer an. Bis zu einem Jahreseinkommen von LE 30.000 gilt eine Einkommensteuer von 10 %, wobei es eine einmalige Befreiung von 80% der fälligen Steuer gibt. Bis zu einem Jahreseinkommen von LE 45.000 bis 200.000 gilt eine Einkommensteuer von 20% wobei es eine einmalige Befreiung von 5% der fälligen Steuer gibt. Bei darüber hinausgehenden Beträgen gilt ein Steuersatz von 22,5 %. Arbeitgeber müssen die Lohnsteuer der Arbeitnehmer einbehalten und direkt abführen.

UMSATZSTEUER

Gesetz Nr. 11/1991 wurde vor kurzem aufgehoben und durch das neue Mehrwertsteuergesetz Nr. 67/ 2016 (MwSt. Gesetz) ersetzt. Unter dem MwSt. Gesetz ist der allgemeine Steuersatz 14 %, wobei verschiedene „Zeitplansteuer"-Raten für einige Produkte und Dienstleistungen anwendbar sein könnten. Die Anmeldung zur MwSt. ist vorgeschrieben, sobald das Unternehmensvolumen des Steuerzahlers die Registrierungsschwelle überschreitet. Momentan liegt diese Schwelle bei LE 500.000.

Importeure, Exporteure, Vertreter und Vertriebshändler müssen sich für die MwSt. registrieren lassen, unabhängig davon, ob das Unternehmensvolumen die genannte Schwelle erreicht hat. Die importierten Güter und Dienstleistungen sollen zusätzlich zu den Einfuhrzöllen der MwSt. unterliegen (oder der ‚Schedule Tax', falls das der Fall sein sollte).

Dienstleistungen, die in Ägypten von nicht ansässigen Personen bereitgestellt werden, unterliegen auch der MwSt.; Gemäß Artikel 17 des MwSt. Gesetzes muss ein ausländischer Rechtsträger, der keine permanente Niederlassung in Ägypten hat und zu versteuernde Güter oder Dienstleistungen in Ägypten an nicht für die MwSt. registrierte Rechtsträger verkauft, einen örtlichen Repräsentanten oder Agenten einsetzen, welcher dafür verantwortlich ist, Steuern für die vom genannten Rechtsträger zu versteuernden Tätigkeiten zu registrieren und zu bezahlen und die Verpflichtungen, die im MwSt. Gesetz aufgeführt sind, auszuführen.

„STEMPELSTEUERN"

Das Gesetz Nr. 11/1980 regelt die Erhebung von „Stempelsteuern" auf unterschiedliche Arten von Dokumenten mit öffentlichem Charakter. Darunter fallen zahlreiche Import- und Exportdokumente, Verträge und bestimmte Anzeigen. Die Bedeutung dieser Steuer, die in manchen Fällen anteilig am Wert der Transaktion bemessen wird, darf nicht unterschätzt werden.

Diese Dokumente müssen mit den hierfür bestimmten Kostenmarken versehen werden. In jüngster Vergangenheit wurde das Gesetz Nr. 11/1980 mit einigen Ergänzungen versehen, wobei die wichtigsten Änderungen in Gesetz Nr. 143/2006 und Gesetz Nr. 115/2008 enthalten waren. Ziel der Gesetzesänderungen war es, die Kostenmarken für bestimmte Arten von Finanzurkunden abzuschaffen oder ihren Wert zumindest zu reduzieren. Weiter hat Gesetz Nr. 104/2012 Stempelsteuern auf Werbung und Lizenzen eingeführt. Gesetz Nr. 9/2013 hat eine weitere Stempelsteuer eingeführt, und zwar auf Kapitalmarkttransaktionen, was aber später mit Gesetz Nr. 53/2014 aufgehoben wurde. Die genannte Stempelsteuer wurde vor kurzem mit Gesetz Nr. 76 von 2017 wiedereingeführt. Die momentane Rate ist 1.25 pro Mille und wird bis 2019 schrittweise auf 1.75 pro Mille erhöht werden, was von beiden Seiten der Transaktion gezahlt werden muss. Jedoch ist die Rate im Fall von Übernahmen oder Ausstiegen (eine Transaktion von mindestens 33% des Kapitals, Stimmrechten oder Positionen der permanenten Niederlassung) 3 pro Mille für beide Seiten der Transaktion.

QUELLENSTEUERN

Nach dem neuen Einkommensteuergesetz muss eine Quellensteuer bei Zahlungen für Dienstleister, die keinen ägyptischen Wohnsitz haben, sowie bei Zahlungen an ausländische Lizenzgeber einbehalten werden (Art. 59). Die Quellensteuer liegt bei 20% ohne den Abzug von Kosten. Jedoch kann ein bestehendes Doppelbesteuerungsabkommen den Betrag reduzieren. Quellensteuern müssen in der Regel vierteljährlich abgeführt werden.

Es sollte aber vermerkt werden, dass gemäß Artikel 72 der Vollzugsbestimmungen des Neuen Steuergesetzes die folgenden Dienstleistungen nicht unter die Leistungen fallen, die in Artikel 56 vorgegeben sind, und daher nicht unter die Quellensteuer fallen:

Transport oder Flug; Versand; Versicherung; Training; Teilnahme an Ausstellungen oder Konferenzen; Globale Börsenregistrierung; Direktwerbung und -marketing; Dienstleistungen im Zusammenhang mit religiösen Ritualen; Übernachtungen in Hotels.

DOPPELBETEUERUNGSABKOMMEN

Ägypten hat mit mehr als 40 Staaten Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) abgeschlossen, unter anderem mit Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Irak, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Kuwait, Libyen, Marokko, Norwegen, Österreich, Rumänien, Sudan, Südkorea, Schweden, Schweiz, Syrien, Tschechien, Tunesien, Türkei, Ungarn, USA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Zypern.

Am 22. September 1991 trat das deutsch-ägyptische DBA in Kraft. Es richtet sich im Wesentlichen nach dem OECD-Musterabkommen und stellt bestimmte im jeweiligen Quellenstaat erzielte Einkünfte von der Besteuerung des jeweils anderen Staates frei. Konkret dürfen Zinsen und Dividenden vom Quellenstaat mit maximal 15% besteuert werden, Lizenzgebühren bei Markennutzung mit höchstens 25% und in allen anderen Fällen mit höchstens 15 %.

TAX LAW

Egyptian tax legislation has been the subject of major reform in the last few years. On 8 June 2005 the Egyptian Parliament enacted the new Income Tax Law No. 91/2005 (the "New Tax Law"), which replaced Law No. 157/1981 (the "Old Tax Law"). The New Tax Law, as amended, reduces corporate taxes for all companies to a flat rate of 22.5% of net profits, as opposed to 40% under the Old Tax Law. However, this reduced tax rate is coupled with a stricter tax collection mechanism.

INCOME TAX/CORPORATION TAX

The New Tax Law regulates individual income taxes and taxes on the profits of companies. The corporate entities that are generally subject to the said tax are (i) the resident entities for all profits achieved inside or outside Egypt; and (iii) the non-resident corporate entities for the profits realized through a permanent establishment in Egypt.

The law distinguishes between the following types of income:

- Income from trade and industrial activities;
- Wages and similar income;
- Income from freelance activities; and
- Income from leasing and renting
- Non-commercial and professional activities.

The general tax rate for companies (joint stock companies, limited liability companies, and partnerships limited by shares) is 22.5%. A higher tax rate is applicable for enterprises operating in the field of oil and gas exploration and production, i.e. 40.55%.

With the exception of losses resulting from the disposal of shares, capital losses may be deducted from the profits of the following year, and remaining losses may be carried forward for 5 years.

Under Article 7 of the New Tax Law, wages and similar income are subject to differing tax rates based on the tax bracket they fall in. The first income tax bracket is for income up to EGP 7,200 per annum (being exempted from tax); the second tax bracket is for income exceeding EGP 7,200 up to EGP, 30,000 per annum (subject to 10% tax and eligible for a one-time tax exemption of 80% of the due tax); the third tax bracket is for income exceeding EGP 30,000 up to EGP 45,000 per annum (subject to 15% tax and eligible for a one-time exemption of 40% of the due tax); the fourth tax bracket is for income exceeding EGP 45,000 up to EGP 200,000 per annum (subject to 20% tax and eligible for a one-time exemption of 5% of the due tax); and the fifth tax bracket is for income exceeding 200,000 (subject to 22.5% tax). Employers must withhold taxes from employee's wages and remit them directly to the competent tax departments.

VALUE ADDED TAX

Law No. 11/1991 regulating sales tax has been recently repealed and replaced by the new Value Added Tax Law No. 67/2016 (the VAT Law). Under the VAT Law, the general VAT rate is 14%, whereas different "schedule tax" rates may apply to certain goods and services. The VAT registration is obligatory once the volume of business of the taxpayer reaches the registration threshold. The threshold is currently set at EGP 500,000.

Importers, exporters, agents and distributors must register for VAT purposes irrespective of whether the volume of business has reached the said threshold. Imported goods and services shall, hence, be subject to VAT (or schedule tax, as the case may be), in addition to customs duties with regard to goods.

Services provided in Egypt by non-residents are also subject to VAT; according to Article 17 of the VAT Law, a foreign entity with no permanent establishment in Egypt, selling taxable goods or services in Egypt to non-VAT-registered entities shall appoint a local representative or agent who shall be liable to register and settle taxes for the said entity's taxable activities and to carry out the obligations set out under the VAT Law.

STAMP DUTIES

Law No. 111/1980 imposes stamp duties on a number of official documents and a number of import and export documents, contracts, and publications. The significance of this tax should not be underestimated. The required stamps must be affixed to the documents. A number of amendments were recently introduced to the Stamp Duty Law No. 111/1980, the most important of which were enacted by Law No. 143/2006 and Law No. 115/2008, which were mainly targeted at abolishing the stamp duty due on certain types of financial deeds or reducing its value. Further, Law No. 104/2012 introduced stamp duties for advertisement and licenses. Law No. 9/2013 introduced an additional stamp duty on capital market transactions, which was, however, later repealed by virtue of Law No. 53/2014. Said stamp duty was recently re-introduced by virtue of Law No. 76 of 2017. The current rate is 1.25 per mille and will gradually increase up to 1.75 per mille by 2019, payable on each side of the transaction. However, in case of acquisitions or exit (a transaction involving at least 33% of the capital, voting rights or assets of a permanent establishment), the rate would be 3 per mille on each side of the transaction.

WITHHOLDING TAX

Pursuant to the New Tax Law, taxes must be withheld on payments for services supplied by non-resident providers as well as for royalties for foreign Licensors (Art. 56). The current withholding rate is 20% without deduction of any costs. Nevertheless, existing double taxation agreements may reduce this amount. Withheld taxes are usually payable on a quarterly basis.

It should be noted, however, that according to Article 72 of the Executive Regulations to the New Tax Law, the following services shall not be considered within the services prescribed in Article 56 of the Law and shall, therefore, not be subject to withholding tax:

Transport or flight; Shipping; Insurance; Training; Participation in exhibitions and conferences; Global stock exchanges registration; Direct advertising and marketing; Services related to religious rituals; Lodging in hotels.

AGREEMENTS FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION

Egypt has Agreements for the Avoidance of Double Taxation ("DTA") with approximately 40 countries including: Belgium, Cyprus, Germany, Finland, France, Greece, Great Britain, India, Iraq, Italy, Japan, Yugoslavia, Canada, Kuwait, Libya, Morocco, Norway, Austria, Romania, Sudan, South Korea, Sweden, Switzerland, Syria, Tunisia, Czech Republic, Turkey, Hungary, the United States, and the United Arab Emirates.

Germany and Egypt concluded a DTA on 22 September 1991. The agreement is primarily based on the OECD model-agreement, providing that income in Egypt is free of taxation in Germany, taxations on interest and dividends in Egypt shall not exceed 15%, royalties for trademarks not more than 25% and for all other cases not more than 15%.

© World Bank_CC BY-NC-ND 2.0

Arbeitskräfte in Ägypten sind meist gut ausgebildet

ARBEITSRECHT

Das ägyptische Arbeitsrecht ist für seine Arbeitnehmerfreundlichkeit bekannt und stellt den Arbeitgeber häufig vor erhebliche Probleme. In der Praxis sind aufgrund der ausgeprägten Arbeitnehmerfreundlichkeit erfahrene ausländische Investoren bemüht, Probleme ohne gerichtliche Auseinandersetzungen und über – im Vergleich zu manchen europäischen Staaten – bescheidene Abfindungen zu regeln.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Im Jahre 2003 ist ein neues Arbeitsrecht in Kraft getreten (Gesetz Nr. 12/2003), welches später durch das Gesetz Nr. 90/2005 ergänzt wurde. Entsprechend sind nun alle wesentlichen Regelungen des ägyptischen Arbeitsrechts in einem einheitlichen Gesetzeswerk zusammengefasst.

ARBEITSVERTRÄGE

Arbeitsverträge müssen schriftlich, in arabischer Sprache und in drei Ausfertigungen abgeschlossen werden. Je eine Ausfertigung erhalten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, und das Büro für Sozialversicherungsangelegenheiten im Original.

Arbeitsverträge enthalten üblicherweise Regelungen über eine rei Monate dauernde Probezeit. Sie können befristet für ein Jahr oder unbefristet abgeschlossen werden. Endet ein befristeter Arbeitsvertrag und wird die Arbeitsleistung weiterhin vom Arbeitgeber entgegengenommen, wandelt sich das Arbeitsverhältnis in einen unbefristeten Vertrag. Dies gilt auch für ausländische Angestellte. Arbeitsverträge beinhalten üblicherweise eine Probezeit von drei Monaten.

ARBEITSZEIT UND URLAUB

Die Wochenarbeitszeit darf 48 Stunden sowie acht Stunden Nettoarbeitszeit täglich nicht überschreiten. Bei Industriearbeitern gilt die 42-Stunden-Woche. In Ausnahmefällen darf bis zu zehn Stunden täglich an sechs Wochentagen gearbeitet werden.

Arbeitnehmer haben üblicherweise einen Anspruch auf 21 Urlaubstage im Jahr, beginnend ab Beendigung des ersten vollen Beschäftigungsjahres. Im ersten Beschäftigungsjahr hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf 15 Urlaubstage, der jedoch erst nach sechs Monaten ab Beginn der Beschäftigung entsteht. Arbeitnehmer, die älter als 50 Jahre sind oder die mehr als zehn aufeinanderfolgende Jahre beim selben Arbeitgeber tätig waren, haben einen Anspruch auf 30 Urlaubstage im Jahr (Art. 47 des Gesetzes Nr. 12/2003).

KRANKEN- UND SOZIALVERSICHERUNG

Jeder ägyptische Arbeitgeber muss einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge der Angestellten zahlen (während der andere Teil vom Lohn der Angestellten abgezogen wird). Der genaue Prozentsatz, den der Arbeitgeber als Beitrag zahlen muss, ist in den Regeln, die diese Zahlungen im Sozialversicherungsgesetz Nr. 79 von 1975 sowie den Vollzugsvorschriften, die im ministeriellen Dekret Nr. 554 von 2007 aufgeführt sind, festgelegt.

KÜNDIGUNG

Die Kündigungsmöglichkeiten von Arbeitsverträgen sind in Ägypten stark eingeschränkt. Die Gründe, aus denen eine Kündigung erfolgen darf, sind im Gesetz abschließend aufgeführt. Zudem darf eine Kündigung nur erfolgen, wenn ein Schlichtungsversuch vor einem speziellen Komitee erfolglos war.

Prozesse vor den Arbeitsgerichten sind langwierig und ihr Ausgang ist oft schwer vorauszusagen. In der Vergangenheit haben ägyptische Arbeitsgerichte bei nach ihrer Auffassung ungerechtfertigten Kündigungen dem Arbeitnehmer häufig Abfindungen von ein bis drei Monatslöhnen pro Beschäftigungsjahr zugesprochen, in Einzelfällen aber auch deutlich darüber. Oft werden im Wege des einstweiligen Verfügungsverfahrens aber auch Weiterbeschäftigungsansprüche durchgesetzt.

ARBEITSERLAUBNIS

Ausländer brauchen nach Art. 28 des Gesetzes Nr. 12/2003 eine Arbeitserlaubnis unabhängig davon, ob sie selbständig tätig oder angestellt sind. Gegen Vorlage der Arbeitserlaubnis wird dann in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis ausgestellt. Normalerweise werden beide für einen Zeitraum von zwölf Monaten bewilligt. Im Gegensatz dazu erhalten Geschäftsführer von nach dem Investitionsgesetz gegründeten Gesellschaften oft eine Arbeitserlaubnis und eine Aufenthaltsgenehmigung von bis zu fünf Jahren. Eine Arbeitserlaubnis ist an ein bestimmtes Beschäftigungsverhältnis gebunden und kann im Missbrauchsfall unter Strafandrohung entzogen werden.

Voraussetzung für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für einen ausländischen Angestellten ist gem. Art. 29, 30 des Gesetzes Nr. 12/2003, dass mindestens 90% aller Arbeitnehmer des anstellenden Unternehmens Ägypter sind. Darüber hinaus muss ein konkreter Bedarf für die Anstellung des ausländischen Arbeitnehmers bestehen, etwa aufgrund besonderer Qualifikationen.

LABOUR LAW

Egyptian labour law is recognised as being employee friendly and often causes employers considerable problems. In practice, experienced foreign investors may solve these problems without litigation by compensation, which is relatively low in comparison to many European countries.

The rules organizing employer-employee relationships in Egypt are set out in the Labour Law No. 12/2003 (the "New Labour Law"), which was updated and amended by Law No. 90/2005. The essential provisions of the Egyptian labour law are thereby now integrated in one consistent law.

LABOUR CONTRACT

Labour contracts must be in writing, in Arabic, and executed in three originals. The employer, the employee, and the Office for Social Security Affairs each receive one original. It may be concluded for a definite or an indefinite term. If a labour contract is for a fixed term and the employer accepts work performed beyond the expiration of such definite term, the employment relationship automatically becomes a contract for an indefinite term, provided the employee is Egyptian. Foreign employees may not enter into labour contracts for indefinite terms. Under the New Labour Law, the parties are allowed to conclude multiple definite term employment contracts. This also applies to foreign employees. Labour contracts usually contain a three-month probation period.

WORKING HOURS AND HOLIDAY

The weekly working hours shall not exceed 48 hours, while an employee may not work more than 8 hours per day. Industrial employees shall not work more than 42 hours per week. In exceptional cases, it is permissible for an employee to work up to 10 hours a day, 6 days a week.

Employees are generally entitled to 21 vacation days per annum after the first full year of employment. During the first year of employment, an employee is entitled to 15 vacation days, but only after 6 months from the start of the employment. Employees who are older than 50, or who have been working for more than 10 successive years for the same or different employers, are entitled to 30 vacation days per year.

MEDICAL AND SOCIAL INSURANCE

The employer shall pay a share of the employee's social insurance contribution (while the other share is deducted from the employee's wage). The exact percentages due by the employer as contributions are detailed in the rules governing these payments/contributions in the Social Insurance Law No. 79 of 1975 and its Executive Regulations as promulgated by Ministerial Decree No. 554 of 2007, as amended.

TERMINATION

The ability to terminate labour contracts is very restricted in Egypt. The reasons justifying termination are exclusively listed in the law. Additionally, a labour contract can only be terminated when mediation with a special committee has failed. Legal proceedings before labour courts are lengthy and their outcome is often unpredictable. In the past, Egyptian labour courts have ordered compensation of one to three months' pay for each year of employment if they considered the termination to be unfair. Reinstatement claims are often enforced by interim injunctions.

WORK PERMITS

According to Article 28 of the Law No. 12/2003, foreigners require work permits, irrespective of whether they work independently or are employed. Residency is usually granted upon the submission of a work permit. For a work permit to be granted, at least 90% of the applicant company's employees must be Egyptian. In addition, there must be a specific need to employ foreign employees, e.g., due to an employee's specific qualifications

GEWERBLICHER RECHTSSCHUTZ SCHUTZ DER RECHTE AN GEISTIGEM EIGENTUM

Aufgrund der Internationalisierung der ägyptischen Industrie und der weiteren Öffnung und Liberalisierung des ägyptischen Marktes werden Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes auch in Ägypten immer wichtiger. Diesen Umständen hat Ägypten durch zahlreiche Reformbemühungen Rechnung getragen. Als Folge des Beitritts zur WTO im Jahr 1994 hat Ägypten etwa am 30. Juni 1995 das TRIPS-Abkommen unterzeichnet und im Jahre 2002 ist das neue Gesetz über Urheberrechte und Gewerblichen Rechtsschutz (Gesetz Nr. 82/2002) in Kraft getreten, welches die verschiedenen Schutzrechte zum geistigen Eigentum (Handelsmarken, Patente, Urheberrechte und Industriedesigns) in einem einheitlichen Gesetzeswerk zusammenfasst. Inhaltlich ist vor allem die Ausdehnung des bisherigen Schutzbereiches auf Gebrauchsmuster, Halbleitertopographien, notorische Marken, geographische Herkunftsangaben und Pflanzenzüchtungen von Bedeutung. Für ausländische Investoren von besonderer Bedeutung ist die Ausdehnung des Schutzbereiches auf notorisch bekannte Marken, d.h. Marken, die im Ausland benutzt werden, im Inland jedoch ebenfalls überragende Bekanntheit besitzen. Zudem erstrecken sich Patente im pharmazeutischen Bereich nunmehr auf die Produkte selbst und nicht nur auf das Herstellungsverfahren.

PATENTRECHT

Ägypten ist Mitglied der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums und des Straßburger Abkommens zur Klassifizierung von Patenten. Ägypten hat außerdem mit der Bundesrepublik Deutschland ein Handelsabkommen abgeschlossen, das gegenseitige Inländerbehandlung in Bezug auf den Erwerb und den Schutz gewerblicher Schutzrechte vorsieht (Handelsabkommen zwischen Deutschland und Ägypten vom 21. April 1951). Im Juni 2003 hat Ägypten den Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens unterzeichnet, den 120 weitere Staaten unterzeichnet haben. Damit sind seit September 2003 internationale Patentanmeldungen nach dem PCT vor ägyptischen Patentämtern gültig. Allerdings ergibt eine Anmeldung nach dem PCT kein „Weltpatent“, welches die Anmeldung in Ägypten entbehrlich macht, sondern lediglich eine Prioritätssicherung gegenüber konkurrierenden Anmeldungen für eine Frist von 18 Monaten ab Anmeldung bei der WIPO (World Intellectual Property Organisation).

Patentfähigkeit

Patentfähig ist gemäß Art. 1 des Gesetzes Nr. 82/2002 jede Erfindung, die neu ist, einen erfinderischen Schritt beinhaltet und eine gewerbliche Verwertung zulässt. Dies können neue Produkte und Verfahren sein, aber auch neu entdeckte Anwendungsmöglichkeiten bereits bekannter Verfahren. Nach Art. 3 des Gesetzes Nr. 82/2002 gilt eine Erfindung dann nicht als „neu“ im Sinne des Gesetzes, wenn sie

- als Ganzes oder in Teilen in Ägypten oder im Ausland zugunsten eines Dritten patentiert bzw. ein entsprechender Antrag gestellt worden ist oder
- vor Antragstellung in Ägypten öffentlich genutzt oder so beschrieben worden ist, dass Sachkundigen ihre Verwertung möglich gewesen wäre.

Die Darstellung einer Erfindung auf einer nationalen oder internationalen Ausstellung oder Messe in den ersten sechs Monaten nach Antragstellung wird nicht als eine Veröffentlichung der Erfindung im Sinne des obigen Absatzes verstanden. Die Ausführungsbestimmungen zum aktuellen Gesetz legen weitere Bedingungen und Vorgänge fest, die zur Veröffentlichung einer Erfindung eingehalten werden müssen.

Ausschluss

Von der Patenterteilung ausgeschlossen sind gem. Art. 2 Gesetz Nr. 82/2002:

- Erfindungen, deren Verwertung die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung und Moral beeinträchtigen oder schwere Schäden an Umwelt und Gesundheit hervorrufen würden;
- wissenschaftliche Theorien und Entdeckungen, mathematische Methoden, Programme und Layouts;
- Methoden der Diagnose, Therapie- und Heilverfahren für Mensch und Tier;
- Pflanzen und Tiere, biologische Verfahren der Pflanzen- oder Tierzucht mit Ausnahme von Mikroorganismen und nichtbiologische und mikrobiologische Verfahren der Pflanzen- oder Tierproduktion;
- lebende Organismen, Gewebe, Zellen, natürliche biologische Materialien, DNA und Genome.

© psdesign1

Arbeitnehmererfindungsrecht

Patentrechte an Erfindungen von Arbeitnehmern stehen dem Arbeitgeber zu, sofern die Erfindungen im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses gemacht worden sind. Der Arbeitnehmer ist im Patent zu benennen und kann eine angemessene Vergütung auch dann verlangen, wenn eine solche vertraglich nicht vorgesehen ist. Entsprechendes gilt, wenn außerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses ein Auftrag erteilt wird, eine bestimmte Erfindung zu machen.

In allen anderen Fällen, in denen eine Erfindung im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis in einem öffentlichen oder privaten Unternehmen gemacht wird, hat der Arbeitgeber eine Option auf die Verwertung oder den Erwerb des Patentes. Die Option ist innerhalb von drei Monaten nach Benachrichtigung des Arbeitgebers von der Patenterteilung auszuüben und dem Arbeitnehmer ist eine angemessene Vergütung zu gewähren. Auch das Zivilgesetzbuch enthält Vorschriften über Erfindungen, die im Rahmen von Dienstverhältnissen gemacht wurden. Da die Bestimmungen des Zivilgesetzbuchs von denen des Patentgesetzes teilweise abweichen und das Verhältnis der beiden Regelungskomplexe bislang nicht geklärt ist, sollte der Gestaltung von Arbeitsverträgen besondere Sorgfalt gewidmet werden.

Dauer

Patente werden einmalig für eine Dauer von 20 Jahren erteilt. Die Schutzdauer beginnt mit dem Datum der Antragstellung. Während dieses Zeitraums steht dem Inhaber des Patents das Recht zu, die Erfindung persönlich zu nutzen und von anderen einen fairen Ausgleich für eine Nutzung zu erhalten.

Verfahren

Patentanträge sind in dreifacher Ausfertigung in arabischer Sprache einzureichen. Ein Antrag muss die detaillierte Beschreibung der jeweiligen Erfindung enthalten. Die Anmeldegebühr beträgt LE 150 zuzüglich des Honorars des Patentanwalts. Das ägyptische Patentamt muss alle Anträge daraufhin prüfen, ob die Erfindung die notwendigen materiellen und formellen Voraussetzungen erfüllt, um eingetragen zu werden. Innerhalb von sechzig Tagen nach Veröffentlichung des Patentantrags im „Patent Jour-

nal“ können Dritte Einwendungen gegen die Patenterteilung erheben.

Bei Erfindungen, die in Verbindung mit der nationalen Verteidigung, der militärischen Produktion, der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Gesundheit stehen, muss das Verteidigungsministerium, das Ministerium für militärische Produktion, das Innenministerium oder das Gesundheitsministerium benachrichtigt werden. Der zuständige Minister ist dann berechtigt, innerhalb von 90 Tagen Einspruch gegen die Patentierung der Erfindung einzulegen. Über erhobene Einwände gegen die Entscheidung des Patentamtes entscheidet ein besonderes Komitee. Gegen die Entscheidung des Komitees steht der Rechtsweg zum Verwaltungsgericht offen.

Rechtsfolgen

Der Inhaber eines Patentrechts ist berechtigt, die Erfindung umfassend zu nutzen und Dritte von ihrer Verwertung auszuschließen. Das Nutzungsrecht kann allerdings zwangsweise einem Dritten übertragen werden, wenn der Patentinhaber die Erfindung nicht innerhalb von vier Jahren nach der Antragstellung oder innerhalb von drei Jahren nachdem dem Antrag stattgegeben wurde, zu verwerten beginnt. Hat der Patentinhaber die Nichtverwertung nicht zu vertreten, so kann ihm eine Fristverlängerung von zwei Jahren zugestanden werden.

Dem Staat steht ferner die Möglichkeit zu, sog. Zwangslizenzen zu erteilen. Eine solche Zwangslizenz kann etwa erteilt werden, um nationale Anstrengungen für die wirtschaftliche, soziale oder technologische Entwicklung bestimmter Sektoren zu unterstützen. Das Gesundheitsministerium kann außerdem eine Zwangslizenz für ein pharmazeutisches Patent erteilen, wann immer das Angebot die nationale Nachfrage nicht befriedigt, ein pharmazeutisches Produkt eine unzureichende Qualität aufweist oder zu einem unangemessenen Preis angeboten wird. Aus Gründen des Gemeinwohls oder der nationalen Sicherheit kann eine Erfindung schließlich gegen eine angemessene Entschädigung ganz oder teilweise enteignet werden.

Patentverletzungen

Die ägyptischen Gerichte gewährleisten einen recht effektiven straf- und zivilrechtlichen Schutz gegen Patentverletzungen. Patentverletzungen werden mit einer Geldstrafe zwischen LE 20.000 und LE 100.000 geahndet. Der Wiederholungsfall ist mit Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe nicht unter LE 40.000 und bis LE 200.000 strafbewehrt. In jedem Fall werden die Gerichte die Nachahmungen des geschützten Produkts und alle Gegenstände, die zu deren Herstellung dienen, konfiszieren.

© Dan_CC BY-SA 2.0

MARKENRECHT

Ägypten ist Mitglied der folgenden internationalen Verträge zum Markenrecht:

- Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums in der Stockholmer Fassung (seit dem 6. März 1975);
- Madrider Markenabkommen in der Stockholmer Fassung (seit dem 6. März 1975);
- Madrider Herkunftsabkommen in der Fassung von Lissabon (seit dem 6. März 1975);
- Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPs, seit dem 30. Juni 1995);
- Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ägypten vom 21. April 1951.

Schutzfähigkeit

Jedes Zeichen, das zur Unterscheidung von Produkten oder Dienstleistungen dient, ist als Marke schutzfähig. Das ägyptische Markengesetz kennt keine Beschränkungen im Hinblick auf die zulässigen Zeichenformen, begrenzt allerdings die Schutzfähigkeit auf optisch wahrnehmbare Zeichen. Schutzfähig ist insoweit grundsätzlich jedes unterscheidungskräftige Zeichen. Eine Beschränkung besteht bei Produktgestaltungen. Die Rechtsliteratur vertritt insoweit den Standpunkt, dass die Form einer Ware nur als Industriedesign geschützt werden kann.

Der Eigentümer eines Markenrechts kann Dritte davon abhalten, Produkte zu importieren, zu benutzen oder zu verkaufen, wenn sie der Charakterisierung der Marke entsprechen. Die Rechte, die sich aus einem Markenrecht ergeben, dienen der Vermeidung der Nutzung von entsprechenden Marken, welche den Wiedererkennungswert der Marke oder die besonderen Qualitätsmerkmale der Marke beschädigen könnten. Die Rechte der Inhaber „bekannter Marken“ werden unter bestimmten Umständen auch dann in Ägypten geschützt, wenn die Marke in Ägypten nicht registriert ist.

Markenrechtserwerb

Der Erwerb eines Markenrechts vollzieht sich durch dessen Registrierung beim zuständigen Markenamt. Gleichwohl kann ein Markenrecht auch durch Erstbenutzung erworben werden. Wird ein Markenrecht zunächst durch Benutzung erworben und lässt anschließend ein Dritter das Zeichen für sich als Marke eintragen, so wird dessen Markeninhaberschaft nach Ablauf von fünf Jahren seit dem Datum der Eintragung unanfechtbar, sofern er die Marke während dieser Zeit nutzt und bei der Registrierung keine Bösgläubigkeit vorlag (Art. 65 des Gesetzes Nr. 82/2002).

Notorisch bekannte Marken genießen auch ohne entsprechende Eintragung im ägyptischen Register Schutz, insbesondere besteht ein Eintragungshindernis für Marken mit entsprechender Verwechslungsgefahr. Die Wirksamkeit einer Registrierung setzt voraus, dass das zuständige Markenamt seine dem Eintragungsantrag stattgebende Entscheidung veröffentlicht, wobei als Registrierungsbeginn der Zeitpunkt der Antragstellung gilt.

Schutzdauer

Die Schutzdauer einer Marke beträgt zehn Jahre ab Eintragung. Ein Verlängerungsantrag muss im Laufe des letzten Jahres vor Ablauf der Schutzdauer gestellt werden, spätestens jedoch drei Monate nach Ende der Schutzfrist, sofern eine entsprechende Benachrichtigung des Markenamtes erfolgt ist. Ist die Benachrichtigung unterblieben, so bleibt eine Erneuerung binnen 3-Jahres-Frist möglich.

Verfahren im Falle von Markenkollisionen

Wird die Eintragung einer bereits eingetragenen Marke beantragt, so wird der Antrag zurückgewiesen. Das Markenamt nimmt eine Prüfung von Amts wegen vor, wenngleich davon auszugehen ist, dass es aufgrund seiner Überlastung dieser Prüfungspflicht möglicherweise nicht vollständig nachkommen kann. Der Inhaber eines bereits eingetragenen Markenrechts kann gegen den Eintragungsantrag eines Dritten Widerspruch und im Falle der Zurückweisung binnen zehn Tagen Klage vor den Zivilgerichten erheben. Diese sind auch außerhalb des Markeneintragungsverfahrens allgemein zuständig für sämtliche Streitigkeiten, die die Markeninhaberschaft betreffen, wie etwa bei Fragen der Benutzerpriorität.

Verlust der Markeninhaberschaft

Marken unterliegen in Ägypten dem Benutzungszwang, so dass die Löschung einer Marke verlangt werden kann, die über fünf Jahre hinweg ohne vernünftigen Grund nicht genutzt worden ist. Einen weiteren Löschungsgrund stellt der willentliche Verzicht auf die Marke dar, der sich auch durch schlüssiges Verhalten äußern kann, etwa durch die Schließung des Geschäftsbetriebes. Des Weiteren kann die Löschung von Marken verlangt werden, die eine der Schutzvoraussetzungen nicht erfüllen oder aus sonstigen Gründen unrechtmäßigerweise eingetragen worden sind. Im Falle der Löschung kann dieselbe Marke nur nach Ablauf von drei Jahren zugunsten Dritter eingetragen werden. Eine Ausnahme gilt lediglich für Marken, deren ursprüngliche Eintragung unrechtmäßig erfolgt ist.

Übertragung der Marke

Nach der neuen Rechtslage können Marken nun auch separat, d.h. ohne das Unternehmen veräußert werden, dessen Produkte oder Dienstleistungen damit gekennzeichnet wurden. Hierdurch wird u.a. die Inhaberschaft von Marken durch Holding-Gesellschaften erheblich vereinfacht.

Lizenzverträge

Auch Markenlizenzierungen sind nach ägyptischem Recht zulässig. Um eine Lizenz Dritten gegenüber geltend machen zu können, ist die Eintragung im Markenregister erforderlich. Zu beachten ist zudem, dass Lizenzrechte vom Lizenznehmer nur abgetreten oder weiterlizenziert werden dürfen, wenn dies im Lizenzvertrag ausdrücklich gestattet wird. Nach einer in der Literatur weitverbreiteten Auffassung sind ausländische Lizenzgeber nur beschränkt berechtigt, ägyptischen Lizenznehmern gegenüber Kontroll- und Anweisungsbefugnisse auszuüben. Dies gelte insbesondere für die Durchführung von Qualitätskontrollen sowie für die Vorgabe bestimmter, vom Lizenzgeber zu liefernder Rohstoffe oder Materialien. Durch Erlass der Bestimmungen über den Technologietransfer im neuen Handelsgesetzbuch ist der Gesetzgeber dieser Ansicht weitgehend gefolgt.

Verfahren bei Markenverletzungen, einstweiliger Rechtsschutz

Die Verletzungen von Markenrechten ziehen sowohl zivilrechtliche als auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich. Im Gegensatz zu den zivilrechtlichen Schutzvorkehrungen ist die Strafbewehrung allerdings auf registrierte Markenrechte beschränkt.

Zivilrechtlich stehen dem Verletzten nach allgemeinen Grundsätzen Schadensersatzansprüche zu. Für die Schadensersatzklagen sind die Zivilgerichte zuständig. Ist ein Strafverfahren anhängig, so kann der Schadensersatz im Wege der Adhäsionsklage auch vor den Strafgerichten eingefordert werden.

Strafrechtlich werden bestimmte Markenrechtsverletzungen Dritter mit Geldstrafen von LE 5.000 bis zu LE 20.000 und/oder Freiheitsstrafe von mindestens zwei Monaten geahndet. Folgende Tatbestände sind strafbewehrt:

- die Nachahmung von Markenzeichen,
- der Gebrauch eines nachgeahmten Markenzeichens,
- der bösgläubige Gebrauch des Markenzeichens eines Dritten auf eigenen Produkten,
- der Verkauf oder die Weiterverarbeitung von Produkten, die mit einem nachgeahmten Markenzeichen versehen sind.

Wiederholungstaten sind mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren und Geldstrafe zwischen LE 10.000 und LE 50.000 bedroht. In jedem Fall hat das Gericht die im Zusammenhang mit der Markenrechtsverletzung stehenden Gegenstände zu beschlagnahmen.

Wird ein Eingriff in das Markenrecht festgestellt, sind die Gerichte gehalten, die Beschlagnahme von markenverletzenden Waren und Werkzeugen, die der Herstellung von Fälschungen dienen, anzuordnen.

URHEBERRECHT

Ägypten ist Mitglied der Revidierten Berner Übereinkunft (RBÜ) in der Pariser Fassung (seit dem 7. Juni 1977), des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (seit dem 21. April 1971) sowie des Übereinkommens zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger (Genfer Tonträger-Abkommen, seit dem 23. April 1978). Auch erstreckt sich das Handelsabkommen zwischen Deutschland und Ägypten vom 21. April 1951 auf den Erwerb und den Schutz des literarischen und künstlerischen Eigentums.

GESCHÜTZTE WERKE

Alle originalen Werke auf den Gebieten der Literatur, Kunst und Wissenschaft – unabhängig von ihrer Art, Bedeutung oder ihrem Zweck – genießen Urheberrechtsschutz. Das Gesetz enthält eine beispielhafte Aufzählung von 13 geschützten Werkkategorien. Neben den traditionellen Werkkategorien (z.B. Schriftwerke, Werke der angewandten Kunst etc.) werden auch Computerwerke, insbesondere Software und Datenbanken geschützt, wobei das Gesetz selbst keine Definition dieser Begriffe enthält. Diese werden durch den Erlass Nr. 82/1993 des Kultusministers näher definiert; eine Definition, die auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes Nr. 82/2002 inhaltlich noch anwendbar sein dürfte. Computerprogramme werden hierin als eine Sammlung von Befehlen in jedweder Sprache oder Symbolik definiert, die direkt oder indirekt zusammen mit einem Computer dazu verwendet werden können, eine Funktion auszuführen oder ein Ergebnis zu erzielen.

Zu beachten ist außerdem die ausdrückliche Einbeziehung von Datenbanken in den urheberrechtlichen Schutz. In Anlehnung an den Erlass Nr. 82/1993 sind nicht nur Sammlungen von Daten, die ein innovatives Element oder eine besondere Anordnung aufweisen, geschützt, sondern auch solche, deren Herstellung eine schützenswerte persönliche Anstrengung erfordert haben. Daher besteht grundsätzlich die Möglichkeit, den durch das Erfordernis der Originalität eingeschränkten Schutz von Datenbanken auszuweiten und beispielsweise auch nicht originelle Datenbanken, deren Erstellung einen erheblichen Aufwand erfordert hat, in den Schutz einzubeziehen.

Geschützt sind weiterhin Werktitel, sofern sie durch Originalität gekennzeichnet sind, Bearbeitungen, z.B. Übersetzungen, Übertragungen oder Adaptionen eines Werkes sowie Sammelwerke. Der Autor der genannten Werke ist berechtigt, jegliche Verwertung seines Werkes zu untersagen oder eine Lizenz zu dessen Verwertung zu erteilen. Das Gesetz gewährt dem Autor das Recht zur erstmaligen Veröffentlichung seines Werkes sowie die Möglichkeit, etwaige Verzerrungen und Falschdarstellungen zu verhindern.

INHABER DES URHEBERRECHTS

Das Gesetz Nr. 82/2002 sieht die Urheberschaft von Allein- und Miturhebern vor. Eine Miturheberschaft besteht dann, wenn mehrere Personen bei der Schöpfung eines Werkes zusammengearbeitet haben und deren Einzelbeiträge voneinander nicht unterschieden werden können. Das Gesetz enthält zudem eine Sonderregelung für den Fall, dass mehrere an der Erstellung eines Werkes unter der Federführung einer natürlichen oder juristischen Person beteiligt sind und die einzelnen Beiträge sich einer von dieser festgelegten Zweckbestimmung unterordnen. Sind die einzelnen Beiträge in einer Weise verbunden, die ihre Unterscheidung voneinander unmöglich macht, dann gilt das entstandene Werk als Kollektivwerk, dessen Urheberschaft der natürlichen oder juristischen Person zusteht, welche die Leitungsfunktion ausgeübt hat. Sind die genannten Voraussetzungen erfüllt, bedarf es daher keiner vertraglichen Vereinbarung für die Übertragung von Nutzungsrechten auf den Arbeitgeber.

SCHUTZDAUER

Die Schutzdauer für urheberrechtlich geschützte Werke erstreckt sich grundsätzlich auf das gesamte Leben des Urhebers und auf einen Zeitraum von fünfzig Jahren ab dessen Tod. Bei Werken von Miturhebern berechnet sich die Schutzdauer nach dem Todesdatum des zuletzt verstorbenen Miturhebers. Bei Werken, die unter einem Pseudonym oder anonym veröffentlicht wurden, bei Lichtbildern und Laufbildern sowie bei Kollektivwerken wird hingegen auf die Veröffentlichung des Werkes abgestellt. Die Schutzdauer für Rundfunksendungen beträgt 20 Jahre ab der Erstausstrahlung.

URHEBERRECHTSVERLETZUNGEN

Maßnahmen des Urheberrechtsschutzes können bei den Zivilgerichten beantragt werden. Das Gericht kann insbesondere die Einstellung der Veröffentlichung anordnen, das Original, Vervielfältigungsstücke sowie Materialien, die für deren Herstellung geeignet sind, beschlagnahmen und die Einnahmen, die durch die Veröffentlichung oder Vorführung erzielt wurden, schätzen. Das Gericht ist ferner befugt, Vervielfältigungsstücke und zu deren Erstellung benutzte Materialien vernichten zu lassen.

Die Verletzung von Urheberrechten stellt schließlich einen sondergesetzlichen Straftatbestand dar, der mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Monat und/oder einer Geldstrafe von LE 5.000 bis LE 10.000 bedroht ist. Eine

wirksame Abschreckung wird dadurch erzielt, dass der Strafrahmen mit der Summe der unzulässigen Eingriffe in das Urheberrecht multipliziert wird. Im Wiederholungsfalle erhöht sich der Strafrahmen zudem auf eine Freiheitsstrafe von nicht unter drei Monaten und eine Geldstrafe zwischen LE 10.000 und LE 50.000. Das Gericht darf die urheberrechtsverletzenden Werke sowie alle zu ihrer Vorbereitung verwendeten Gegenstände beschlagnahmen. Kann die Urheberrechtsverletzung einer bestimmten Einrichtung zugeordnet werden, steht es im Ermessen des Gerichts, deren Schließung für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten anzuordnen. Im Wiederholungsfalle ist die Schließung zwingend vorgeschrieben.

COMMERCIAL RIGHTS PROTECTION THE PROTECTION OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS

The protection of intellectual property rights in Egypt has been gradually gaining importance, particularly due to the internationalization of Egyptian industry and the liberalization of the Egyptian markets. With the purpose of reforming the legal framework of intellectual property, and as a consequence of becoming a member of the World Trade Organization in 1994, in 1995 Egypt signed the TRIPS Agreement and enacted the Intellectual Property Law No. 82/2002 (the "IP Law").

The IP Law unifies in one single body of law the protection of all intellectual property rights (trademarks, patents, copyrights, industrial design and confidential information). It is worth noting that for the first time in Egypt, the IP Law grants protection to industrial design, layout-designs for integrated circuits, well known brands, geographical indications and plant varieties.

The extension of the protection to internationally well-known brands (i.e. to brands not used in Egypt but very well known) has particular importance for foreign investors. In addition, according to the IP Law the protection granted by a patent in the pharmaceutical sector now also covers the product itself and it is not limited to the manufacturing process anymore. Furthermore, the Egyptian Code of Commerce (Law No. 17/1999, Part II, Chapter 1) contains a specific chapter on the transfer of technology.

PATENT RIGHTS

Egypt is a signatory state of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property and the Strasbourg Agreement Concerning the International Patent Classification. In addition, Egypt and Germany are parties to a bilateral trade agreement providing, among others, for the reciprocal non-discriminatory national treatment in relation to the filing and enforcement of intellectual property rights (Trade Agreement between Germany and Egypt dated 24 April 1951).

In June 2003 Egypt ratified the Patent Cooperation Treaty ("PCT"), to which 151 states are parties. The Treaty entered into force in Egypt on September 6, 2003 and since then the Egyptian Patent Office has recognized the validity of PCT patent filings. The PCT makes it possible for nationals or residents of contracting states to apply for patent protection for inventions, simultaneously in a large number of states by filing "international" patent applications. However, a registration in accordance with the PCT does not lead to an international patent that would render the registration in Egypt unnecessary. It is rather an instrument to ensure the priority vis-à-vis competing applications within 18 months from the filing of the PCT application.

Patentability

According to Article 1 of the IP Law, a patent shall be granted to any invention that is new, involves an inventive step, and has an industrial application. This covers not only new industrial products and new industrial processes, but also new applications of known industrial processes. Furthermore, Article 3 of the IP Law defines the requirement of "novelty" and provides that an invention shall not be considered new, in whole or in part, if:

- it has already been patented by a third party in Egypt or abroad or if a patent application has already been filed; or,
- it has previously been used or exploited publicly in Egypt or abroad, or its description has been made known in a manner that would enable an expert of the art to exploit it.
- The disclosure of the invention at national or international exhibitions and fairs during the six months preceding the date of filing the patent application is not considered a publication of the invention. However, the Executive Regulations of the IP Law specify the conditions and the procedure that need to be followed for the invention to fall within said exception.

© Fotolia/7667562 by M vege

Limitations to Patentability

According to Art. 2 of the IP Law, the following inventions are not patentable:

- inventions whose exploitation is likely to be contrary to public order or morality, or prejudicial to the environment, human, animal or plant life and health;
- discoveries, scientific theories, mathematical methods, programs and schemes;
- diagnostic, therapeutic and surgical methods for humans and animals;
- plant and animal varieties and essentially biological processes for the production of plants or animals, other than micro-organisms, non-biological and microbiological processes;
- organs, tissues, live cells, natural biological substances, nuclear acid and genome.

Inventions by Employees

Patent rights covering inventions made by an employee belong to the employer if these were made within the scope of an employment relationship. The employee must be indicated as inventor in the patent and is entitled to a reasonable remuneration, even if the right to remuneration is not contemplated in the employment contract. The same applies when, in the absence of an employment relationship, the subject of a contract is the creation of a specific invention. In all other cases of inventions made in the course of employment relationships for public or private companies, the employer has the option to either exploit the invention or acquire the patent from the inventor. The option must be exercised within three months from the notification of the grant of the patent to the employer and the employee must receive a reasonable compensation. Also, the Civil Code contains rules regarding inventions made by employees. However, since these rules partly differ from the rules contained in the IP Law, and the relationship between the two sets of rules has not been clearly clarified, employment contracts must be drafted with care.

Duration of the Protection

The duration of a patent is 20 years from the date of filing of the application. During this period, the IP Law grants to patent owners the exclusive right to personally exploit the patented invention and to receive fair compensation for its use by third parties.

Procedure

According to the IP Law, three copies of the patent application must be filed in Arabic with the Patent Office. Patent applications must include a detailed description of the invention. The application fee is LE 150, plus the patent attorney's fee. The Egyptian Patent Office is required to examine each application in order to verify that the invention satisfies the necessary legal requirements. Third parties may object to the grant of any patent within sixty days from the publication of the patent application in the Patent Journal.

If a patent application is filed that relates to defence affairs, military production, national security or public health, the Patent Office must notify the Ministry of Defence of the application, as well as the Ministry of Military Production, the Ministry of Internal Affairs, or the Ministry of Health, as the case may be. The relevant Ministry is entitled to object to the grant of the patent within a period of 90 days. A special committee decides on the objections against the decision of the Patent Office. The decisions of the committee can be appealed in front of the administrative courts.

Legal Considerations

According to the IP Law, the grant of a patent confers on the patent owner the right to exploit the invention in any manner and to exclude others from exploiting it.

However, patents may be compulsorily licensed to third parties if the patent owner fails to use the invention in Egypt within four years from the date of the patent application, or within three years from the grant date, whichever is later. If the owner of the patent is not liable for the delay, an extension of the term for exploiting the invention can be obtained. A compulsory license may also be granted to support national efforts for the economic, social and technological development of vital sectors. Further, the Minister of Health may grant a compulsory license to use a patented pharmaceutical invention whenever the supply of the pharmaceutical product does not satisfy the local needs, or the pharmaceutical is of unacceptable quality, or offered at unreasonable prices. An invention may be totally or partially expropriated on payment of reasonable compensation for reasons of public welfare or national security.

Patent infringement

Egyptian courts provide efficient enforcement of patent rights, both in criminal and civil proceedings. Fines range from LE 20,000 to LE 100,000. Recurring infringers may be punished with imprisonment for a period not exceeding two years and sanctioned with a fine ranging from LE 40,000 to LE 200,000. In all cases, the courts will order the seizure of all counterfeited products, as well as of any equipment used in producing them.

TRADE MARKS

Egypt has adhered to the following international treaties in relation to the protection of trademarks:

- the Paris Convention for the Protection of Industrial Property, as amended in Stockholm (since 6 March 1975);
- the Madrid Agreement Concerning the International Registration of Marks, as amended in Stockholm (since 6 March 1975);
- the Protocol Relating to the Madrid Agreement Concerning the International Registration of Marks (since 6 September 2009);
- the Madrid Agreement for the Prevention of False Indications of Origin on Goods, as amended in Lisbon (since 6 March 1975);
- the Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPs, since 30 June 1995);
- the Trade Agreement between the Federal Republic of Germany and the Egyptian Government (21 April 1951).

Registration

Any sign that can be used to distinguish a product or a service can be, in principle, registered as a trademark. Egyptian IP Law does not impose any restrictions in relation to the admissible forms but requires that the sign must be "recognizable by sight". Consequently, any sign that has a distinctive power can be registered. However, some Egyptian legal commentators take the view that, under the IP Law, the shape of goods may be protected only as an industrial design.

The owner of a trademark may prevent third parties from importing, using, selling, or distributing the products distinguished by the relevant trademark. The rights conferred by a trademark on the owner of the trademark have the purpose of preventing the use of identical or similar marks which are likely to confuse the public or which dilute the distinctive quality of the trademark. The owner of a "well-known" trademark has the right to enjoy the protection conferred by the IP Law even if such a mark is not registered in Egypt.

Trademark Protection

The protection granted to a trademark is conditional upon proper registration with the Trademarks Registration Department (TRD), which is the competent authority for the registration of trademarks in Egypt. However, a trademark may also be acquired by first use. In case a trademark is acquired by first use and a third person registers it with the TRD, the latter's possession of the trademark becomes undisputable after five years from the registration, provided that the trademark has been used and the registration was in good faith (Article 65 of the IP Law).

The protection deriving from the registration of a trademark is extended to the owners of well-known trademarks, even if their trademarks have not been registered in Egypt. Consequently, the TRD must automatically refuse any application for registration of a mark identical or similar to a well-known mark, except by the owner of the well-known mark itself.

A trademark is considered as registered from the date on which the decision of the TRD granting the registration has been published. However, the protection applies retroactively from the date of the trademark application.

Duration of the Protection

Trademarks are protected for an initial period of 10 years from registration. Applications for renewal for one or more identical periods must be submitted during the last year of the period of protection or, at the latest, six months following the expiration of the protection period, provided appropriate notification is made to the TRD. If notification is not made, the trademark is cancelled but a registration is still possible within a 3-year period from the cancellation.

Procedure in Case of Conflicting Trademarks

If an application is submitted to register a trademark which is already registered, the application will be refused. In reviewing applications, the TRD has the power to conduct ex officio examinations to identify any identical or similar registered trademarks. However, considering that the TRD typically handles a large volume of applications, examinations may be incomplete. The owner of a registered trademark has the right to object to any trademark application by a third party and can start civil proceedings before the competent civil court. The civil courts are also competent to decide all claims in relation to the ownership of a trademark, independently from the registration proceedings, as for example any claim in relation to the prior use of a trademark.

Cancellation of the Trademark for Lack of Use

Trademarks in Egypt are subject to compulsory use. Therefore, if a trademark is not used for five years without adequate justification, any interested party may request that the registration of the trademark is cancelled. A trademark may also be cancelled if it is deliberately abandoned. This may be implied if there is a cessation of business activities. Furthermore, any concerned party, or the TRD, may request the cancellation of trademarks that do not meet the legal conditions for protection, or which were unlawfully registered for other reasons. If a trademark is cancelled, the same trademark may be re-registered by a third party until after a three-year period from the cancellation date. However, if the trademark registration was cancelled because of its unlawful registration, the trademark may immediately be registered in the name of a third party.

Transfer of trademarks

Trademarks can be transferred separately from the legal entity that is using them to distinguish its products and services. This has made it easier for holding companies to hold trademarks used by the companies of the group.

Trademark Licenses

Egyptian law allows for the licensing of trademarks. Licenses must be registered to be enforceable against third parties. Licensees are only permitted to assign or sub-license the licensed rights if this is expressly permitted in the license agreement. According to the majority of the legal commentators, foreign licensors have only limited rights to restrict and control the use of trademarks by Egyptian licensees. In particular, restrictions apply to the right of foreign licensors to inspect the quality of products and to require licensees to use specific raw materials or materials supplied by the licensor. The legislator followed this approach by including provisions on technology transfer in the new Commercial Code, which however only applies when the trademark is licensed in combination with a transfer of technology.

Trademark Infringement and Enforcement

Trademarks receive protection under both criminal and civil law. However, unlike the protection of civil law, which extends to unregistered trademarks, criminal law protection is available only for trademarks registered in Egypt. The civil law provides for compensation in the case of trademark infringement. Thus, compensation claims must be prosecuted before the civil courts. In case criminal proceedings are already pending, compensation might also be claimed before criminal courts.

Under criminal law, the infringer of a trademark shall be liable to imprisonment for a period of not less than two months and/or to a fine ranging between LE 5,000 to LE 20,000. The following acts are punished:

- counterfeiting a registered trademark or imitating it in a manner that is likely to mislead the public;
- fraudulently using counterfeited or imitated trademarks;
- fraudulently affixing to their own products a trademark belonging to a third party; or
- knowingly selling, offering for sale, distributing, or acquiring for the purpose of sale, products bearing a counterfeited or imitating mark, or on which the mark was unlawfully affixed.

In the event of repeated offence, the infringer shall be liable to imprisonment for a period of not less than two years and to a fine ranging between LE 10,000 to LE 50,000. In all cases, the court must order the seizure of the infringing products.

When a trademark infringement is established, the courts shall order the seizure of the infringing products, the revenue and the profits achieved from such products, as well as of all equipment used in the infringement.

COPYRIGHT

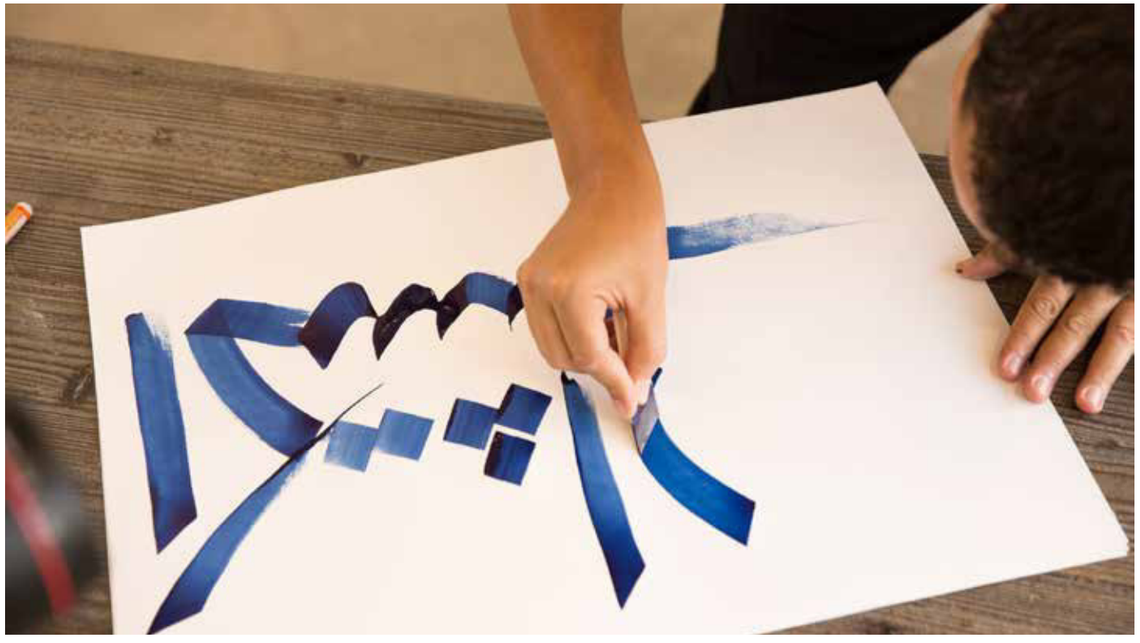
Egypt is a member of the Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works, as revised (Paris, 7 June 1977), the Convention Establishing the World Intellectual Property Association (since 21 April 1971), as well as the Convention for the Protection of Producers of Phonograms against Unauthorized Duplication of their Phonograms (Geneva Phonogram Convention, since 23 April 1978). Also, the Trade Agreement with Germany of 24 April 1951 contains provisions regarding the protection of copyrights.

Works Protected by Copyright

All original works in the field of literature, art and science, independently from their nature, importance or scope, enjoy copyright protection. The IP Law lists, by way of example, 13 categories of works that are protected.

In addition to the traditional works (such as literary works and works of applied art), the list includes computer programs and databases. However, the IP Law itself does not contain any definition of these terms. These are defined in the Ministerial Decree of the Prime Minister No. 497/2005 containing the Execution Regulations for the Book III of the IP Law. Computer programs are defined as a collection of instructions in any language or symbols that can be executed directly or indirectly by a computer, to perform a specific task.

It is important to note that databases are expressly included in the list of protected works. In conformity with the Decree No. 497/2005, databases do not only include compilations



© Land Rover MENA_Calligraphy Project_flickr_CC-BY

of data that show an innovative aspect or a particular order, but also compilations in which compiling required a particular effort that deserves protection. Therefore, in order to obtain protection for a database, it is possible to extend the requirement of originality to include databases that are not original but which production required a substantial effort.

The copyright protection extends to titles of works (to the extent that they are original), to derivative works (such as translations and adaptations) and to compilations. The author of such works has the right either to object to any use of their work or to grant a license for such use. The IP Law grants to the author the right to publish their work for the first time as well as the right to object to any distortions or misleading representations of their work.

Ownership of the Copyright

The IP Law provides for the protection of both the sole authorship and the co-authorship. Co-authorship exists where two or more persons cooperate in the creation of a work, the single contributions of which cannot be separated from each other. The IP Law contains an exception for the case in which several parties participate in creating a work under the direction of an individual or legal entity, and the single contributions are designed to serve a defined purpose determined by the person with the final responsibility. If the single contributions are linked in such a manner as to make it impossible to separate them from each other, the resulting work is considered a collective work, the authorship of which belongs to the person or legal entity who directed the work. If these conditions are fulfilled, the employer will own the copyright even if the employment contract does not expressly assign it to the employer.

Duration of the Protection

The duration of the protection of copyrighted works extends to the entire life of the author and to an additional period of 50 years thereafter. In case of collective works, the duration is calculated from the death of the last of the authors to die. In case of works that have been published under pseudonym or anonymously, of photographs and motion pictures and of collective works, the 50 years lapse from the date on which they have been first published. The protection of broadcasted programs lasts 20 years from the date on which the program was broadcasted for the first time.

© Fotolia 73609343 by Marco2811

Copyright Infringement

The civil courts have the power to order cautionary measures for the protection of copyrighted works. In particular, the courts can prevent the publication and can order the seizure of the original copy, of the copies and of any equipment that was used to produce them. The courts can also assess and seize any income of the exploitation of the work, e.g. obtained by the publication or the representation. In addition, the courts can order the destruction of the copies and of the equipment used in their production.

A copyright violation is also a criminal act and is punishable with imprisonment for at least one month and/or with a fine ranging from LE 5,000 to LE 10,000. Sanctions can be multiplied according to the number of infringed works. In case of repeated infringements, the violation is punishable with imprisonment for a period of not less than three months and with a fine of not less than LE 10,000 and not more than LE 50,000. The courts have also the right to order the confiscation of the infringing copies, those obtained as a result of infringement, as well as equipment used to commit the infringement.

In case of conviction, the court may also order the closure of the establishment used by the convicted person to commit the infringement, for a period of not more than six months. In case of repeated infringement, the closure is mandatory.

ZIVILPROZESSRECHT

GERICHTSAUFBAU

Das ägyptische Gerichtssystem folgt in der Zivilgerichtsbarkeit dem Grundsatz des zweistufigen Instanzenzuges. Hierbei wird der Kassationshof, der lediglich eine Verwerfungs- und keine eigenständige Entscheidungskompetenz hat, nicht mitgerechnet. Neben dem Eingangsgericht, welches für alle Angelegenheiten zuständig ist, deren Streitwert 10.000 LE nicht übersteigt, gibt es für Angelegenheiten mit niedrigem Streitwert das Gericht der ersten Instanz, sowie das Berufungsgericht als Berufungsinstanz für Entscheidungen des Eingangsgerichtes. Gegen die Entscheidungen des erstinstanzlichen Gerichts kann vor dem Eingangsgericht Berufung eingelegt werden, sofern die Berufungssumme in Höhe von LE 2.000 erreicht wird.

Der Kassationshof ist als übergeordnete Revisionsinstanz zuständig für die Beurteilung von Rechtsfragen. Er hat seinen Sitz in Kairo und besitzt Strafkammern, Zivilkammern, Kammern für Handelssachen sowie Kammern für Angelegenheiten des Familien- und Erbrechts. An den Sitzungen nehmen jeweils fünf Richter teil. Die Errichtung des Kassationshofs erfolgte zum Zweck der Rechtsvereinheitlichung. Seine Aufsicht über die Instanzgerichte erstreckt sich nur auf Rechts- und Verfahrensfragen unter Ausschluss jeglicher Tatsachenfragen, seine Funktion ist mithin jene der Rechtskontrolle.

Wenngleich es keine eigene Handels- und Arbeitsgerichtsbarkeit gab, so darf doch der Justizminister nach dem Gesetz über die Gerichtsorganisation (Nr. 46/1972) Amtsgerichte für Handels- und Arbeitssachen einführen. Durch entsprechenden Beschluss wurden 1940 zwei Handelsgerichte in Kairo und Alexandria eingerichtet. Sie unterscheiden sich - abgesehen von ihrer Spezialisierung - nicht von den anderen Amtsgerichten. Diese wurden nunmehr durch die neuen „Wirtschaftsgerichte“ abgelöst, die künftig für fast alle Rechtsstreitigkeiten im Wirtschaftsleben mit einem bestimmten Streitwert zuständig sein werden.

Die Probleme des ägyptischen Gerichtswesens liegen in der Regel nicht in der rechtlichen Ausgestaltung der Gerichtsorganisation und des Verfahrens, sondern in praktischen Aspekten, insbesondere in der mangelnden Ausstattung der Gerichte und der Richterschaft. Die ägyptischen Richter leiden unter hoher Arbeitsbelastung, einer ineffizienten Gerichtsverwaltung sowie unter unzureichenden räumlichen Verhältnissen.

Anlass für häufige Verzögerungen ist das Zustellungssystem. Zustellungen erfolgen durch unterbezahlte Gerichtsdiener, die gelegentlich sachfremde Erwägungen treffen. Bedingt durch die gerade in handelsrechtlichen Spezialmaterien unzureichende Ausbildung der Richterschaft, wird die Beurteilung komplizierter Fragen in der Regel Sachverständigen überlassen, die beim Justizministerium oder beim Staatsrat beschäftigt sind. Da diese Sachverständigen an keine Fristen gebunden sind, kann sich die Erstellung der Gutachten über Monate oder sogar Jahre hinziehen.

Bis heute spürbar sind des Weiteren die Auswirkungen der von Präsident Gamal Abd El Nasser geprägten sozialistischen Periode (1957-1973). Die umfangreichen Nationalisierungen bewirkten einen drastischen Rückgang der in den Bereichen des Handels- und Wirtschaftsrechts erfahrenen Juristen, von denen viele Stellungen bei ihren ehemaligen, nunmehr verstaatlichten Mandanten annahmen oder ins Ausland gingen. Die Abwanderung der spezialisierten Juristen bewirkte eine deutliche Verschlechterung des juristischen Niveaus in den entsprechenden Rechtsbereichen und erst seit ein paar Jahren wird diese Lücke langsam vom Nachwuchs geschlossen.

ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG AUSLÄNDISCHER URTEILE

Ägypten ist Vertragsstaat des Haager Übereinkommens auf dem Gebiet der Rechtshilfe in Zivilsachen vom 1. März 1954 und des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland vom 15. November 1965. Bilaterale Übereinkommen auf dem Gebiet der Rechtshilfe bestehen mit Deutschland nicht.

Nach ägyptischem Recht erfolgt die Anerkennung ausländischer Urteile im Wege der Exequaturklage vor dem Eingangsgericht. Es gilt das Gegenseitigkeitsprinzip, wonach die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile zulässig ist, wenn das ausländische Recht für die Anerkennung und Vollstreckung ägyptischer Urteile ein gleichwertiges Verfahren zur Verfügung stellt. Im Verhältnis zu Deutschland ist die Gegenseitigkeit verbürgt.

Formell setzt die Anerkennung und Vollstreckung voraus, dass es sich bei den betreffenden Urteilen nach den Vorschriften des Landes, in welchem es erlassen wurde, um ein rechtskräftiges Endurteil handelt. Des Weiteren darf es

nicht in Widerspruch zu einem in Ägypten bereits erlassenen Urteil stehen, wobei Letzteres nicht rechtskräftig sein muss.

Zudem muss das ausländische Gericht nach den Regeln seines eigenen internationalen Zivilprozessrechts für die Entscheidung zuständig gewesen sein; umgekehrt darf keine ausschließliche Zuständigkeit der ägyptischen Gerichte für die Entscheidung des Rechtsstreites bestanden haben. Eine unbeschränkte Anwendung dieses Grundsatzes würde jedoch dazu führen, dass ein großer Teil der ausländischen Urteile in Ägypten nicht vollstreckt werden kann. Die ägyptischen Gerichte sahen sich daher veranlasst, zwischen einer ausschließlichen internationalen Zuständigkeit, bei deren Vorliegen eine Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen nicht möglich sein soll, und einer nicht ausschließlichen Zuständigkeit, welche kein Anerkennungs- und Vollstreckungshindernis bildet, zu unterscheiden. Bei Geltung einer staatsvertraglichen Anerkennungsgrundlage erfolgt jedoch keine negative Zuständigkeitskontrolle durch die ägyptischen Gerichte. Überprüft wird von den Gerichten außerdem, ob die Parteien ordnungsgemäß geladen und vor Gericht vertreten waren.

Wenngleich die ägyptische Zivilprozessordnung keine weitergehende Überprüfung des Verfahrens der ausländischen Gerichte vorsieht, so wird doch die Anwendung eines verfahrensrechtlichen ordre public zumindest für die grundlegenden verfahrensbezogenen Rechte von der ägyptischen Rechtsprechung und Literatur befürwortet.

ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG AUSLÄNDISCHER SCHIEDSSPRÜCHE

Ägypten ist Mitglied des New Yorker UN-Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958 und des Washingtoner Übereinkommens (ICSID). Beide Übereinkommen spielen eine wichtige Rolle im internationalen Rechtsverkehr mit Ägypten, in dem Schiedsgerichtsklauseln nach den Regeln der Internationalen Handelskammer (ICC), der United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL) oder des Cairo Regional Centre for International Commercial Arbitration (anlehnend an UNCITRAL) weit verbreitet sind.

Durch das ägyptische Schiedsverfahrensgesetz Nr. 27/1994 wurde die Vollstreckung von Schiedssprüchen weiter vereinfacht. Danach müssen nur noch folgende Voraussetzungen für die Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs vorliegen:

- kein entgegenstehendes Urteil eines ägyptischen Gerichts in gleicher Sache,
- kein Verstoß gegen den ägyptischen ordre public,
- die Vertragsparteien müssen in einer Schiedsklausel ausdrücklich vereinbart haben, dass ein Schiedsspruch im Einklang mit dem ägyptischen Schiedsverfahrensgesetz durchgesetzt wird und
- die förmliche Zustellung des Schiedsspruchs an den Beklagten.

Gleichwohl hat der ägyptische Justizminister kürzlich die Verordnung Nr. 8310/2008 erlassen, welche neue Voraussetzungen für die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche durch das zuständige ägyptische Berufungsgericht geschaffen hat. Die Verordnung hat ein kompliziertes Verfahren eingeführt, um eine Exequatur eines ausländischen Schiedsspruchs zu erhalten und hat das „technische“ Büro des Justizministeriums bevollmächtigt, gerichtliche Entscheidungen zu überprüfen, um zu garantieren, dass alle Voraussetzungen der Verordnung erfüllt sind.

Voraussetzung für die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche ist, dass der Gegenstand des Schiedsspruchs nach ägyptischem Recht schiedsfähig ist. Dies ist der Fall, wenn der Schiedsspruch sich nicht auf die Materie des Familien- und Erbrechts oder auf dingliche Rechte im Zusammenhang mit Grundeigentum bezieht.

© wikipedia_Rachid H, CC BY-NC 3.0

Das Oberste Verfassungsgericht Ägyptens in Kairo

DISPUTE RESOLUTION

COURT STRUCTURE

The Egyptian litigation system is two-layered in addition to the Court of Cassation and Constitutional Court. As regards the two-layer structure, the district courts and primary courts act as courts of first instance. Their jurisdiction is primarily based on the amount in dispute. The courts of appeal form the second instance of litigation.

In addition, the Court of Cassation, which is not a trial court but reviews only questions of law, serves as the last resort for appealing cases on issues of law only, i.e. not on merit. Further, questions of constitutionality of the applicable

laws, and certain questions of jurisdiction, are addressed to the Constitutional Court.

Economic courts, which do not constitute a separate court system, but form part of the courts of general jurisdiction, were established in 2008 and have exclusive jurisdiction over civil disputes arising out of the application of 13 laws, including the laws regulating the capital market, investment, transfer of technology, commercial agency, intellectual property, financial leases, unfair competition and anti-trust, companies, insolvency, and the banking system. They have exclusive jurisdiction over criminal proceedings in respect to certain crimes following the fields of economic activity, including capital markets, investment, intellectual property, unfair competition and antitrust, consumer protection, insurance, financial leases, telecommunications, and electronic signature.

Administrative courts form an independent court system, organised under the State Council. They have jurisdiction over various matters including matters relating to the decisions made by government or public entities, matters arising under certain types of public works and concession contracts, and damage claims for unlawful government actions. It is worth noting that the Egyptian administrative law is essentially based on case law and consists of legal rules developed by the administrative courts.

The efficiency problems related to the Egyptian judicial system do not arise from the legislation itself but are mostly due to insufficient resources and administration, in addition to the high caseload. Further, delays are often attributable to the requirement to notify documents, judicial summons and decisions through court bailiffs, who tend to prioritize their serving visits at their own discretion.

Another cause for delays is that judges lack experience/knowledge in certain issues and thus frequently use experts to examine and deliver opinions on various issues, including the calculation of damages. As the experts appointed by the court are not bound by time limits, the required reports may be delivered with delay. As a result, the time frame of a civil case may be as long as two to five years, excluding any enforcement procedure. A criminal case, on the other hand, may be decided within a few months, or take one year or more.

RECOGNITION AND EXECUTION OF FOREIGN JUDGMENTS

Egypt is a member of the Hague Convention on Mutual Assistance in Civil Matters of 1 March 1954, and has acceded to the Hague Convention on the Service Abroad of Judicial and Extrajudicial Documents in Civil and Commercial Matters of 15 November 1965.

Under Egyptian law, the recognition of foreign judgments is affected by exequatur proceedings before the court of first instance in the circuit in which the foreign judgment is to be enforced. Egypt has adopted the principle of reciprocity, according to which foreign judgments are recognized and enforced if the foreign law provides equivalent proceedings for the recognition and execution of Egyptian judgments.

To enforce a foreign judgment in Egypt, an enforcement order or "Exequatur" must be sought and obtained from the competent Egyptian court. In principle, the Egyptian court granting an enforcement order will not review the merits of the judgment. However, even if the Egyptian Code of Civil Procedure does not require proceedings before the foreign courts to be reviewed, other than as just mentioned, Egyptian case law and legal literature endorse the application of a procedural public order, at least for basic rights related to the proceedings.

For an Egyptian court to enforce a foreign judgment: (i) foreign courts rendering the judgment should apply reciprocal treatment to judgments rendered by Egyptian courts when enforced by these courts; (ii) Egyptian courts should not have exclusive jurisdiction to hear the case while the foreign court should be competent to rule on the case; (iii) the judgment should not conflict with a prior Egyptian judgment issued in relation to the same subject matter; (iv) the judgment is not contrary to public order or morality in Egypt; (v) due process should have been observed in the foreign court proceedings; and (vi) the judgment should be final (res judicata) in accordance with the relevant law.

Once an Exequatur is issued, the judgment will be enforced according to the same procedures of enforcing domestic judgments. Hence, subject to the same a.m. efficiency challenges, obstacles, and delays.

THE RECOGNITION AND EXECUTION OF FOREIGN ARBITRATION AWARDS

Foreign arbitration awards are enforceable in Egypt, which is a signatory of the New York Convention, the Arab League Convention (on the enforcement of arbitral awards rendered in member states of the Arab League), as well as a number of bilateral treaties concluded by Egypt on judicial cooperation in civil and commercial matters, enabling the enforcement of arbitration awards rendered in the signatory states. In addition, Egypt is a signatory to several multilateral investment treaties including the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 1966 (ICSID Convention), as well as 114 bilateral investment treaties, though approximately 40 of these have either terminated or are not in force.

The new Egyptian Arbitration Law No. 27/1994 ("Arbitration Act") has further addressed the execution of foreign arbitration awards. As regards the requirements for enforcement, the Arbitration Act provides for the enforcement of awards rendered in arbitration proceedings seated in Egypt or where the parties agree to conduct the arbitration according to the Arbitration Act. The Egyptian Code of Civil Procedure, on the other hand, includes provisions on the enforcement of foreign arbitration awards.

It has been long debated in Egypt whether the provisions of the Arbitration Act or those of the Egyptian Code of Civil Procedure apply to the enforcement of foreign arbitration awards. The New York Convention, which applies in Egypt, stipulates that arbitral awards shall be enforced in accordance with the rules of procedure of the territory where the award is relied upon, provided that the enforcement in this case is not subject to substantially more onerous conditions than the enforcement of domestic awards. On this basis, the Egyptian Court of Cassation held that foreign arbitration awards are to be enforced under the Arbitration Act because its provisions on enforcement are less onerous than the provisions of the Egyptian Code of Civil Procedure. Therefore, the Arbitration Act applies to the enforcement of foreign arbitration awards rendered in the signatory states of the New York Convention.

Pursuant to the Arbitration Act, the recognition and enforcement of arbitration awards follows in three steps: (i) deposit of the award with the court; (ii) submission of a petition for an order of execution; and (iii) issuance of a writ of execution.

Egyptian courts will generally grant an application for enforcing a foreign arbitration award if the above-mentioned requirements are fulfilled. In practice, however, enforcement can be a long and burdensome process, given the multitude of avenues for procedural challenges of enforcement that the losing party may use.